UfU
Unabhängiges Institut
für Umweltfragen

STRUKTUR, STRATEGIE UND BEWEGUNG.

ENTWICKLUNG DER UMWELTORGANISATIONEN IN DEUTSCHLAND SEIT 2000

Franziska Sperfeld,
Dr. Michael Zschiesche,
Katharina Reimann,
Theresa Seidel

IMPRESSUM

Herausgeber:
Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (UfU)
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

T +49 (0)30 42 84 99 3-0
F +49 (0)30 42 84 99 3-59
info@ufu.de
www.ufu.de

Autor*innen:
Franziska Sperfeld, Dr. Michael Zschiesche, Katharina Reimann, Theresa Seidel

Unter Mitarbeit von:
Alina Beigang und Kora Rösler

Gestaltung:
FRAU KUSS – Artgerechte Gestaltung
www.frau-kuss.com

Dieses Projekt wurde gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Umwelt Bundesamt

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.
Alle Rechte vorbehalten.

ZUSAMMEN-FASSUNG *UND* AUSBLICK

Die Rolle der in Umweltverbänden organisierten Zivilgesellschaft wandelt sich insbesondere vor dem Hintergrund der sich beschleunigenden Krisen, des fortschreitenden Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt und der wechselnden Aufmerksamkeit für diese Themen in der Bevölkerung. Auch in Deutschland sind es in vielen Fällen vor allem zivilgesellschaftliche Akteure, die auf die Auswirkungen der Krisenerscheinungen vor Ort aufmerksam machen. Sie agieren dabei als Anwalt und Stimme der Natur und erfüllen viele Rollen gleichzeitig. Sie sind Watchdog in politischen Prozessen und Planungsverfahren, sie betreiben Agenda-Setting, indem sie öffentlichkeitswirksam Probleme analysieren, sie nehmen vor allem auf der lokalen und regionalen Ebene die Lösungen oft selbst in die Hand und führen innovative Pilotprojekte und Aktionen durch. Sie fungieren darüber hinaus auch als Vermittler, bündeln gesellschaftliche Interessen und setzen sich für die Teilhabe aller an politischen Prozessen ein.

Umweltverbände, die mit ihren systemischen Ansätzen und Gesellschaftspapieren seit Mitte der 1990er Jahre mutig neue Wege gefordert und vorgeschlagen haben, kommen mit der Rolle des gesellschaftlichen Vordenkers derzeit an ihre Grenzen. Aber auch mit ihren ureigenen Themen dringen sie nicht mehr oder nicht nachhaltig in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch.

Lange Zeit hat die Umweltbewegung das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, kommuniziert. Diese Marke ist, so mehren sich die Anzeichen, bereits überschritten. Kommunikativ die Wende hinzubekommen, dieses Ziel als nicht mehr erreichbar anzuerkennen, ohne auf Dauer mit diesem Misserfolg verbunden zu werden, ist Aufgabe der Umweltorganisationen. Die Herausforderung besteht darin, zu kommunizieren, dass man versucht, Schlimmeres zu verhindern – jedes Zehntelgrad zählt.

Die Analysen der Strukturdaten hat folgendes Bild ergeben: Die Entwicklung und Auffächerung der Rollenmodi ging seit Beginn der 1990er Jahre trotz unterschiedlicher Konjunkturen für das Thema Umweltschutz mit einem starken strukturellen Aufbau von Ressourcen und Strukturen insbesondere in den großen Umwelt-NGOs wie Greenpeace, WWF, NABU und BUND, aber auch der DUH einher. Kennzeichen dieser Entwicklung sind u. a. nahezu ununterbrochen gewachsene Budgets, entsprechend große Personalstämme und hohe Mitglieder- und Fördererzahlen. So hatte der WWF Deutschland im Jahr 2023 ein Budget von 125 Millionen Euro zur Verfügung, was etwa 20 Millionen Euro mehr als 2020 bedeutete. Der WWF und Greenpeace Deutschland beschäftigten 2023 jeweils mehr als 400 Mitarbeiter*innen und der NABU hatte Ende 2022 ca. 830.000 Mitglieder und etwa 81.000 Fördernde und war damit der mitgliederstärkste Umweltverband in Deutschland. Der BUND steht mit 675.000 Mitgliedern und Spender*innen Ende 2022 dem NABU kaum nach. Und auch Greenpeace kann mit inzwischen 621.000 Fördermitgliedern weiterhin auf ein starkes Fundament unabhängiger Finanzierung setzen. Zum Vergleich: Allein der NABU weist gegenwärtig mehr Mitglieder auf als die beiden mitgliederstärksten Parteien SPD und CDU (je ca. 400.000) zusammen! Gegenüber den großen vier Umweltorganisationen nehmen sich die ca. 18.000 Fördermitglieder der DUH mit Stand 2024 fast bescheiden aus. Jedoch gilt hier zu bedenken, dass die DUH überhaupt erst seit wenigen Jahren auf Förderer*innen setzt und seitdem sehr hohe jährliche Wachstumsraten erzielen konnte. Das Budget der DUH betrug 2023 20 Mio. Euro bei etwa 200 Mitarbeiter*innen und einer weiterhin hohen Dynamik.

Die Umweltbewegung ist im letzten Jahrzehnt gekennzeichnet durch vermehrte Bewegungsmomente (z. B. „Wir haben es satt"-Demo im Umweltverbandsbündnis, Demos zu globalen Klimastreiks und Proteste gegen ausgewählte fossile Infrastrukturen wie im Dannenröder Wald und in Lützerath). Teilweise haben die Umweltorganisationen Antworten auf strukturelle Herausforderungen gefunden – durch Arbeit in Bündnissen und Arbeitsteilung in den Verbänden werden Ressourcen strategischer eingesetzt. Andere Herausforderungen wie Generationenübergänge und Nachwuchsbindung bestehen weiter und neue, wie Fachkräftemangel auch bei hauptamtlichen Mitarbeitenden und Kostensteigerung durch Inflation, sind dazu gekommen.

Gleichzeitig hat sich die Landschaft der Umweltbewegung durch die Fridays-for-Future-Bewegung sowie radikalere Ansätze wie Extinction Rebellion und Letzte Generation stark verändert und die Aufmerksamkeit auf zivilgesellschaftlichen Umweltaktivismus neu verteilt. Die neuen Bewegungsakteure scheitern an der Realpolitik und frustrieren damit Aktive, vor allem Friday for Future ist derzeit von einer hohen Fluktuation und beendetem Engagement betroffen. Es gibt zwar eine starke Bereitschaft der neuen Bewegungsakteure zu temporären Aktionsbündnissen, aber die etablierten Umweltorganisationen können strukturell so gut wie gar nicht von dem Mobilisierungspotenzial profitieren und auch kaum Aktive in ihre Strukturen aufnehmen.

Die Krisenmüdigkeit macht auch vor den Umwelt-NGOs selbst nicht Halt. Dabei hat die Covid-19-Pandemie seit 2020 zunächst zur Mobilisierung von Zusatzkräften für z. B. die Umstellung auf Onlineformate und digitale Arbeitsweisen geführt. Zudem wurden Konzepte wie Green Recovery für Deutschland mitentwickelt. Diese Zusatzkräfte stehen aber nicht unbegrenzt und dauerhaft zur Verfügung. Oder sie verpuffen angesichts der kommunikativen Herausforderungen und medialen Aufladung, wie das Beispiel der Krisenlage zur Gasversorgung, die Turbo-Genehmigung von LNG-Terminals oder die Debatten um das Gebäudeenergiegesetz gezeigt haben.

Mögliche auszubauende strategische Ansätze der kommenden Jahre in der Umweltbewegung, die in einzelnen Organisationen auch schon angewandt werden, sind:

- *Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, die darauf spezialisiert sind, einzelne systemische Ursachen der Überschreitung planetarer Grenzen zu bearbeiten. Die Umweltverbände bauen sich mittelbar über diesen Weg Kompetenzen in Feldern wie z. B. der Finanzwirtschaft und dem nachhaltigen Wirtschaften auf, die entscheidend für die sozial-ökologische Transformation sind.*

- *Gemeinsame strategische Klagen gegen umwelt-, klima- und naturschutzpolitische Missstände wie beispielsweise bei der Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz 2021.*

- *Die verstärkte Kooperation mit Organisationen, die sich für soziale Belange einsetzen, um mit ihnen gemeinsam Kampagnenarbeit z. B. zu legislativen Projekten (Beispiel Lieferkettengesetz) zu machen.*

- *Kritische und ehrliche Überprüfung der eigenen Arbeitsweise und der Wachstumsparadigmen der eigenen Organisation und von strategischen Partner*innen wie etwa Unternehmen; Bestandsaufnahme, welche Projekte in Summe tatsächlich zum gesellschaftlichen Wandel beitragen.*

- *Aufbau von Kapazitäten, die die Entwicklung von neuen Technologien (z. B. KI) kritisch bilanzieren und ausgewogen dazu kommunizieren können.*

Als ein wichtiger Ansatz für erfolgreiche Arbeit, der auch bereits genutzt wird, wurde ein konzertiertes gemeinsames Agieren auf Grundlage einer klaren Theory of Change und einem positiven Zukunftsbild identifiziert. Nur dann scheint die Umweltbewegung in der Lage, ihre Erfolge öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren. Wichtige Säulen ihrer Aktivitäten dafür sind Kooperationen untereinander, aber auch verstärkt mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, deren Fokus auf sozialen Zielen und Arbeitnehmer*inneninteressen liegt.

Ebenso erscheint es weiterhin geboten, durch Präsenz in der Fläche lokale Gestaltungsimpulse zu setzen und dort mit Projekten, Aktionen und Angeboten gelingende Lösungen für eine fossilfreie und klimaneutrale Welt aufzuzeigen. Wichtiger Nebenaspekt vieler dieser Aktionen ist, dass sie nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, sondern gleichzeitig motivierend für Aktive und Mitarbeitende wirken.

Die Interviews und der Workshop haben jedoch auch gezeigt, dass die Verantwortlichen sich der Herausforderungen bewusst und bereit sind, sich diesen konstruktiv zu stellen.

Für den Ausblick sollen zwei Szenarien aufgemacht werden: ein positives und ein negatives. Selbstverständlich wird keines der Szenarien genauso eintreten, aber die Beschäftigung mit beiden Szenarien kann vorbeugend und/oder motivierend wirken sowie die beiden Bereiche markieren, in welche die Entwicklung mündet.

In der positiven Variante wird in der Bewegung ein Kipppunkt erreicht – die Bewegung agiert konzertiert und koordiniert auf Grundlage einer klaren Theory of Change und einem positiven Zukunftsbild. Sie ist in der Lage, ihre Erfolge der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Wichtige Säulen ihrer Aktivitäten sind Kooperationen mit Akteuren der Zivilgesellschaft, deren Fokus auf sozialen Zielen und Arbeitnehmer*inneninteressen liegt. Durch Präsenz in der Fläche mit Projekten, Aktionen und Angeboten setzen sie lokale Gestaltungsimpulse und zeigen gelingende Lösungen für eine fossilfreie und klimaneutrale Welt auf. Wichtiger Nebenaspekt vieler dieser Aktionen ist, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Aus diesen solidarischen Aktivitäten ziehen die Aktiven und Mitarbeitenden Kraft und Resilienz. Umweltorganisationen entwickeln ihren eigenen Kompass hinsichtlich technischer Innovationen weiter und bauen Kompetenzen zur Bilanzierung der Wirkungen von wirtschaftlichen Umbauprozessen auf, um ihre Watchdogfunktion auszufüllen.

In der negativen Variante verstärken das politische Rollback und die Verringerung der finanziellen Spielräume eine pessimistische Grundeinstellung in den Organisationen. Der Wettbewerb zwischen den Organisationen und die internen Verteilungskämpfe werden stärker und beanspruchen viele Kapazitäten. In Angst um ihre Errungenschaften in der Naturschutzpolitik, insbesondere bei der älteren Generation in den Organisationen, entsteht eine Kompromisslosigkeit gegenüber jedweder Entwicklung. Das macht sie zunehmend unattraktiver für progressive Aktive und junge Menschen. Die Organisationen verpassen einen Kompass zu entwickeln, der sie bei der Frage unterstützt, ob Entwicklungen für die anstehende Transformation nötig sind. Lokale Gruppen entwickeln immer mehr einen Tunnelblick und Reflexe des BANANA-Phänomens nehmen zu, das ausgeschrieben für „Build absolutely nothing anywhere near anybody“ steht. Die Umweltorganisationen gehen damit zu einem vagen und konservativen Grundkonsens der Umwelt- und Naturschutzbewegung zurück.

INHALTS-VERZEICHNIS

Impressum 2
Zusammenfassung und Ausblick 3
Inhaltsverzeichnis 6
Abbildungsverzeichnis 8
Tabellenverzeichnis 8
Abkürzungsverzeichnis 9

1 — EINLEITUNG 10

1.1 **FORSCHUNGSGEGENSTAND** 12
1.2 **METHODIK** 13

2 — ENTWICKLUNG DER AKTEURSLANDSCHAFT 14

2.1 **RELEVANTE DATEN ZUR ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DEUTSCHLAND** 15

2.2 **ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN IM UMWELTBEREICH** 17

2.3 **STRUKTURDATEN DER UMWELTORGANISATIONEN UND BESCHREIBUNG DER BEWEGUNGSAKTEURE** 18
2.3.1 *Mitarbeitende in den Umweltorganisationen* 18
2.3.2 *Mitgliederentwicklung einschließlich Methoden der Mitgliedergewinnung und -bindung* 20
2.3.3 *Organisationsstruktur* 22
2.3.4 *Entwicklung von Themenfokussen, Kampagnenarbeit und Protestformen* 24
2.3.5 *Finanzierung* 26

2.4 **EXKURS: OSTDEUTSCHE UMWELTORGANISATIONEN** 30
a) *Zivilgesellschaftliches Engagement und Vereinswesen in Ostdeutschland* 30
b) *Strukturdaten ostdeutscher Umweltorganisationen* 31
c) *Grüne Liga als originär ostdeutscher Umweltverband* 33
d) *Herausforderungen und weitere strategische Ausrichtung ostdeutscher Umweltverbände* 34

2.5 **EXKURS: NEUE AKTEURE DER UMWELTBEWEGUNG** 35
2.5.1 *Fridays for Future Deutschland* 35
2.5.2 *Die Letzte Generation vor den Kipppunkten* 37
2.5.3 *Die neuen ultrakonservativen Umweltorganisationen* 40

2.6 **BEZIEHUNGEN DER BEWEGUNGSAKTEURE ZU DEN UMWELTVERBÄNDEN UND ZUEINANDER** 42
2.6.1 *Beziehungen zwischen Fridays for Future und anderen Akteuren* 42
2.6.2 *Verhältnis der Letzten Generation zu anderen Akteuren* 42

3 — HERAUSFORDERUNGEN DER UMWELTBEWEGUNG 44

3.1 **MULTIPLE KRISEN – RADIKALERE UND KOMPLEXERE ANTWORTEN UND NEUE STRATEGISCHE AUSRICHTUNGEN?** 46
3.2 **SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION** 49
3.3 **DIE ROLLEN DER UMWELTVERBÄNDE IN ZEITEN MULTIPLER KRISEN** 51
3.4 **KOMMUNIKATION UND ÖFFENTLICHER DISKURS** 52

4 — LITERATURVERZEICHNIS 54

ABBILDUNGS-VERZEICHNIS

Abbildung 1: Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstellen der Umweltorganisationen in Deutschland, soweit Daten verfügbar **18**

Abbildung 2: Entwicklung der Mitgliederzahlen **20**

Abbildung 3: Entwicklung der Mitgliederzahlen der kleineren Umweltorganisationen, soweit Daten verfügbar **20**

Abbildung 4: Entwicklung der Unterstützer*innen aller Organisationen **21**

Abbildung 5: Entwicklung Unterstützer*innenzahlen kleine Verbände **22**

Abbildung 6: Der aktuelle Stand der neun planetaren Grenzen **24**

Abbildung 7: Angaben zu den Klimastreiks auf Basis der Erhebungen von Fridays for Future und zu den anderen Demonstrationen auf Basis eigener Recherchen des UfU-Teams in der Medienberichterstattung. **25**

Abbildung 8: Repräsentative Umfrage zur Unterstützung der Klimabewegung; Quelle: More in Common **26**

Abbildung 9: Entwicklung des Etats (1990–2020) **27**

Abbildung 10: Entwicklung des Etats kleineren und mittleren Organisationen (1990-2020) **27**

Abbildung 11: Entwicklung der Drittmittel (1990–2020) **28**

Abbildung 12: Entwicklung der Spendenzwecke auf Grundlage der Erhebungen des Deutschen Spendenmonitors des Deutschen Fundraisingverbandes **29**

Abbildung 13: Entwicklung der Spendeneinnahmen der Umweltorganisationen **29**

Abbildung 14: Entwicklung der Mitgliederzahlen ostdeutscher Verbände (2000–2020) **32**

Abbildung 15: Vergleich Mitgliederzahlen von BUND und NABU mit Mitgliedschaften in Parteien in ostdeutschen Bundesländern **32**

Abbildung 16: Entwicklung des Umsatzes ostdeutscher Landesverbände **33**

Abbildung 17: Teilnehmende an globalen Klimastreiks in Deutschland. Eigene Darstellung, basierend auf Daten von Fridays for Future Deutschland. **36**

Abbildung 18: Historische Entwicklung der modernen Umweltbewegung **45**

Abbildung 19: Rollen und Aufgaben von Umweltorganisationen in der Großen Transformation **51**

TABELLEN-VERZEICHNIS

ABKÜRZUNGS-VERZEICHNIS

AfD — Alternative für Deutschland
AG — Arbeitsgemeinschaft
AKW — Atomkraftwerk
AWO — Arbeiterwohlfahrt
BUND — Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
CDU — Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSO — civil society organization
CSU — Christlich-Soziale Union in Bayern
d. h. — das heißt
DDR — Deutsche Demokratische Republik
DGB — Deutscher Gewerkschaftsbund
DNR — Deutscher Naturschutzring
DUH — Deutsche Umwelthilfe
EKD — Evangelische Kirche in Deutschland
EUR — Euro
FDP — Freie Demokratische Partei
GmbH — Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ID — Identifikationsnummer
IG Metall — Industriegewerkschaft Metall
LGBTQIA+ — lesbian, gay, bisexual, transsexual/transgender, queer, intersexual, asexual
LNG — liquefied natural gas, verflüssigtes Erdgas
Mio. — Millionen
NABU — Naturschutzbund Deutschland
NGO — non-governmental organization, Nichtregierungsorganisation
NI — Naturschutzinitiative
NPO — Non-Profit-Organisation
SDW — Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
SoVD — Sozialverband Deutschland
SED — Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD — Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u. a. — unter anderem
UmwRG — Umweltrechtsbehelfsgesetz
UN — Vereinte Nationen
v. a. — vor allem
VCD — Verkehrsclub Deutschland
Verdi — Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
VLAB — Verein für Landschaftspflege, Artenschutz und Biodiversität
WBGU — Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WWF — World Wide Fund For Nature
z. B. — zum Beispiel
ZiviZ — Zivilgesellschaft in Zahlen

Tabelle 1:
Entwicklung der Rechtsformen zivilgesellschaftlicher Organisationen zwischen 2016 und 2022 **16**

Tabelle 2:
Anerkannte Umweltvereinigungen in Bund und Ländern im Zeitverlauf. Zeitraum: Zahlen von 2003 im Vergleich zu den Jahren 2020, 2023 und 2024. **17**

Tabelle 3:
Gründungsjahre und Mitarbeitendenzahlen von ausgewählten neuen Umweltorganisationen oder Umfeldorganisationen **19**

„Kleingruppen, Einzelpersonen und Ereignisse sind es, die in die Umweltbewegung immer neu Bewegung gebracht haben."

Joachim Radkau, 2011

1 — EINLEITUNG

2011 veröffentlichte der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU) sein spektakuläres und weithin beachtetes Gutachten zur Großen Transformation. In diesem forderte der Beirat nichts weniger als einen neuen Gesellschaftsvertrag (WBGU, 2011). Auch die Umweltverbände haben das Gutachten nicht nur rezipiert, sondern versucht, daraus Schlussfolgerungen für die eigene Arbeit abzuleiten. In der UfU-Studie „Umweltverbände als relevante Akteure nachhaltiger Transformationsprozesse" (Sperfeld, Zschiesche, 2014) wurde erstmals vermessen, wie weit die maßgeblichen Umweltverbände die Große Transformation als neues Leitbild angenommen und in ihrer täglichen Arbeit einzubringen bereit waren.

Die sozial-ökologische Transformation ist die begriffliche Weiterentwicklung dieser Großen Transformation, allerdings bislang ohne klare Konturierung und gesellschaftlich-programmatische Zielstellungen bzw. normative Neujustierungen beispielsweise des Grundgesetzes. Mehr denn je gilt jedoch: Das globale Wirtschaftssystem bedarf der Transformation weg aus dem fossilen Modus hin zur postfossilen Wirtschaftsweise. Neben der postfossilen Wirtschaftsweise braucht es darüber hinaus einen Wandel zu Nachhaltigkeit und Suffizienz. Das bedeutet, es reicht gesellschaftlich nicht, nur den Umstieg vom Verbrenner- zum Elektroauto zu vollziehen. Das Mobilitätsverhalten insgesamt bedarf einer Transformation, die der Tragfähigkeit der Erde angemessener ist.

Die multiplen Krisen sind heute spürbarer noch als 2014. Die substanziellen Änderungsnotwendigkeiten in der Gesellschaft hin zu Fossilfreiheit ist zudem nicht ohne Risiko für die Demokratien dieser Welt. Mitten in dieser Gemengelage agieren große zivilgesellschaftliche Umweltorganisationen und sind für viele Ankerpunkte und Lichtblicke in einer tief verunsicherten Gesellschaft.

Die Frage ist, inwieweit auch die Umweltbewegung in Deutschland, die in dieser Studie als Synonym für alle Gruppen, Organisationen und Verbände im Bereich des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes verstanden wird, die sozial-ökologische Transformation selbst als neues Leitbild anerkennt und versucht, es mit Leben zu füllen. Bislang gibt es keine Pendants zu früheren übergreifende Leitbilder stiftenden Veröffentlichungen wie etwa dem Zukunftsfähigen Deutschland (1996; 2008), das der BUND vorlegte und das der „Spiegel" 1996 noch als „Grüne Bibel" charakterisierte.

Die Umweltbewegung, verstanden als „kollektives Bewusstsein jenseits des Agierens der eigenen Organisation" (Rucht, 1996), ist mehr als die Ansammlung von Einzelprojekten und singulären aktivistischen Aktionen oder Organisationen. Um eine gemeinsame Richtung nicht nur zu erkennen, sondern sie auch konsequent einzuschlagen und zu halten, bedarf es übergreifender, gemeinsamer Leitbilder. Fraglich ist, ob die Umweltbewegung diese schon ausprägen und entwickeln konnte oder wenn nicht, in der Lage ist, ähnlich wie die Umweltbewegung in vorangegangenen Zeiten, solche sinnstiftenden, übergreifenden Leitbilder zu schaffen und sich an ihnen auszurichten.

Mit der vorliegenden Studie werden zunächst zum einen die Strukturdaten der großen Umweltverbände bis 2022 fortgeschrieben. Darüber hinaus werden zugleich Trends und Entwicklungen zur Tätigkeit im Spektrum Umwelt-, Natur- und Klimaschutz von 2014 bis 2022 in Deutschland analysiert und hinsichtlich der sozial-ökologischen Transformation eingeordnet. Dabei werden nicht alle möglichen Themen im Kontext aufgegriffen. Das hätte den Rahmen der Studie deutlich gesprengt. Jedoch werden einige wesentliche Entwicklungen und Trends der letzten Jahre aufgegriffen und auch hinsichtlich der strukturellen Basis der großen Umweltverbände zurückgekoppelt.

Die Rolle der in Umweltverbänden organisierten Zivilgesellschaft wandelt sich insbesondere vor dem Hintergrund der sich beschleunigenden Krisen, des fortschreitenden Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt und der wechselnden Aufmerksamkeit für diese Themen in der Bevölkerung. Auch in Deutschland sind es in vielen Fällen vor allem zivilgesellschaftliche Akteure, die auf die Auswirkungen der Krisenerscheinungen vor Ort aufmerksam machen. Sie agieren dabei als Anwalt und Stimme der Natur und erfüllen viele Rollen gleichzeitig. Sie sind Watchdog in politischen Prozessen und Planungsverfahren, sie betreiben Agenda-Setting, indem sie öffentlichkeitswirksam Probleme analysieren, sie nehmen vor allem auf der lokalen und regionalen Ebene die Lösungen oft selbst in die Hand und führen innovative Pilotprojekte und Aktionen durch. Sie fungieren darüber hinaus auch als Vermittler, bündeln gesellschaftliche Interessen und setzen sich für die Teilhabe aller an politischen Prozessen ein.

1.1 FORSCHUNGSGEGENSTAND

Forschungsgegenstand der vorliegenden Studie sind Umweltorganisationen als Teil der organisierten Zivilgesellschaft, die sich mit Umweltfragen, die Klima- und Naturschutzaspekte einschließen, auseinandersetzen (Sperfeld, Zschiesche, 2014, S.7).

Ziel der Studie war zunächst die Erhebung und Fortschreibung der seit 2014 relevanten Strukturparameter großer und maßgeblicher Umweltorganisationen in Deutschland. Dabei wurde an die Vorgängerstudie von 2014 (Sperfeld, Zschiesche, 2014) angeschlossen. Maßgeblich werden hier zunächst die gleichen Organisationen wie 2014 hinsichtlich ihrer Entwicklung in den Bereichen Mitgliedschaften, Mitarbeiter*innen, Finanzierung und Themenfokusse. untersucht. Folgende Umweltorganisationen wurden betrachtet:

- *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)*
- *Deutsche Umwelthilfe e. V. (DUH)*
- *Greenpeace e. V.*
- *Grüne Liga e. V.*
- *NaturFreunde Deutschland e. V.*
- *Naturschutzbund e. V. (NABU)*
- *Robin Wood e. V.*
- *Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e. V. (SDW)*
- *Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD)*
- *World Wide Fund for Nature Deutschland (WWF)*

Neu aufgenommen in die Untersuchung wurde Germanwatch als relevanter Akteur unter den Umweltorganisationen in Deutschland.

Neben diesen Organisationen wurden weitere neue Akteure der Umweltverbändelandschaft angeschaut. Auch kleinere und mittlere Umweltorganisationen waren auf dem Radar der Bearbeiter*innen, jedoch ist der Umfang an Gruppen und Vereinigungen im Umweltbereich nach wie vor sehr groß und vielfältig, sodass es notwendig ist, eine Auswahl zu treffen. Nicht betrachtet wurden Organisationen, die nicht im Kern zu Umweltfragen tätig sind. Ebenfalls nicht betrachtet wurden Tierschutzverbände, die zwar einen engen Bezug zu Umwelt- und Naturschutz aufweisen, aber sich umwelt-, klima- und naturschutzpolitisch nicht so stark zu Wort melden wie beispielsweise die großen Umweltverbände oder die Bewegungsakteure wie Fridays for Future oder die Letzte Generation.

Die Studie nutzt zur Beschreibung der Verfasstheit der Umweltorganisationen verschiedene Blickwinkel. Vornehmlich wird die Perspektivebene der Umweltbewegung, also der Gesamtheit der Umweltorganisationen und Umweltgruppen eingenommen. Daneben werden auch fallweise nur die großen, neuen oder die Umweltorganisationen aus Ostdeutschland u.a. betrachtet.

Um eine Relevanz von Umweltorganisationen zu bestimmen, wurde auf folgende Parameter zurückgegriffen:

- *Mitgliederliste des Deutschen Naturschutzrings (Dachverband)*
- *Mitgliederliste der Klimaallianz*
- *Mediale Nennungen sowie Nennungen und Relevanz in der Literatur*
- *Liste der anerkannten Umweltvereinigungen sowie entsprechende Klageverfahren*
- *Umweltstiftungen im Verband Deutscher Stiftungen*
- *Bestimmung aufgrund eigener Recherchen- und Forschungsaktivitäten*

Einen prominenten Raum nimmt in dieser Studie das Thema der neuen Bewegungsakteure ein. Immer wieder gibt es verbandsöffentliche oder öffentliche Debatten und Diskussionen um Solidarisierung oder Abgrenzung von zivilem Ungehorsam. Es gibt dabei sehr wenig Abstimmung zwischen den verschiedenen Bewegungsakteuren und auch zwischen den großen Umweltorganisationen, was für einen neuen und wirkmächtigen Bewegungsansatz keine gute Voraussetzung darstellt. Daher wird am Ende von Kapitel 2 die Frage der Beziehungen zwischen den etablierten und den neuen Bewegungsakteuren näher betrachtet und auch genutzt, um im abschließenden dritten Teil der Studie einige Ableitungen und Herausforderungen aus den Analyseergebnissen zu formulieren, vor denen sowohl die gesamte Umweltbewegung als auch die etablierten und die neuen Bewegungsakteure stehen.

1.2 METHODIK

Die Studie wurde in einem Dreischritt erarbeitet. Zunächst wurde im Rahmen einer Desktop-Recherche eine quantitative Analyse vorhandener Daten überwiegend aus Geschäfts- und Jahresberichten durchgeführt, die als Datenbasis diente und die Strukturparameter der UfU-Studie aus dem Jahr 2014 fortschreibt, um die Jahresscheiben 2015 und 2020 ergänzt sowie vereinzelt bis 2022 fortführt. Erhoben wurden Daten zur Anzahl der Mitglieder*innen, Fördernde und Unterstützer*innen. Darüber hinaus wurden die Daten zur Anzahl der Mitarbeitenden, Bürostandorte und die Angaben zu Umsatz und Etat untersucht.

Teil der Desktop-Recherche war außerdem eine Literaturrecherche hauptsächlich zu neuen Bewegungsakteuren wie Fridays for Future und Letzte Generation sowie zu neuen bundesweit tätigen ultrakonservativen Umweltorganisationen wie Naturschutzinitiative oder den Verein für Landschaftspflege, Artenschutz & Biodiversität sowie zur Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland.

Neben der Erhebung der Daten der Umweltverbände wurden relevante Literatur, Presse- und Medienberichte zu Umweltorganisationen ermittelt, gesichtet und ausgewertet.

Im zweiten Schritt wurde eine qualitative, leitfragengestützte Befragung durchgeführt. Die in der Regel ausführlichen, mehr als 60-minütigen Interviews wurden persönlich oder per Videokonferenz im Zeitraum September 2023 bis Januar 2024 durchgeführt. Es wurden insgesamt 15 Interviews mit relevanten Vertreter*innen von sowohl west- als auch ostdeutschen Umweltverbänden geführt, die in unterschiedlichen, aber jeweils verantwortlichen Funktionen tätig sind, sodass eine große Breite und Tiefe an verschiedenen Erfahrungen abgedeckt werden konnte. Wichtig war den Autor*innen, dass die Interviewten (außer bei den neuen Bewegungsakteuren) über langjährige Erfahrungen und über eine breite Kenntnis nicht nur zur eigenen Organisation verfügen. Darüber hinaus wurden Interviews mit jeweils einem*r Vertreter*in von Fridays for Future und der Letzten Generation geführt, um die Perspektive der neuen Bewegungsakteure mitaufzunehmen. Schwerpunkte der Interviews waren die Organisationsentwicklung der Verbände, aktuelle Krisen und Herausforderungen und der Umgang der Verbände damit sowie die Entwicklung und der Stand der Umweltbewegung insgesamt. Dabei wurden sowohl Risiken für die Umweltbewegung als auch hoffnungsvolle Entwicklungen diskutiert und besprochen.

Elf der Interviews wurden mithilfe eines KI-gestützten Programmes (happyscribe) transkribiert und in Form von einfachen wissenschaftlichen Transkripten, d. h. ohne Berücksichtigung von Verzögerungslauten und Sprachpausen (vgl. Dresing & Pehl 2018), verschriftlicht. Die Transkripte wurden mit der Analysesoftware MAXQDA in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2018) ausgewertet. Bei der Auswertung wurde hauptsächlich deduktiv, d. h. anhand der Interviewfragen, vorgegangen. Abschließend wurden die Ergebnisse verschriftlicht.

Als dritter Schritt wurde Ende Januar 2024 in Berlin ein Workshop mit Verbandsvertreter*innen von Umwelt-NGOs durchgeführt. 11 Funktionsträger und Vertreter*innen von Umweltverbänden nahmen teil. Der Workshop diente dazu, die erarbeiteten Ergebnisse und Befunde mittels Thesen vorzustellen und mit den Teilnehmenden zu diskutieren. Dabei wurden neben den erarbeiteten quantitativen Strukturdaten fünf Thesen zu dem Stand und den Herausforderungen der Umweltbewegung vorgestellt. Dabei lag der Fokus sowohl auf der allgemeinen Wirkung der Umweltbewegung auf die Gesellschaft, auf den strukturellen Herausforderungen der Umweltverbände und auf innerorganisatorischen Entwicklungen. Die Thesen wurden im Plenum ausführlich diskutiert. Im zweiten Teil des Workshops wurden in zwei Gruppen die Themenfelder Krisenmüdigkeit und geänderte Anforderungen an Kommunikation und Mobilisierungskraft sowie Umgang mit verschiedenen Aktionsformen erörtert. Die Ergebnisse wurden protokolliert und im deskriptiven Teil der Studie verarbeitet.

2 — ENTWICKLUNG DER AKTEURS-LANDSCHAFT

Die Zivilgesellschaft als Ganzes wird bislang trotz ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung nur bruchstückhaft beforscht (so z. B. Hummel, S et al. 2022, S. 50 f.). Auch die umweltrelevante Zivilgesellschaft wird nur selten gründlich und noch seltener empirisch untersucht (Radkau, 2011, S. 337). Mit der folgenden Untersuchung haben die Autor*innen sich daher bemüht, ihre Schlussfolgerungen soweit Qempirischem Material zusammengetragen. Allerdings fehlen häufig zur Einordnung und zum tieferen Verständnis wichtige Vergleichsdaten, sodass der grundsätzliche Befund der o. g. Autoren berechtigt ist.

2.1 RELEVANTE DATEN ZUR ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Die Zivilgesellschaft in Deutschland ist stark entwickelt. Der Rechtsstaat in Deutschland ist intakt, die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind gewährleistet. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten nicht nur ehrenamtlich, sondern auch lokal und regional. Viele arbeiten in praktischen Zusammenhängen und damit eher unpolitisch. Das liegt daran, dass die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen im Gesundheits- und Sozialwesen angesiedelt sind. Neben dem Gesundheits- und Sozialsektor mit ihren sechs Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland), die für die zahlreichen Organisationen in dem Bereich die politische Lobbyarbeit sicherstellen, nehmen die Sportverbände innerhalb der Zivilgesellschaft den größten Raum ein. Etwa 22 % aller Organisationen in der Zivilgesellschaft in Deutschland sind Sport-, Wander-, Angel- und Schützenvereine oder Träger von Sporteinrichtungen (Hummel, S.21 f). Auch diese Organisationen sind eher weniger politisch tätig.

Etwa 9 % aller Beschäftigten in Deutschland sind – zumeist in Teilzeit – in zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland tätig (Hummel, S. 50). Der zivilgesellschaftliche Sektor ist damit ein relevanter Sektor der deutschen Volkswirtschaft und beläuft sich auf etwa 3,7 Millionen Arbeitnehmer*innen (Hohendanner et al. 2019, S. 92).

Hinsichtlich der medialen Öffentlichkeit ist die Zivilgesellschaft in Deutschland unterschiedlich stark präsent. Neben Fußballvereinen und Teilen der Wohlfahrtsverbände sind auch die großen Umweltverbände wie Greenpeace, die DUH, der NABU, der WWF und der BUND, aber auch einige im Klimabereich tätige Organisationen medial sehr präsent. Sie sind sowohl in Printmedien als auch in den sozialen Medien und im Fernsehen häufig mit ihren Themen vertreten (Hummel et al., 2022, S. 68 f.).

Alle zivilgesellschaftlichen Organisationen und hier besonders die, die vorwiegend ehrenamtlich tätig sind, haben – insbesondere durch die demografische Situation – bereits Probleme, ihre Tätigkeitsfelder aufrecht zu erhalten und auch die ehrenamtlichen Gremien personell und inhaltlich adäquat zu besetzen.

Gleichzeitig scheint die Spendenbereitschaft, die in Deutschland bereits auf einem hohen Niveau ist, derzeit kaum steigerbar zu sein (Hummel et al. 2022, S. 7). Spenden und Mitgliedschaften wiederum sind wichtige Quellen für finanzielle Ressourcen, die den Organisationen für ihre Arbeit zur Verfügung stehen.

Auffallend ist im Report zur Situation der Zivilgesellschaft aus dem Jahr 2022 auch das Spannungsfeld des nationalstaatlich geprägten Rahmens und der immer stärker transnational agierenden Organisationen (Hummel, S. et al.; Zur Lage und den Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft in Deutschland, S. 23 f.). Gerade für den Umweltschutzsektor innerhalb der Zivilgesellschaft ist dies ein wichtiges Thema. Hier bereiten den deutschen Organisationen die teilweise im Ausland zu beobachtenden repressiven Maßnahmen gegen die umweltrelevante Zivilgesellschaft zunehmend Sorge und verengen die Tätigkeitsbereiche, weil Projekte in Drittstaaten zunehmend unter Druck geraten. In Deutschland sind derartige Phänomene wie die Gerichtsentscheidung gegen Attac (Attac-Urteil, BFH v. 10.1.2019, V R 60/17, BStBl II 2019, 301) noch eine absolute Ausnahme. Allerdings sind im Zuge der Aktivitäten gegen die Aktivisten der Letzten Generation in einigen Bundesländern bestimmte strafrechtliche Mittel des Staates vermehrt Gegenstand öffentlicher Debatten (u. a. GLI, Green Legal Spaces, 2023). Darüber hinaus stellt insbesondere die AfD in den letzten Jahren Anzeigen bei Finanzämtern gegen gemeinnützige Vereine, um ihnen die Gemeinnützigkeit entziehen zu lassen.[1]

Was die Zivilgesellschaft in Deutschland insgesamt kennzeichnet, sind die guten Vertrauenswerte in der Bevölkerung und die Orientierung auf das Gemeinwohl, was häufig einen Gegenpol zur alles bestimmenden Wirtschaft und dem Streben nach Profitmaximierung darstellt (Hummel et al., S. 4). Betrachtet man jedoch die Zahl an Beschäftigten in der Zivilgesellschaft (etwa 3,7 Mio.; Hohendanner et al. 2019, S. 92) unter diesem Aspekt und vergleicht sie mit der Zahl an Beschäftigten in der Volkswirtschaft allgemein, so wird deutlich, dass allein quantitativ ein großer Unterschied zwischen gewinnorientierter Wirtschaft und gemeinwohlverhafteter Zivilgesellschaft in Deutschland besteht. Allein im produzierenden Gewerbe und der Landwirtschaft waren in Deutschland 2023 etwa 11,5 Millionen Arbeitnehmer*innen beschäftigt.[2]

Die vorherrschende Rechtsform von zivilgesellschaftlichen Organisationen ist nach wie vor der eingetragene Verein. Mit Stand von 2022 waren in Deutschland 615.759 Vereine in den verschiedensten Engagementfeldern eingetragen, die anderen Rechtsformen kommen zusammen auf eine Gesamtzahl von 41.129.

Rechtsform	2016	2022	Änderung
Eingetragene Vereine	603.886	615.759	2 %
Gemeinnützige Kapitalgesellschaften	11.440	14.540	21 %
Gemeinwohlorientierte Genossenschaften	1.322	1.939	32 %
Rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts	21.806	24.650	12 %

Tabelle 1: Entwicklung der Rechtsformen zivilgesellschaftlicher Organisationen zwischen 2016 und 2022

Die Grundgesamtheit aller zivilgesellschaftlichen Organisationen beträgt damit knapp 657.000 Organisationen.

Mit Blick auf die gesamte Zivilgesellschaft hat sich der Aufwuchs von Vereinen im Betrachtungszeitraum zwischen 2016 und 2022 deutlich abgebremst, weist aber immer noch ein Wachstum von etwa 2 % auf. Das heißt, dass es mehr neue Eintragungen als Löschungen gibt. Die Dynamik in anderen Rechtsformen ist jedoch deutlich größer als bei Vereinen. So verzeichnen Stiftungen bürgerlichen Rechts ein Wachstum von 12 % (Schubert et al. 2023: 9). Umweltstiftungen haben sogar in einem Zeitraum von zehn Jahren zwischen 2014 und 2023 ihre Anzahl von 1.800 auf 3.762 fast verdoppelt, obwohl in diese Phase die Nullzinspolitik fiel, was das Wachstum sicherlich eher noch gebremst hat.[3] Noch stärker ist die Dynamik bei gemeinnützigen Kapitalgesellschaften wie gGmbH und gemeinwohlorientierten Genossenschaften. Die Gründungsdynamik von 21 % und 32 % bestätigt den Trend, der in den Befunden der Vorgängerstudie herausgearbeitet wurde, dass zu dem bereits ausdifferenzierten Engagementfeld Umwelt innovative Organisationen auch neue Organisationsformen wählen oder einen klassisch agierenden Verein mit einer kapitalgebundenen Organisationsform ergänzen, um das Handlungsspektrum zu erweitern (Sperfeld, Zschiesche 2014, 31).

[1] https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/gemeinnuetzigkeit-afd-100.html (12.09.2024).

[2] https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrerw13a.html, 22.07.2024.

[3] Vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen: https://www.stiftungen.org/stiftungen/zahlen-und-daten/grafiken-zum-download.html ; letzter Zugriff 22.05.2024.

2.2 ENTWICKLUNG DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ORGANISATIONEN IM UMWELTBEREICH

Ein Ausschnitt aus dem ZiviZ-Survey zeigt, dass das Engagementfeld Umwelt- und Naturschutz im Vergleich zu anderen Engagementfeldern einen Zuwachs an Organisationen (+1,3 %) und seit 2010 eine Verdopplung seines Anteils an allen zivilgesellschaftlichen Organisationen verzeichnet (Schubert et al. 2023: 16ff.). Von den etwa 616.000 Vereinen in Deutschland haben 5 %, d. h. knapp 33.000, angegeben, dass ihr Hauptengagementfeld im Umwelt- und Naturschutz liegt. Weitere 11 % beanspruchen für sich, dass sie unter anderem in diesem Engagementfeld aktiv sind (Schubert et al. 2023: 9). Genaue Werte der Gesamtanzahl der Umweltorganisationen in Deutschland sind nicht recherchierbar. Die Datenlage zum Non-Profit-Sektor wird nach wie vor als „unbefriedigend" beschrieben, da z. B. Vereine über die Finanzämter lokal registriert sind (Zimmer & Priller 2023: 11) und Datenauswertungen zum Vereinszweck nicht zentral ausgewertet werden. Seit Wegfall der Vereinsstatistik des NPO-Managers fehlt eine weitere Quelle zur Abschätzung der Gesamtanzahl der Umweltorganisationen.

Die Organisationen, die in dieser Studie im Mittelpunkt stehen, sind vor allem klassische, eingetragene Vereine. Insbesondere die größeren Umweltvereine ergänzen mittlerweile ihr Profil und ihre Tätigkeiten durch eigene Stiftungen, etwa zur Bewirtschaftung von nationalen und internationalen Naturerbeflächen, oder durch GmbHs, die die eigene Arbeit durch Serviceangebote unterstützen, wie etwa durch Marketing und Mitgliederwerbungsgesellschaften (BUND und NABU).

Im Umweltbereich sind mit der Eintragung als Verein und der Anerkennung als Naturschutz- und/oder Umweltschutzverband nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz (UmwRG) bzw. den Naturschutzgesetzen in den Bundesländern auch besondere Klagerechte verbunden, die aktuell für Stiftungen wie den WWF und nicht demokratisch verfasste Organisationen wie Greenpeace noch nicht gegeben sind.[4] Es ist jedoch wahrscheinlich, dass mit der anstehenden Novelle des UmwRG 2024/2025 diese Benachteiligung der anderen Rechtsformen gegenüber Vereinen aufgehoben wird.

Die Zahl der anerkannten Umweltorganisationen im Bund und in den Bundesländern lag 2024 bei 424. Zieht man die Doppelanerkennungen (in Land und Bund) ab, verbleiben 399 Organisationen.

Anerkannte Umweltvereinigungen	2003	2020	2023	2024
Bund	0	125[5]	137[6]	140[7]
Länder	121[8]	172[9]	264[10]	284[11]
Gesamt	121	297	401	424

Tabelle 2: Anerkannte Umweltvereinigungen in Bund und Ländern im Zeitverlauf.[12] Zeitraum: Zahlen von 2003 im Vergleich zu den Jahren 2020, 2023 und 2024.

Kennzeichnend für Teile des umweltrelevanten Sektors der Zivilgesellschaft ist darüber hinaus, dass alle Organisationen, die in den letzten Jahren vorwiegend die gewachsenen staatlichen Fördermöglichkeiten genutzt haben, zunehmend einwenden, dass die Aufwände und Voraussetzungen steigen und die zeitliche und finanzielle Berechenbarkeit der Fördermöglichkeiten insgesamt eher nachließe. Dies stelle für alle Organisationen, die stark auf öffentliche Drittmittel setzen, einen Teufelskreislauf dar, der vereinzelt zu innerorganisatorischen Krisen führe. In Summe beklagen alle umweltrelevanten zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre geringen finanziellen Rücklagen, um gegen Ausfälle von Fördermitteln gewappnet zu sein. Dieser Befund aus den Interviews ist nicht nur allein für den Umweltsektor der Zivilgesellschaft kennzeichnend, sondern er trifft auf alle zivilgesellschaftlichen Bereiche und Organisationen gleichermaßen zu.

[4] Siehe dazu der Fall ACCC/C/2016/137 Germany vor dem Compliance Committee der Aarhus-Konvention: https://unece.org/env/pp/cc/accc.c.2016.137_germany, zum Zeitpunkt der Studie war eine Novellierung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes

[5] Stand 28.05.2020 eigene Erhebung.

[6] Stand 03.08.2023. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2378/dokumente/anerkannte_umwelt-_und_naturschutzvereinigungen_0.pdf (25.06.2024).

[7] 05.06.2024

[8] Stand 01.07.2003 eigene Erhebung.

[9] Stand 31.12.2020 eigene Erhebung.

[10] Stand 03.08.2023, eigene Erhebung.

[11] Stand 24.07.2024, eigene Erhebung.

[12] Quelle: Eigene Darstellung, Dr. Michael Zschiesche, UfU

2.3 STRUKTURDATEN DER UMWELTORGANISATIONEN UND BESCHREIBUNG DER BEWEGUNGSAKTEURE

Der nächste Abschnitt betrachtet zunächst weitere wichtige strukturelle Daten der Umweltorganisationen wie Mitgliederentwicklung und Entwicklungen in der Organisationsstruktur.

2.3.1 MITARBEITENDE IN DEN UMWELTORGANISATIONEN

Ein wesentlicher Indikator für die Arbeitsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen ist die Anzahl der Mitarbeitenden. Durch Sichtung der Jahresberichte und aktuellen Angaben auf Webseiten wurden die Entwicklungen für relevante Umweltorganisationen anhand ihrer Bundesgeschäftsstellen erhoben. Die Organisationen, die föderal und regional untergliedert sind, erfasst diese Statistik allerdings nur unzureichend. So verfügen zum Beispiel BUND und NABU über große Untergliederungen bzw. Landesverbände[13], deren Mitarbeitendenzahl an die Anzahl der Mitarbeitenden in den jeweiligen Bundesgeschäftsstellen heranreicht oder sie sogar übertrifft.

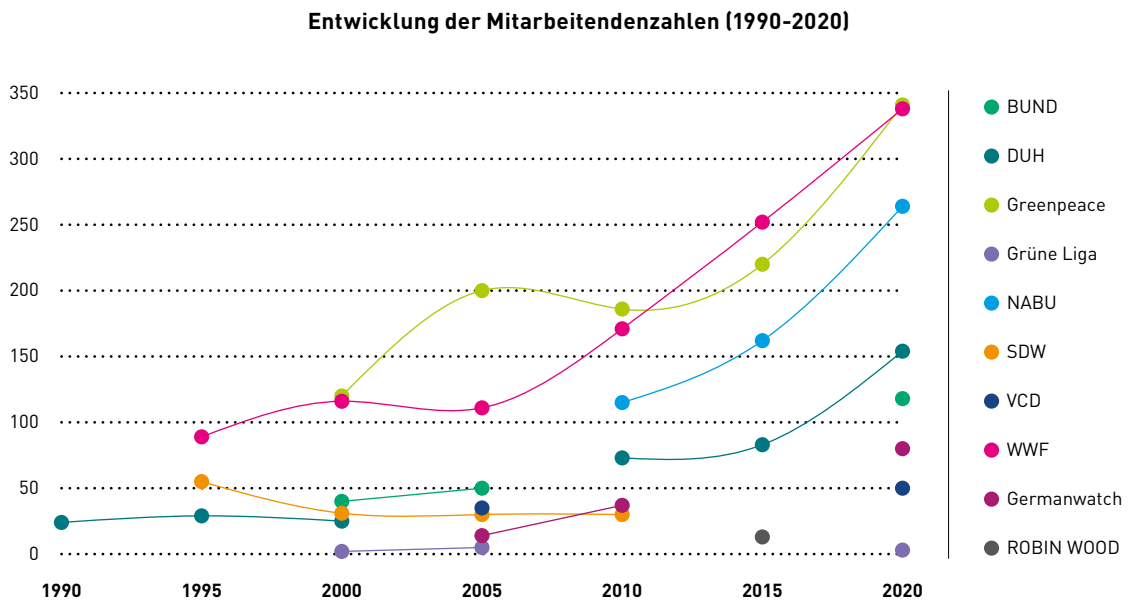

Abbildung 1: Mitarbeitende der Bundesgeschäftsstellen der Umweltorganisationen in Deutschland, soweit Daten verfügbar

Die Grafik zeichnet bemerkenswerte Dynamiken nach. So haben sich die Mitarbeitendenzahlen bei vielen Organisationen zwischen 2010 und 2020 (mehr als) verdoppelt (Germanwatch, DUH, NABU, WWF[14]). Beim WWF Deutschland setzt sich der Trend in etwa derselben Geschwindigkeit fort. In den Jahren 2022 und 2023 waren dort im Durchschnitt 490 Mitarbeitende beschäftigt.[15] Der NABU

[13] In einigen Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg haben sogar auch Kreisverbände hauptamtliche Mitarbeiterstellen.

[14] Der WWF hat Ende Juni 2024 bekannt gegeben, etwa 20 % seiner Mitarbeitenden – etwa 80 Stellen sind betroffen - zu entlassen: https://taz.de/20-Prozent-der-Mitarbeitenden-entlassen/!6018760/ (02.07.2024).

[15] Aus der Zahl der Mitarbeitenden kann nicht abgeleitet werden, wieviel Vollzeitäquivalente (VZÄ) dies umgerechnet entspricht. Erfahrungsgemäß ist allein durch die Nutzung von Teilzeit die Quote der VZÄ etwa 1/3 niedriger als die Zahl der Mitarbeitenden. Siehe: https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF/WWF-Jahresbericht-2022-2023-neu.pdf ; letzter Zugriff 24.05.2024.

gibt bei der Initiative Transparente Zivilgesellschaft seine aktuelle Beschäftigtenzahl mit 289 an, was einer Steigerung um 25 Mitarbeitende seit 2020 entspricht.[16] Der BUND beschäftigt in seiner Bundesgeschäftsstelle in Berlin im Jahr 2024 146 Mitarbeitende.[17] Bei der DUH hat sich die Zahl der Beschäftigten Ende 2022 auf 165 und bis 2024 auf knapp 200 erhöht.[18]

Zum Vergleich und zur Einordnung sind einige Mitarbeitendenzahlen aus Umfeldorganisationen hilfreich. So hat etwa die deutsche Sektion von Amnesty International in Deutschland derzeit ca. 70 Mitarbeitende.[19] Campact gibt für das Jahr 2021 an, 96 Mitarbeitende, ca. 87 Vollzeitäquivalente, zu beschäftigen.[20] Bei Foodwatch sind es derzeit 23,5 Vollzeitäquivalente, was etwa 35 Stellen entspricht.[21]

Aber auch neue Akteure traten seit 2010 in der umweltrelevanten Zivilgesellschaft in Erscheinung und können entweder mit einer einzigartigen medialen oder Marketingstrategie oder mit der Besetzung von Nischen eine außergewöhnliche Dynamik entfalten. Dazu gehört beispielsweise die 2011 von Felix Finkbeiner gegründete Organisation „Plant for the Planet", deren Hauptaktionsform das Pflanzen von Bäumen ist. Die Dynamik, die sich in den mehr als 50 Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle ausweist, ist auch durch große Unternehmenskooperationen zu erklären.[22]

Ein drängendes Thema und eine bislang existierende Lücke in der Verbändelandschaft machten die Gründer*innen von „KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit" aus, die den Verein 2017 gründeten und 2023 bereits 36 Mitarbeitende in ganz Deutschland beschäftigten.[23] Der 2019 gegründete Verein „Together for Future", der die Fridays-for-Future-Bewegung unterstützt, wird durch 13 Mitarbeitende getragen[24]. Finanzwende, eine spezialisierte Kampagnen- und Projektorganisation, die zuletzt durch den Wechsel der CumEx-Ermittlerin und Staatsanwältin Anne Brorhilker in die Geschäftsführung des Vereins Schlagzeilen gemacht hat, kommt nach fünf Jahren Aktivität auf 25 Mitarbeitende.[25] Weitere Gründungsdynamiken sind in Tabelle 1 aufgeführt.

Verein	Gründungsjahr	Aktuelle Anzahl der Mitarbeitenden[26] (2024)
Plant for the Planet	2011	über 50[27]
KLUG	2017	36[28]
Together for Future e. V.	2019	13[29]
Finanzwende	2018	25[30]
PowerShift e. V.	2012	17[31]
Client Earth Germany	2018 *	15[32]
German Zero	2019	ca. 30[33]

* (Eröffnung Büro in Berlin)

Tabelle 3: Gründungsjahre und Mitarbeitendenzahlen von ausgewählten neuen Umweltorganisationen oder Umfeldorganisationen

Die Dynamik ausgewählter Neugründungen und die entsprechenden Wachstumsraten in der Umweltorganisationsszene in den letzten zehn Jahren zeigen, dass in der Verbändelandschaft im Umwelt- und Klima- sowie Naturschutz noch keine Sättigung eingetreten ist, dass aber keine neuen Organisationen gegründet werden, die ein breites umweltpolitisches Themenspektrum aufweisen. In den vergangenen zehn Jahren schlug die Stunde von teilweise basisdemokratischen Bewegungsakteuren, spezialisierten Think-Tanks und projektförmigen Organisationen. Bei den Neugründungen und den neuen Bewegungsorganisationen liegt zudem ein deutliches Gewicht auf Themen im Kontext der Klimakrise.

[16] Siehe: https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/transparenz/transparente-zivilgesellschaft/index.html; letzter Zugriff 24.05.2024.

[17] Siehe: https://www.bund.net/ueber-uns/transparenz/initiative-transparente-zivilgesellschaft/ ; Stand Januar 2024; letzter Zugriff 24.05.2024.

[18] Siehe: https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/DUH_Publikationen/Jahresberichte/DUHwelt_4_2022_JB_final_141222.pdf; S. 29; letzter Zugriff 24.05.2024.

[19] https://www.amnesty.de/amnesty-international-deutschland (26.05.2024).

[20] Siehe: https://www.campact.de/ueber-campact/itz/; letzter Zugriff 23.05.2024.

[21] Siehe: https://www.foodwatch.org/de/ueber-uns/team ; letzter Zugriff 23.05.2024.

[22] Siehe: https://www.plant-for-the-planet.org/our-team/ ; letzter Zugriff 23.05.2024.

[23] Siehe: https://www.klimawandel-gesundheit.de/ueber-uns/ ; letzter Zugriff 23.05.2024.

[24] Siehe: https://togetherforfuture.org/ueber_uns ; letzter Zugriff 23.05.2024.

[25] Siehe: https://www.finanzwende.de/ueber-uns/team; letzter Zugriff 23.05.2024.

[26] Die Zahl der Mitarbeitenden ist nicht gleichzusetzen mit Vollzeitäquivalenten. Diese liegt erfahrungsgemäß etwa 1/3 niedriger.

[27] Siehe: https://www.plant-for-the-planet.org/our-team/ ; letzter Zugriff 23.05.2024.

[28] Siehe: https://www.klimawandel-gesundheit.de/ueber-uns/ ; letzter Zugriff 23.05.2024.

[29] Siehe: https://togetherforfuture.org/ueber_uns ; letzter Zugriff 23.05.2024.

[30] Siehe: https://www.finanzwende.de/ueber-uns/team; letzter Zugriff 23.05.2024.

[31] Siehe: https://power-shift.de/ueber-uns/ letzter Zugriff 23.05.2024.

[32] Siehe: https://www.clientearth.de/ueber-uns/experten/ ; letzter Zugriff 23.05.2024.

[33] Siehe: https://germanzero.de/ueber-uns/team ; letzter Zugriff 23.05.2024.

2.3.2 MITGLIEDERENTWICKLUNG EINSCHLIESSLICH METHODEN DER MITGLIEDERGEWINNUNG UND -BINDUNG

Mitglieder, Fördernde und Unterstützer*innen sind ein wichtiges finanzielles Standbein und Rückgrat von Organisationen, aber auch eine wichtige Legitimationsgrundlage. Durch die Mitgliedschaft oder regelmäßige Geldzuwendung drücken sie zudem ihre Unterstützung für die Ziele der Organisation aus und geben ihnen im politischen Diskurs Gewicht. Mitgliedschaften sind in der Regel durch satzungsmäßig festgeschriebene Rechte, wie die Teilnahme am Vereinsgeschehen, und Pflichten, wie die Erbringung von Beiträgen, gekennzeichnet. Auch eine regelmäßige finanzielle Unterstützung wie Dauerspender*innen und Fördermitgliedschaften, die in der Regel keine Mitgliederrechte haben, ist eine wichtige Basis, um die Arbeitsfähigkeit der Organisationen zu unterstützen.

Die großen Umweltorganisationen haben sich jeweils für verschiedene Modelle in diesem Sektor entschieden. So wird der Verein Greenpeace e. V. durch sehr wenige Mitglieder gesteuert, das Modell zu Unterstützung sind Fördermitgliedschaften und Dauerspenden in einem gesonderten Verein. Wichtig zur Einordnung der nachfolgenden Strukturdaten ist, dass diese auch in den Jahresberichten unterschiedlich dargestellt werden. Wir erfassen im Folgenden deswegen reine Mitgliederzahlen sowie Fördermitgliedschaften und kumulieren diese Zahlen in den Unterstützer*innen-Zahlen, um einen Vergleich zwischen den Organisationen möglich zu machen.

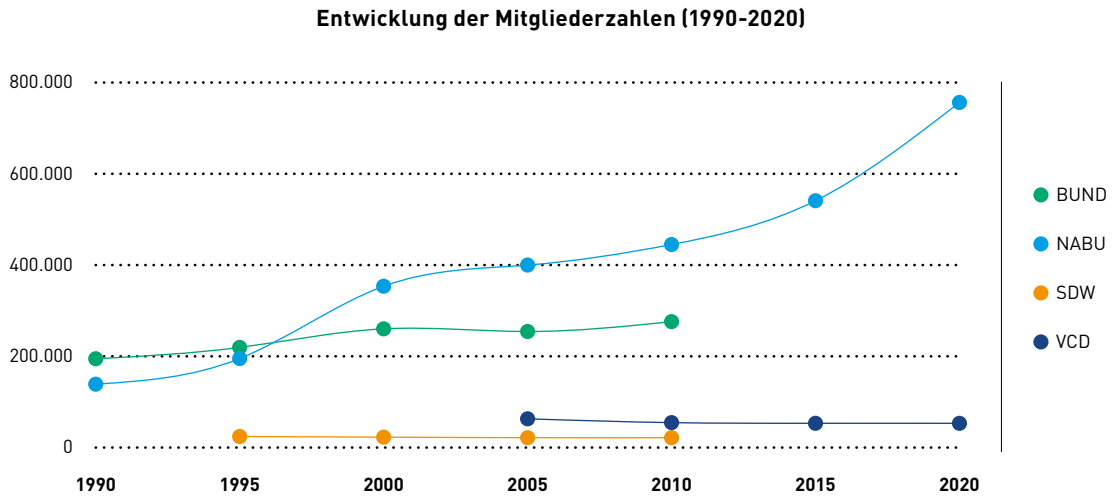

Abbildung 2: Entwicklung der Mitgliederzahlen

Wir sehen seit 2010 einen starken Anstieg um ca. 300.000 Mitglieder beim NABU, der sich auch nach 2020 so fortsetzte. Ende 2022 hatte der Verein ca. 830.000 Mitglieder und war damit der mitgliederstärkste Umweltverband in Deutschland. Der BUND weist seit 2010 die Zahlen im Jahresbericht gemeinsam mit Fördermitgliedschaften und Dauerspenden aus, deswegen endet die Linie 2010. Der VCD konnte den Verlust von Mitgliedern stoppen und befindet sich Ende 2022 stabil bei etwa 53.000 Mitgliedern.

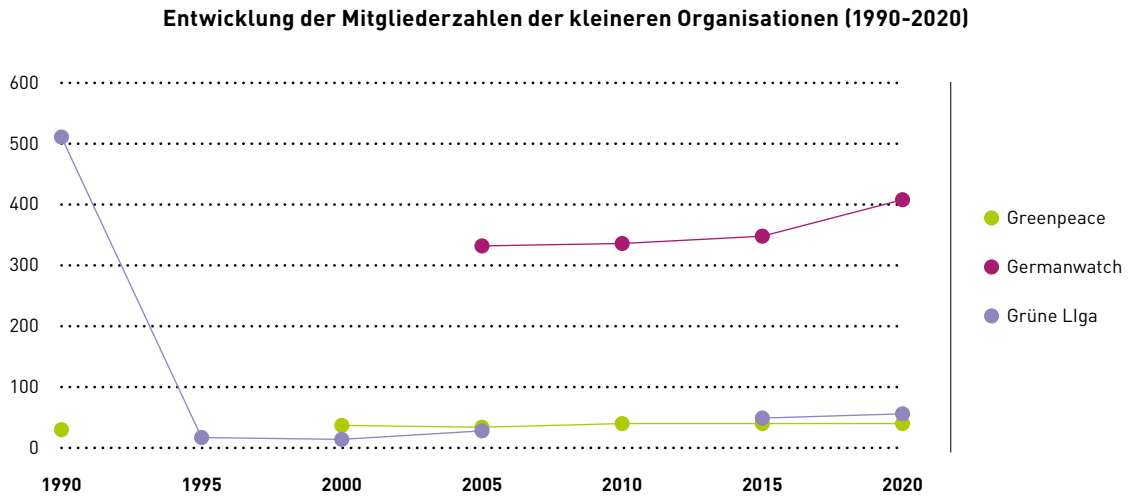

Abbildung 3: Entwicklung der Mitgliederzahlen der kleineren Umweltorganisationen, soweit Daten verfügbar

Bei der Entwicklung in den kleineren und mittleren Organisationen ist bemerkenswert, dass Germanwatch seine Mitgliedschaften steigern konnte. Der vermeintlich abrupte Abbruch der Mitgliedschaften in der Grünen Liga seit 1990 ist durch die Organisationsform, aber auch durch die spezielle Situation in Ostdeutschland zu erklären. Die Grüne Liga versteht sich ohnehin als Netzwerk einer Bewegung und hat neben Einzelmitgliedschaften auch andere zumeist Umweltverbände als Mitglieder. Die Einordnung von Greenpeace in diesem Segment ist wesentlich durch die Verfasstheit von Greenpeace begründet. Greenpeace ist nicht als basisdemokratischer Mitgliederverband konstituiert, eine gleichbleibende kleine Anzahl von Mitgliedern steuert die strategische Ausrichtung der Organisation, während Greenpeace seine Schlagkräftigkeit und Stärke aus Fördermitgliedern, Spender*innen und Aktivist*innen zieht.

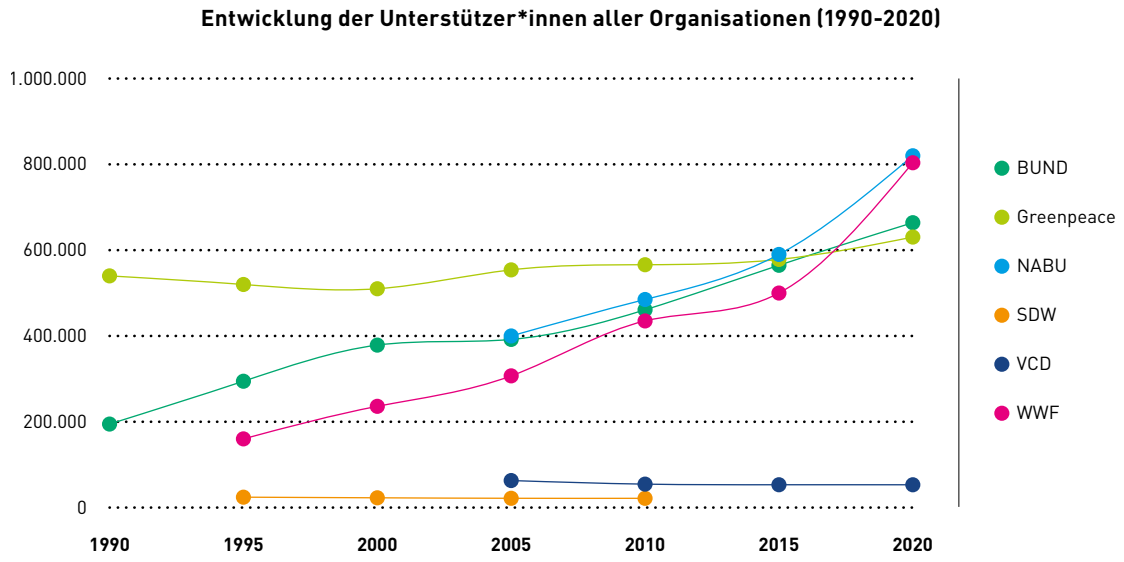

Abbildung 4: Entwicklung der Unterstützer*innen[36] aller Organisationen[37, 38]

Diese Grafik ist insofern besonders interessant, als dass sie 2014 noch im Kern aussagte, dass die vier großen Umweltverbände NABU, BUND, Greenpeace und WWF dicht beieinander lagen. Nunmehr zeigen die Kurven, dass der NABU sich deutlich abgesetzt hat und hier vorn liegt. Der WWF folgt ihm scheinbar knapp dahinter. Betrachtet man jedoch die neuesten Entwicklungen vom Juni 2024, hat der WWF in den letzten beiden Jahren enorm an Fördernden verloren bzw. die Statistik deutlich bereinigt und kommt nach Zeitungsberichten auf nur noch etwa 350.000 Fördernde.[39]

Im Gegensatz zur Kurve des WWF hat die des NABU nach 2020 standgehalten und sich in ähnlicher Dynamik fortgesetzt: Im Jahresbericht 2022 gibt der Verein an, dass er 829.700 Mitglieder und 81.000 Fördernde hatte.[40] Die Zahl hat sich seit 2005 damit mehr als verdoppelt, der NABU hat jetzt allein so viele Mitglieder wie die beiden mitgliederstärksten Parteien SPD und CDU, je ca. 400.000, zusammen. Der NABU bleibt damit – mit auch absolut beeindruckenden Zahlen – die Organisation mit der größten Zahl an Unterstützer*innen in der umweltrelevanten Zivilgesellschaft. Beim BUND hat sich die Kurve seit 2020 etwas abgeflacht, im Jahresbericht 2022 werden mit 675.114 Mitgliedern und Spender*innen ca. 11.000 mehr als 2020 ausgewiesen.[41] Bei Greenpeace ist ein leichter Rückgang auf 620.912 Fördermitglieder – allerdings auf einem absolut sehr hohen Niveau und anders als beim WWF ohne einen starken Einbruch – zu verzeichnen.[42]

Erklärungen zum Rückgang der Fördernden im Jahresbericht des WWF im Jahr 2023[43] illustrieren, warum der Vergleich dieser Zahlen nur eingeschränkte Aussagekraft hat. So weist der WWF für 2023 eine Fördererzahl von 350.000 aus, was laut Jahresbericht mit einer Änderung der Bilanzierung zu erklären ist. So werden ab dem Jahr 2023 nur noch diejenigen zu Fördernden gerechnet, die mindestens zweimal innerhalb von zwölf Monaten gespendet haben oder mindestens einmal für Dauerspendenprodukte gezahlt haben.[44] Ganz nachvollziehen lässt sich damit der große Unterschied zur obigen Grafik nicht, die für den WWF für 2020 noch etwa 800.000 Fördernde ausweist. Die SDW kommuniziert keine aktuellen Unterstützendenzahlen.

[36] Mitglieder und Fördernde zusammen bilden die Unterstützer*innen.

[37] Da die Jahresberichte des WWF auf zwei Jahre ausgelegt sind, d. h. 2015/2026 und 2020/2021, bilden die Werte (2015: 500.025, 2020: 803.737) jeweils den Endwert für 2016 bzw. 2021 ab. Siehe: https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF/WWF-Jahresbericht-2015-2016.pdf und https://www.wwf.de/ueber-uns/jahresbericht-2020-2021 ; letzter Zugriff: 17.07.2024.

[38] Die Jahresberichte des NABU gehen wir bis in das Jahr 2007 zurück. Ältere Ausgaben sind online nicht einsehbar.

[39] Vgl TAZ21.6.2024 https://taz.de/20-Prozent-der-Mitarbeitenden-entlassen/!6018760/ (12.07.24).

[40] Siehe: https://www.nabu.de/wir-ueber-uns/transparenz/jahresbericht/33800.html ; letzter Zugriff 24.05.2024.

[41] Siehe: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/jahresbericht-2022-bund.pdf ; letzter Zugriff 24.05.2024.

[42] Siehe: https://www.greenpeace.de/publikationen/Greenpeace_Jahresbericht_2022.pdf ; letzter Zugriff 24.05.2024.

[43] Siehe: https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF/WWF-Jahresbericht-2022-2023-neu.pdf, S. 44; letzter Zugriff 24.05.2024.

[44] Ebd.

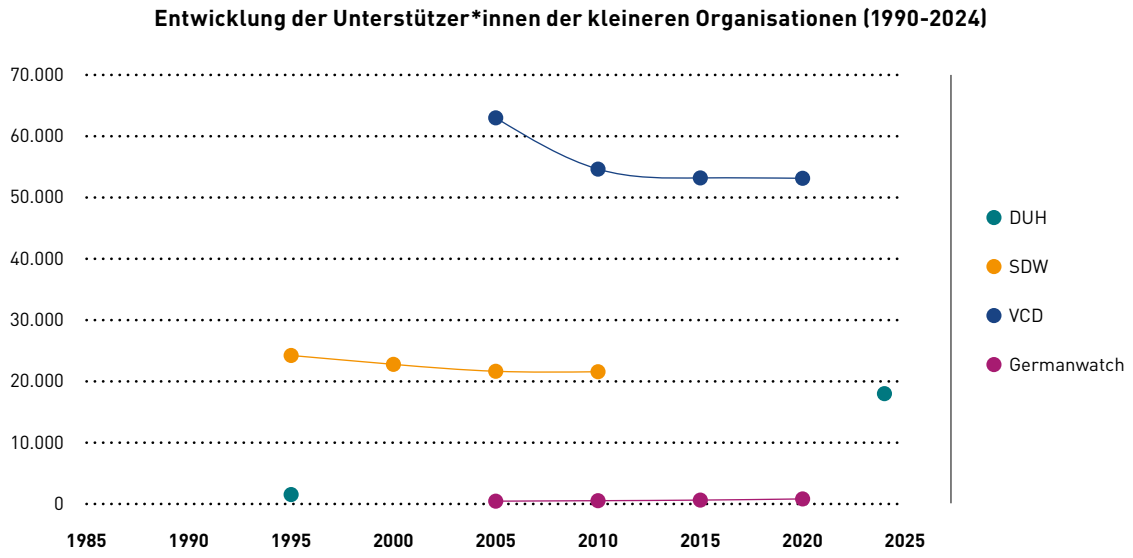

Abbildung 5: Entwicklung Unterstützer*innenzahlen kleine Verbände

Insgesamt ist aus den Daten abzulesen, dass der Konzentrationsprozess zu den großen Organisationen weiter zugenommen hat und die kleineren Umweltorganisationen keine Möglichkeiten und Instrumente gefunden haben, im Gegensatz zu den großen Umweltverbänden spürbare Zuwächse an Unterstützer*innen aufzubauen. Einzige Ausnahme hier ist die DUH, die neben einer relativ kleinen Zahl an stimmberechtigten Mitgliedern inzwischen auch über mehr als 18.000 Fördermitglieder verfügt (Stand Juni 2024).[45] Hier ist das Wachstum seit 2014 ähnlich dynamisch wie beim NABU. Die Zahlen bei den kleineren Umweltorganisationen bestätigen, dass größenwirksames Wachstum nur mit professioneller Mitgliederwerbung realisiert werden kann, eine Maßnahme, die alle großen Organisationen in Anspruch nehmen.

2.3.3 ORGANISATIONSSTRUKTUR

Die Entwicklung der Mitarbeitendenzahlen wurde unter 2.3.1 schon ausgeführt.[46] Zu den weiteren strukturgebenden Charakteristika gehören daneben die Anzahl der Geschäftsstellen, Beobachtungen zu Organisationsentwicklung und für die Umweltorganisationen traditionell auch die Entwicklung des freiwilligen Engagements und der Aktiven vor Ort.

Die Anzahl der Geschäftsstellen ist über die 30 Jahre Betrachtungszeitraum bei den zehn betrachteten Organisationen relativ stabil. Nach der Covid-19-Pandemie hat die Bedeutung von Geschäftsstellen auch abgenommen, in allen Organisationen, mit denen das Forschungsteam gesprochen hat, ist mindestens teilweise Homeoffice möglich. BUND und NABU betreiben zudem zahlreiche Regionalstellen, Projektbüros und Umweltbildungszentren als weitere, sichtbare Anlaufstellen für ehrenamtlichen Naturschutz und Gruppenarbeit.

Vom BUND und WWF konnte die aktuelle Geschlechterverteilung der Mitarbeitenden in den Geschäftsstellen recherchiert werden. So sind beim WWF auf allen Hierarchieebenen knapp 70 % weiblich gelesene Mitarbeitende angestellt (ID2), beim BUND wird diese Zahl mit ca. 65 %[47] angegeben. Auch bei der kursorischen Recherche auf den Teamseiten anderer Organisationen fällt auf, dass die Mitarbeitenden der Umweltorganisationen deutlich häufiger Frauen als Männer sind. Im Kontrast dazu sind die Vorsitzenden, außer beim VCD, ausschließlich männlich.

Es gibt aus allen Interviews Hinweise auf eine weitere Professionalisierung, die eng mit dem Wachstum der Gesamtanzahl an Mitarbeitenden verknüpft ist. Dies ist ein Trend, der auch schon in der Studie 2014 konstatiert wurde und der nun schon seit über mehr als 30 Jahren stabil zu beobachten ist (Sperfeld, Zschiesche, 2014, S. 53 f). Durch

[45] Die deutsche Umwelthilfe verfügt über etwa 475 Mitglieder und knapp 18.000 Fördermitgliedern gemäß Eintrag im Lobbyregister des Deutschen Bundestages vom Juni 2024 vgl. https://www.lobbyregister.bundestag.de/such/R001683/41921?backUrl=%2Fsuche%3Fq%3DDeutsche%2BUmwelthilfe%26pageSize%3D10%26filter%255Bactivelobbyist%255D%255Btrue%255D%3Dtrue%26sort%3DRELEVANCE_DESC (24.07.2024).

[46] Vgl. 2.2.

[47] Siehe: https://www.bund.net/ueber-uns/transparenz/initiative-transparente-zivilgesellschaft/ ; letzter Zugriff: 24.05.2024.

eine höhere Personalanzahl ist die Einstellung von spezialisierten Mitarbeitenden möglich. Bei überwiegend projektfinanzierten Organisationen kann durch einen höheren erwirtschafteten Overhead auch mehr administratives und unterstützendes Personal, etwa für IT oder Projektadministration, beschäftigt werden. Interviewte berichteten, dass das weiterhin schnelle Wachstum der Strukturen eine Herausforderung ist (ID2, ID7, ID9) und dass die unterstützenden Strukturen teilweise deutlich langsamer nachgewachsen sind (ID9). Das Wachstum habe Anpassungen in der Aufbau- und der Ablauforganisation notwendig gemacht, womit vor allem langjährig Beschäftigte teilweise fremdelten. Gleichzeitig gebe es bei den neueren Mitarbeitenden den Bedarf nach strukturellen Vorgaben und Standardisierung von Prozessen. In eigenen Worten drückt eine Interviewte die Herausforderung wie folgt aus: „Das ist so ein Entwicklungstrend, den ich erlebe. Auf der einen Seite der Ruf nach Struktur, auf der anderen Seite der Ruf nach Mitbestimmung und Kreativität" (ID7).

Maßnahmen der Professionalisierung sind etwa besser ausgestattete und im Profil differenzierte Geschäftsführungen (ID1, ID2, ID7), Weiterbildungsmaßnahmen auch in Soft Skills (ID1, ID2), in einigen Fällen auch Organisationsentwicklungsprozesse und Verhaltenskodizes (ID2, ID7). Einzelne Organisationen haben das Projektmanagement zertifizieren lassen und sind im Prozess, eine eigene Projektmanagementsoftware zu erstellen (ID2). Andere Organisationen experimentieren mit agilen Workflows und Scrum-Techniken (ID11). In jedem Fall ist in allen großen Umweltorganisationen die Digitalisierung besonders infolge von Corona noch einmal deutlich verstärkt worden.

Interviewte bringen auch zum Ausdruck, dass parallel zu der besseren Ausstattung in den Büros auch die Anforderungen an die tägliche Arbeit in Organisationen gewachsen sind. Als Beispiele werden Lobbyregister, Whistle-Blower-Gesetze und der Datenschutz genannt, der besonders die Verwaltung der Organisationen beansprucht (ID1).

Die Arbeitsbedingungen in vielen Organisationen haben sich in den vergangenen zehn Jahren noch einmal deutlich verbessert. Überall in den Bundesgeschäftsstellen der großen Organisationen sind flexible Arbeitszeitmodelle, Homeoffice und familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie eine faire Entlohnung die Regel. Die Organisationen stehen bei erhöhtem Personalbedarf auch im Wettbewerb um Mitarbeitende mit den anderen in Berlin ansässigen großen gemeinnützigen Organisationen, Ministerien, Bundesämtern und Stiftungen. Eine Tätigkeit mit Sinn, häufig Gestaltungsspielraum und kreatives Umfeld, ein Firmenticket und auch familienfreundliche Arbeitsbedingungen anbieten zu können, reiche dabei aber heute nicht mehr aus. Ein verstärkter Trend ist, dass Bewerber*innen überwiegend in Teilzeit arbeiten wollen. Dem müssen sich die Umweltverbände stellen.

ID7 dazu: „Heute ist es wirklich so, die wollen alle nur Teilzeit, weil die wollen sich explizit noch außerhalb der Arbeit ehrenamtlich engagieren. Für manche Aufgaben ist das echt ein Problem. Wir fangen jetzt an zu experimentieren mit Jobsharing."

Die Anforderungen an zusätzlichen Benefits von Bewerber*innen würden deutlich zunehmen. Man würde mit noch besser ausgestatteten Institutionen (Projektträgern, internationalen Stiftungen) mithalten müssen (ID7). ID7 führt dazu weiter aus:

„Wir haben eine absolute Gehaltskonkurrenz bei bestimmten Aufgaben. Das trifft übrigens auch auf alle zu, Controlling, Rechnungswesen. Wir können mit dem, was in der Wirtschaft bezahlt wird, schlichtweg nicht konkurrieren. Wir haben alle massive Probleme, Leute zu finden. Das kann richtig existenziell werden […]. Da ist dann die Frage, ob jemand im IT-Bereich ein Gehalt bezieht, was sonst ein Abteilungsleiter kriegt. Das bringt uns echt richtig in Schwierigkeiten."

Gehaltsstrukturen sind generell ein Schlüsselfaktor, um einen Verband qualitativ zu erhalten und zu entwickeln. Untertarifliche Bezahlung kann dazu führen, dass Stellen unterqualifiziert besetzt werden müssen oder dass es zu einer hohen Fluktuation infolge der Diskrepanz zwischen Aufgabenvolumen und Verantwortung und der zu niedrigen Bezahlung kommt.

Wie in den kurzen Passagen der Interviews ausgeführt, haben auch alle großen Umweltorganisationen zunehmend Probleme, die Vorstellungen und Erwartungen nach einer adäquaten Bezahlung mit den eigenen Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Obwohl die finanziellen Ressourcen in den letzten zehn Jahren in allen großen Umweltorganisationen gewachsen sind, sprengen die Erwartungen der Mitarbeitenden teilweise die realen Möglichkeiten deutlich. Gerade auch auf dem Arbeitsmarkt der NGOs ist inzwischen eine Erwartungshaltung anzutreffen, die nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Work-Life-Balance) stark im Blick hat, sondern neben einer Sinnhaftigkeit, die in NGOs ohnehin gegeben ist, auch eine Entlohnung beinhaltet, die möglichst nahe an dem liegt, was die private Konkurrenz auch zahlen kann.

Im Workshop wurde – insbesondere in den kleineren Organisationen – von hoher Arbeitsbelastung der hauptamtlich Beschäftigten berichtet. Das Arbeiten am Rande des Burnouts sei hier weit verbreitet. Besonderer Druck liege hier auf den kleinen Organisationen und Untergliederungen in Ostdeutschland. Mit Blick auf die nächsten Jahre ist es nicht nur für die kleinen Organisationen, sondern in allen Umweltverbänden fraglich, ob die Errungenschaften vorwiegend des letzten Jahrzehnts wie Beachtung der Work-Life-Balance, angemessene Gehälter und hohe soziale Standards in Zeiten multipler Krisen noch zu 100 % aufrecht zu erhalten sind.

Weiteres wichtiges Strukturierungsmerkmal einiger Organisationen ist das Engagement in der Fläche – die Aktiven vor Ort. Klassisch arbeiten BUND und NABU als Ehrenamtsorganisationen. Der BUND gibt in seinem Jahresbericht 2022 an, dass ca. 2.000 Orts- und Kreisgruppen unter dem BUND-Logo aktiv sind.[48] Beim NABU sind es ebenso viele Gruppen, zusätzlich wird eine Zahl von 70.000 Aktiven benannt.[49] Beide Organisationen haben in den letzten Jahren zudem sehr viel in das Freiwilligenmanagement investiert – zunächst aus den Abteilungen für Ehrenamtsmanagement heraus u. a. mit Fortbildungen für Haupt- und Ehrenamt, mit Strategieprozessen oder mit Erfahrungsaustausch zwischen den Verbandsgliederun-

[48] Siehe: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/jahresbericht-2022-bund.pdf ; S. 31; letzter Zugriff 25.05.2024.

[49] Siehe: https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/230815-nabu-jb22-ds.pdf S.28; letzter Zugriff 25.05.2024.

gen. Heute ist beispielsweise im BUND fast in jedem Landesverband jemand angestellt, der das Freiwilligenmanagement, also Gruppen und auch Einzelaktive, hauptamtlich betreut. Alle Landesverbände arbeiten zudem unter der Leitung des Bundesverbandes in einer virtuellen BUND-Akademie zusammen, um Ehrenamtliche auf Ämter vorzubereiten und für die professionelle Ausübung zu schulen.

Greenpeace hat sein ehrenamtliches Engagement in den letzten zehn Jahren konzentriert. Während Anfang der 2000er Jahre rund 900 Greenteams Raum für jugendliches Engagement bei Greenpeace boten, gibt es heute bundesweit stabil ca. 100 Greenpeace-Gruppen in Städten, in einigen auch Jugend-AGs und spezielle Teams50plus-Gruppen. Während Kinder- und Jugendgruppen auch in NABU und BUND angeboten werden, sind diese Teams50plus-Gruppen, soweit ersichtlich, das einzige Angebot von Umweltorganisationen für eine abgegrenzte Altersgruppe jenseits der Jugend. Bei Greenpeace hat sich zudem mit dem Greenwire eine Online-Diskussionsplattform zu Kampagnenthemen und Themenentwicklung herausgebildet.

Der VCD bietet ein thematisch auf ökologische Verkehrsthemen spezialisiertes, aber vom Engagementtyp der Orts- und Kreisverbandsarbeit von BUND und NABU ähnlich gelagertes Engagement an.

Die Investitionen in Ehrenamtsmanagement sind angesichts der Rahmenbedingungen in der Gesellschaft auch dringend notwendig. Organisationen berichten von Schwierigkeiten, Ämter in Gremien nachzubesetzen und von der Gefahr, dass sich ältere Aktive gezwungen sehen weiterzumachen, wodurch die Altersdurchmischung geringer werde und Generationenübergänge schwieriger zu meistern seien (ID7). Insgesamt wirkt sich der demografische Wandel – wie seit Jahren prognostiziert – auch auf die Umweltverbände aus. Immer weniger Menschen engagierten sich für klassische ehrenamtliche Tätigkeiten im Naturschutz, z. B. die Bergwiesenpflege (ID5). Es sei ein „großes Problem, die Alterung zu stoppen, die […] auch für Parteien charakteristisch ist" (ID10). Es sei auch schwierig, junge Menschen für die Arbeit im Umweltverband überhaupt zu gewinnen. Junge Menschen hätten wenig Interesse an klassischer Verbandsarbeit mit Gremienarbeit, langen Sitzungen und der langwierigen Mitarbeit bei Verwaltungsverfahren. D1 berichtet allerdings auch davon, dass durch die Professionalisierung im Onlinebereich, wie der Durchführung von Videokonferenzen, Ehrenamt grundsätzlich niedrigschwelliger geworden sei. Zum einen sei das Reinschnuppern, auch ohne Kamera, leichter möglich, andererseits könnten Wege und Zeit erspart werden.

Die Umweltorganisationen werden nach wie vor als wenig divers wahrgenommen. Es gibt Projekte und Arbeitsgruppen, um sich diverser aufzustellen oder sich mit Rahmenbedingungen für mehr Diversität in den eigenen Reihen zu beschäftigen. Dadurch sind auch erste Personen in den Organisationen angestellt, die nicht dem stereotypen Engagierten entsprechen – am Gesamtbild ändert es bisher nicht viel. Wie ID9 zusammenfasst: „Ich glaube, dass das wirklich auch eine Baustelle ist […]. Das ist nicht nur Gender, das ist Alter, das ist Bildungshintergrund. Wir sind einfach mega undivers. Ich glaube, dass wir da auch ranmüssen, dass sich das ändern muss, auch ernst genommen zu werden und durchzudringen." Ein Vorschlag für die Diversifizierung ist, mehr aufsuchende Arbeit einzuplanen. Das Maecenata Institut fasst seine Handlungsempfehlungen so zusammen:

> „Es gibt gute Argumente für ein Mehr an Diversität – es ist gerecht, rechtlich geboten und darüber hinaus für die Organisationsentwicklung und Nachwuchsgewinnung von großem Vorteil –, diese Begründungen müssen aber nur nicht nur plakativ geäußert, sondern auch wirklich internalisiert werden" (zitiert nach Hummel et al. 2023).

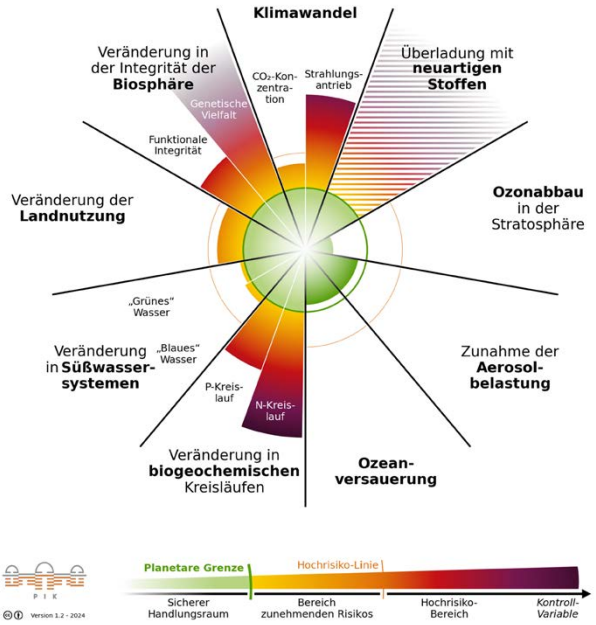

Abbildung 6: Der aktuelle Stand der neun planetaren Grenzen[50]

2.3.4 ENTWICKLUNG VON THEMENFOKUSSEN, KAMPAGNENARBEIT UND PROTESTFORMEN

Rockström et al. definierten 2009 die planetaren Grenzen als „sicheren Handlungsraum für die Menschheit" (Rockström et al. 2009). Es sind eine Vielzahl von Prozessen, die zu der Bedrohung dieses Handlungsraums führen, und Umweltorganisationen bearbeiten viele Ursachen, aber auch Symptome dieser Krisen. Die aufwendige Zählung der verschiedenen Themen in den Jahresberichten wurde nicht wiederholt – Auskünfte zu der Entwicklung der thematischen Ausrichtung wurden in Interviews abgefragt. In den Interviews berichteten die Organisationen unisono, dass sich das Themenspektrum nicht radikal verändert hätte, manche Themen aufgrund zunehmender Dringlichkeit aber etwas intensiver bearbeitet und ein paar neue Themen zusätzlich aufgenommen wurden (ID1, ID2, ID7, ID9).

[50] Siehe: https://www.pik-potsdam.de/de/produkte/infothek/planetare-grenzen/planetare-grenzen; letzter Zugriff 26.05.2024.

Die Umweltorganisationen laufen weiterhin nicht Gefahr, wichtige Transformationsthemen zu verpassen, reagieren aber auf das gesellschaftliche Umfeld, in denen diese Krisen bewältigt werden müssen. So haben Umweltorganisationen und auch Bewegungsakteure erkannt, wie wichtig die freiheitlich-demokratische Grundordnung für das Durchsetzen von Politikzielen und ihr Agieren ist (ID6, ID7). Sie bearbeiten Demokratiethemen, etwa durch Forderungen zur Ergänzung der parlamentarischen Demokratie zur Legitimierung von Umweltpolitiken (Bürger*innenräte), durch Beteiligung an breiten gesellschaftlichen Bündnissen und (Demo-) Mobilisierung gegen Rechtsextremismus und auch in eigens dafür eingerichteten Arbeitsgruppen. Auch die sozialen Implikationen vieler Umwelt- und Naturschutzschutzpolitiken sind auf dem Radar der Organisationen und der Bewegung insgesamt. Regelmäßig werden sie in Bündnissen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden bearbeitet, wofür es in den vergangenen Jahren viele Beispiele gibt:

BUND und Paritätischer Wohlfahrtsverband haben zur Bundestagswahl 2021 eine „Zukunftsagenda für die Vielen" entwickelt. Fridays for Future und Verdi haben mit der Kampagne „Wir fahren zusammen" für gute Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Personennahverkehr demonstriert. In einem Bündnis von drei Umweltorganisationen (NABU, BUND und VCD), dem DGB, zwei Einzelgewerkschaften (Verdi und IG Metall), der EKD und drei Sozialverbänden (AWO, SoVD und Sozialverband VdK) wurden Handlungsbedarfe und -empfehlungen für eine sozialverträgliche Mobilitätswende formuliert. Man kann aus diesen zahlreichen Initiativen folgern, dass die Bündnisarbeit auch neben der Mitwirkung in Dachverbänden und extra dafür geschaffenen Allianzen im vergangenen Jahrzehnt deutlich verstärkt wurde.

Eine weitere Tendenz ist erkennbar, die gleichzeitig den Bogen zu den Protestformen schlägt. Umwelt- und Naturschutzorganisationen haben vermehrt ihren Handlungsspielraum und ihre konkrete Schutzwirksamkeit für Natur und Umwelt im Blick (ID1, ID11) und setzen in Aktion und Kommunikation häufiger auf konkrete Arten und Habitate, mit denen sich die Wirksamkeit ihrer Arbeit vermitteln lässt (ID1). Dabei suchen Umweltorganisationen auch nach einer Balance, um in angespannten Zeiten und bei geringeren Handlungsspielräumen positive Nachrichten und Erfolgserlebnisse für die Unterstützer*innen zu schaffen. Auch das ist eine Reaktion auf das gesellschaftliche Umfeld.

Ebenso werden neben den klassischen Aktionsformen vermehrt auch Projekte verfolgt, die in Nischen positive Bilder und Assoziationen für ein umweltfreundliches Leben im Alltag schaffen. Beispiele dafür sind Gemeinschaftsgärten, Lastenräder, Nähcafés, Kleidertausch und Umsonstläden, die das Repertoire der Umweltorganisationen bereichert haben. Einige Organisationen sind davon überzeugt, dass in einer sich zuspitzenden und polarisierenden Debatte um Umwelt- und Klimaschutzthemen Umweltorganisationen gut damit beraten sind, auch unpolitische Aktionsformen zu wählen, die eher Nachbarschaftscharakter und eine nicht unerhebliche soziale Komponente haben (ID7).

Die vergangenen zehn Jahre waren von neuen Bewegungsmomenten und gut sichtbarem Protest auf den Straßen sowie dem starken Rückgang dieser sichtbaren Protestformen während und nach der Pandemie geprägt. Abbildung 7 listet die Zahl der geschätzten Teilnehmenden an Umwelt-/Klimademonstrationen zwischen 2011 und 2024 auf.

Demo-Mobilisierung in der Umweltbewegung

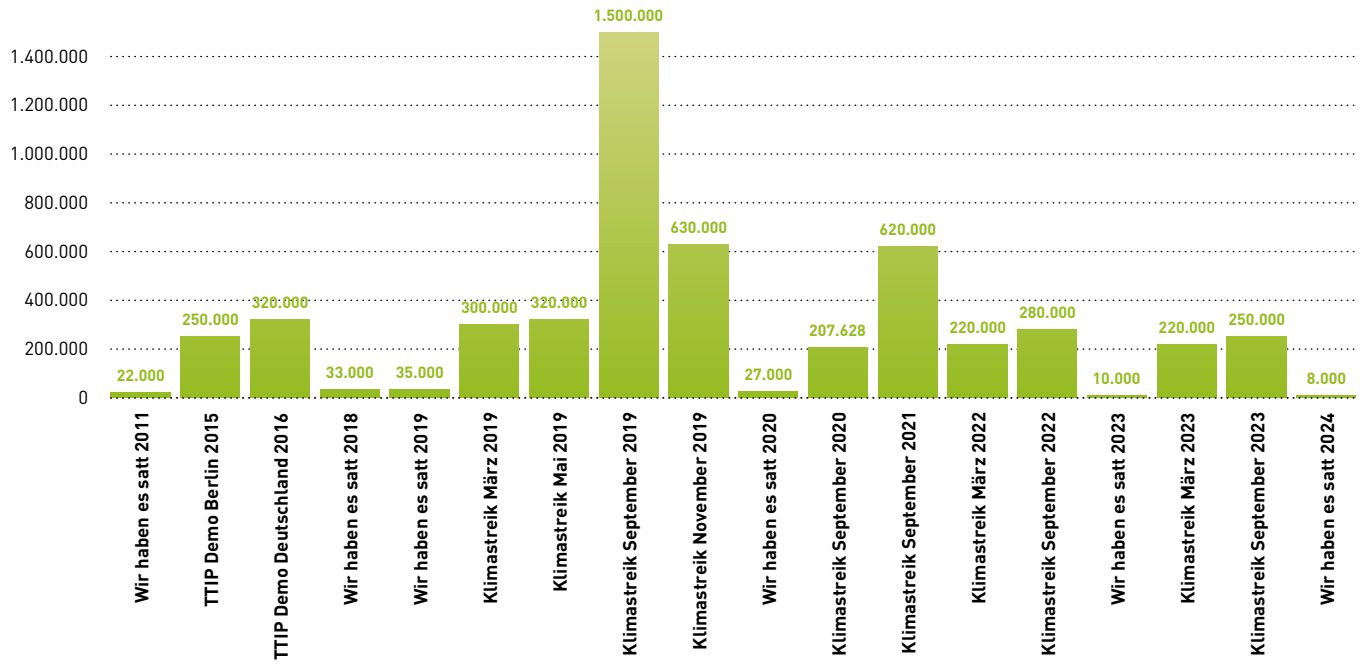

Abbildung 7: Angaben zu den Klimastreiks auf Basis der Erhebungen von Fridays for Future und zu den anderen Demonstrationen auf Basis eigener Recherchen des UfU-Teams in der Medienberichterstattung.

Gemeinsame Lesart sowohl von Umweltorganisationen als auch Bewegungsakteuren ist, dass die Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine der Klimabewegung das Momentum genommen haben und dass durch die anhaltende Krisenzeit, geprägt in Deutschland durch hohe Inflation, geringes Wirtschaftswachstum und steigende Sozialtransfers, die Themen der Umwelt- und Klimabewegung noch nicht wieder dieselbe Priorität haben wie 2019 und 2020.

Mehr zur Mobilisierung zu den Klimastreiken und zu den Protesten der Letzten Generation findet sich im Abschnitt 2.5. An dieser Stelle sollen einige Daten zur Bewertung der Protestformen und der Bewegung einfließen. Mit zunehmender Wahrnehmung anderer Krisen, aber auch mit der Zuspitzung der Debatten um Klimaschutz und negativem Framing von Klimaprotesten im öffentlichen Diskurs (Schönberger et al. 2023: 30f.) sanken die Zustimmungswerte für die gesamte Klimabewegung im Jahr 2023 enorm, wie die Erhebung von More in Common (Abbildung 8) zeigt. Signifikant war, dass die Werte in allen Milieus, selbst bei den in Klima- und Umweltschutz schon Involvierten, um rund die Hälfte sanken. Die Zustimmung zur Klimabewegung hat sich unterdessen teilweise erholt, ohne jedoch an die Höchstwerte aus 2020und 2021 heranzukommen.

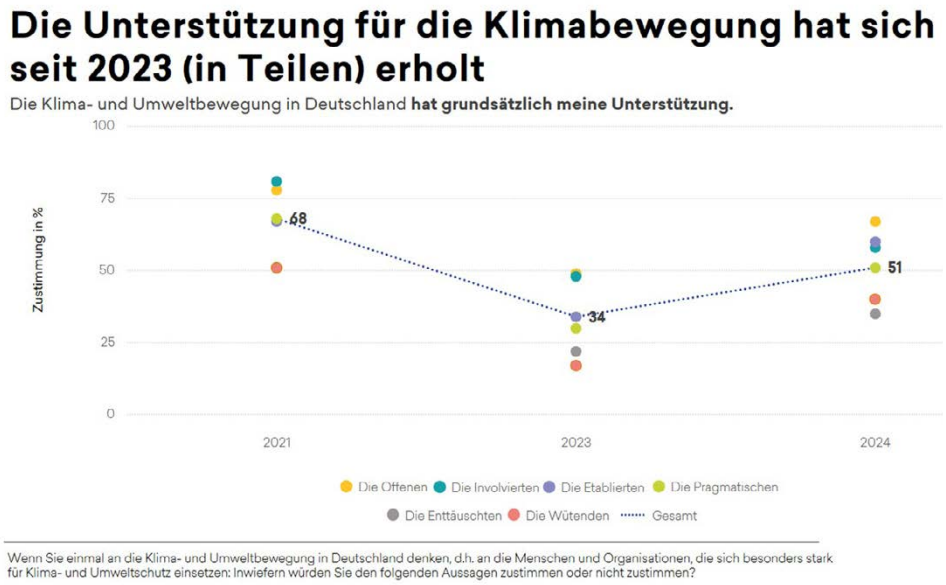

Abbildung 8: Repräsentative Umfrage zur Unterstützung der Klimabewegung; Quelle: More in Common[54]

Sehr deutliche Ablehnung zeichneten repräsentative Umfragen zu den Protesten der „Letzten Generation", etwa zu Straßenblockaden, auf. 70,4 % der Befragten bewerteten diese Aktionsformen zwischen März und Juni 2023 als „eindeutig falsch", nur 9,8 % als „eindeutig richtig".[55] Ähnlich deutlich fielen die Einschätzungen zum Einfluss der Klimademonstrationen und Proteste auf die Politik aus, die zum gleichen Zeitpunkt eingeholt wurden. 72 % der Befragten verneinten, dass die Politik aufgrund der Proteste mehr für den Klimaschutz tun würde, 24 % bejahten dies, 4 % waren unentschieden.[56] Und auch im aktuellen Protestmonitor vom Mai 2024 von More in Common stimmten im Durchschnitt 70 % der Auffassung zu, dass die „Die Klima- und Umweltbewegung in Deutschland mit ihren Protestformen häufig zu weit geht" und wertet das als Spuren der Zuspitzung des medialen Diskurses im Jahr 2023.[57]

2.3.5 FINANZIERUNG

Zum weitaus größten Teil beziehen die Umweltorganisationen ihre finanziellen Spielräume weiterhin aus nationalen Quellen. Wie die ausgebaute Mitgliederbasis und Mitarbeitendenschaft nahelegt, haben sich auch die finanziellen Handlungsspielräume vieler großer Organisationen erweitert. Würden die Zahlenreihen über 1990 bis 2020 noch um die aktuellsten Zahlen aus den Jahresberichten der letzten drei Jahre ergänzt, würde sich das Bild noch deutlicher abzeichnen. Der WWF hat zwischen 2020 und 2023 eine nochmalige Steigerung des Etats um 20 Mio. EUR auf Stand 2023 124,7 Mio. verzeichnet.[58] Der NABU gibt im Jahresbericht 2022 auch 15 Mio. EUR mehr an als für 2020 (77,7 Mio. EUR)[59], bei Greenpeace sind es

[54] Siehe: https://www.moreincommon.de/media/qzqdgu5l/more_in_common_studie_deutschland_die-stimmung-vor-der-europawahl.pdf; S. 27; letzter Zugriff 26.05.2024.

[55] Siehe: Civey-Umfrage im Auftrag von Focus-Online: https://civey.com/umfragen/27112/wie-bewerten-sie-die-klimaproteste-z-b-strassenblockaden-der-gruppe-letzte-generation ; letzter Zugriff 26.05.2024.

[56] Siehe: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/994698/umfrage/meinung-zum-einfluss-der-demos-von-schuelern-fuer-den-klimaschutz-auf-die-politik/ ; letzter Zugriff 26.05.2024.

[57] Siehe: https://www.moreincommon.de/media/qzqdgu5l/more_in_common_studie_deutschland_die-stimmung-vor-der-europawahl.pdf; S. 29; letzter Zugriff 31.05.2024.

[58] Siehe: https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF/WWF-Jahresbericht-2022-2023-neu.pdf; S. 2; letzter Zugriff 31.05.2024.

[59] Siehe: https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/230815-nabu-jb22-ds.pdf S. 23; letzter Zugriff 31.05.2024.

immerhin 3 Mio. EUR mehr als 2020, während 2021 ein Rückgang um 3 Mio. EUR festzustellen war.[60] Auch die DUH hat zusätzliche 5 Mio. EUR (jetzt 16,5 Mio. EUR) zur Verfügung gehabt[61], beim BUND ist im Gegensatz dazu im Jahr 2022 ein leichter Rückgang um 2 Mio. EUR zu verzeichnen.[62]

Bei den kleineren und mittleren Organisationen ist vor allem die Entwicklung von Germanwatch bemerkenswert, das seinen Haushalt binnen zehn Jahren nahezu verdreifacht hat. Noch rasanter ist die Entwicklung bei der SDW, die in derselben Zeit ihren Etat verfünffacht hat, allerdings bei einem recht geringen Ausgangswert. Auf der Skala des Bildes ist der Rückgang bei der Grünen Liga gar nicht so stark erkennbar: Nach zwei Jahrzehnten mit relativ stabilem Haushalt von jeweils ca. 200.000 EUR, die die Funktionsfähigkeit des Bundesverbands der Grünen Liga sicherten, ist für 2020 nur ein Haushalt von ca. 70.000 EUR und im Jahresbericht 2023 von ca. 80.500 EUR ausgewiesen worden, was den Handlungsspielraum deutlich einschränkte.[63]

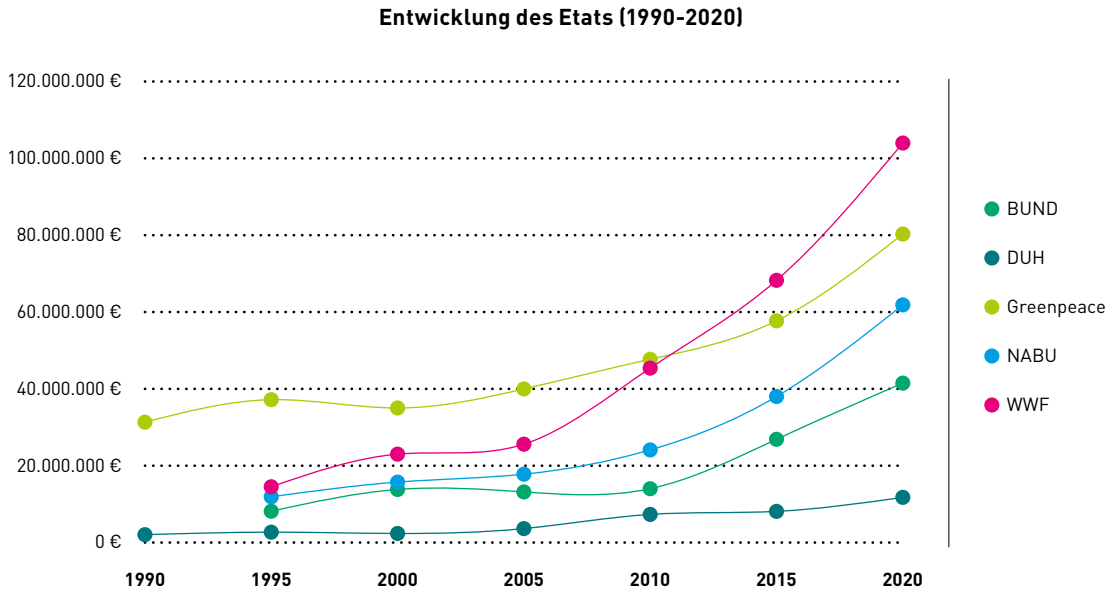

Abbildung 9: Entwicklung des Etats (1990–2020)

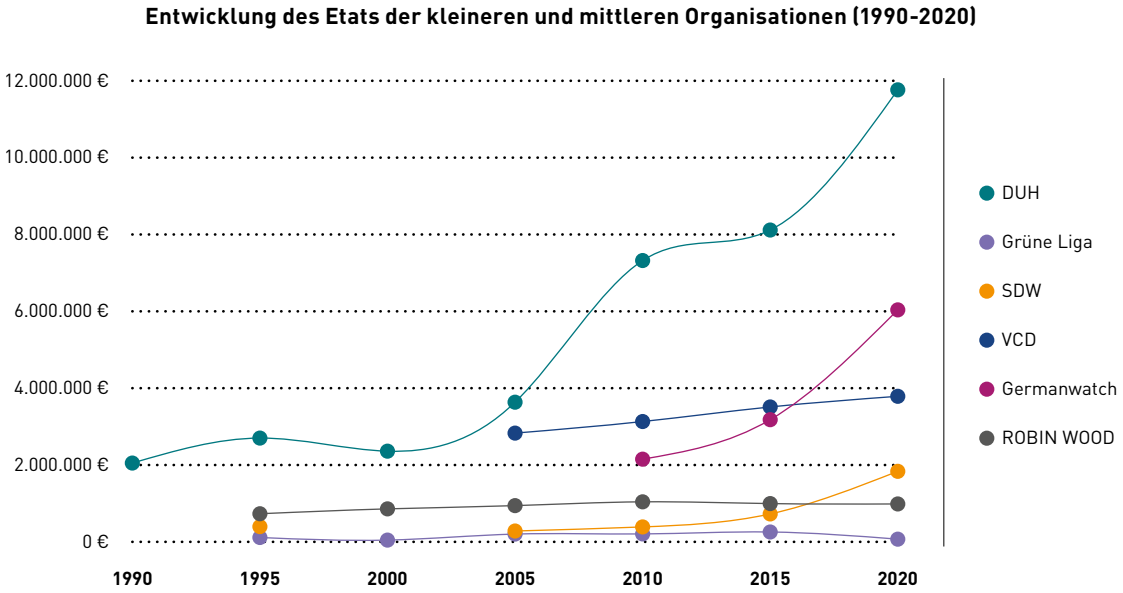

Abbildung 10: Entwicklung des Etats kleineren und mittleren Organisationen (1990-2020)

[60] Siehe: https://www.greenpeace.de/infomaterial/Jahresbericht2022.pdf S. 21; letzter Zugriff 31.05.2024.

[61] Siehe: https://www.duh.de/publikationen/jahresberichte/; letzter Zugriff 31.05.2024.

[62] Siehe: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/jahresbericht-2022-bund.pdf ; letzter Zugriff 31.05.2024.

[63] Siehe: https://www.grueneliga.de/images/Dokumente/grueneliga_jahresbericht_2023.pdf S. 7; letzter Zugriff 31.05.2024.

Um diese rasanten Anstiege insbesondere der großen Umweltverbände zu erklären, sollen im Folgenden die Einnahme-Komponenten Drittmittel, Spenden und Kooperationen genauer betrachtet werden, die maßgeblich für diese Entwicklungen sind. Die zusammengetragenen Daten zeigen zum einen, dass insgesamt mehr Drittmittel durch staatliche und private Institutionen zur Projektförderung zur Verfügung stehen und dass die Organisationen auch in der Antragstellung und Abwicklung bei anspruchsvollen Fördermittelgebern professioneller geworden sind. Einige Organisationen wie z. B. Germanwatch bauten ihren Zuwachs zu großen Anteilen auf Drittmittel auf, was an einer Verdreifachung ihrer eingeworbenen Mittel sichtbar wird. Andere Organisationen berichten, dass Drittmittel eine gute Möglichkeit für langfristige Arbeit an Themen sind und die Eigenmittel über Mitgliedereinnahmen gut aufzubringen sind (ID1). Projektfinanzierung ist aber in Zeiten von gesellschaftlichen Umbrüchen auch eine riskante Strategie. ID9 beschreibt es so:

„Die Projektfinanzierung macht es schwierig, bestimmte Support Functions, das, was die grundlegende Funktionsfähigkeit einer Organisation sicherstellt, zu finanzieren. Sie macht es schwierig, Leuten langfristig Arbeitsplätze zu geben. Das macht es in einem Arbeitsmarkt, wo wir schon auch merken, dass der Fachkräftemangel real ist und es immer schwieriger wird, gute Leute zu finden, es uns echt schwer. Die mangelnde Flexibilität. Wir haben eben keine Leute, die einfach da sind, sich um die gerade wichtigen politischen Themen zu kümmern, sondern wir haben alle Projektverpflichtungen und die sind teilweise auf Jahre im Voraus irgendwann mal festgelegt worden. [...] Plus die Perspektive, dass das auch mal weniger werden könnte, weil sich private oder öffentliche Geldgeber anders aufstellen."

Die Angst, dass Einnahmen in Zukunft sinken können, teilen auch ID1 und ID7. Sie befürchten, dass Thementableau und Personalausstattung dann zurückgebaut werden müssen, was innerhalb der Organisationen Verteilungskonflikte auslösen könnte. Die ersten Schocks von sinkenden Einnahmen sind bereits sichtbar. Kurz vor der Beendigung dieser Studie wurden die Nachrichten vom massiven Stellenabbau beim WWF publik.[64]

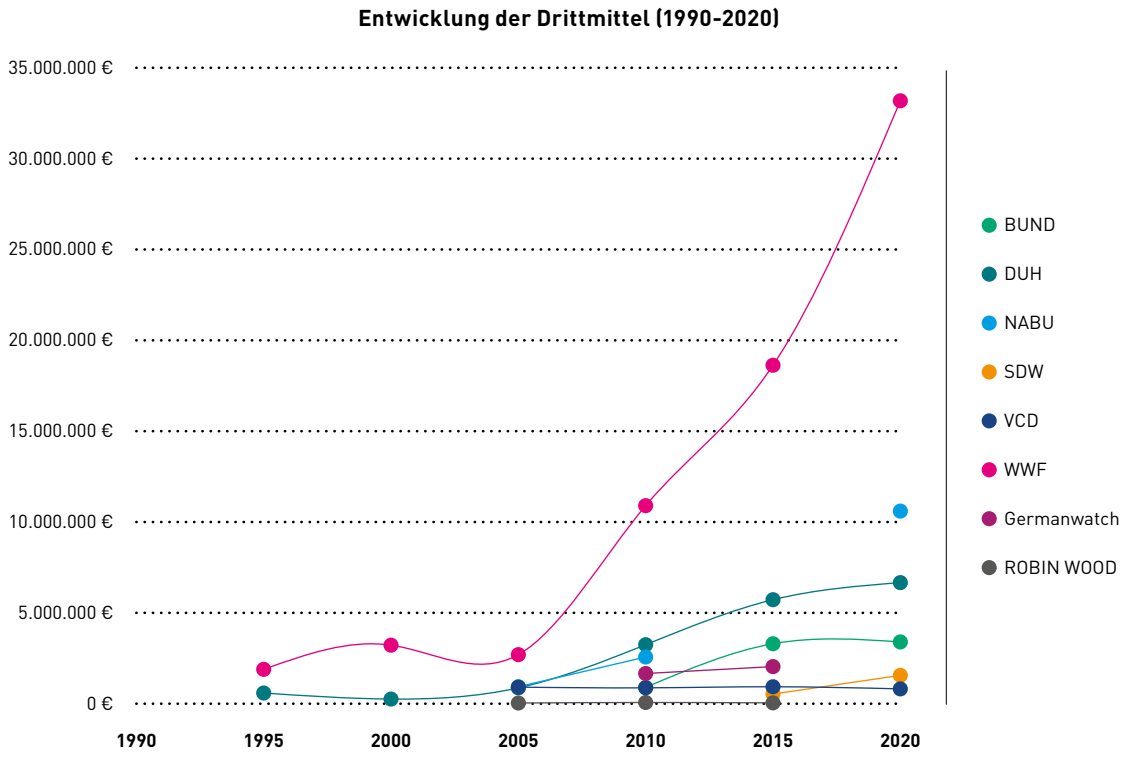

Abbildung 11: Entwicklung der Drittmittel (1990–2020)

Laut der Erhebungen des Spendenmonitors ist der Umwelt- und Naturschutz seit Langem unter den Top 5 der Spendenzwecke in Deutschland und konnte seinen Anteil stetig auch trotz anderer Notlagen ausbauen. Aus diesen Daten ist noch nicht abzulesen, inwieweit sich die Spendenvolumina verändert haben, da für verschiedene Spendenzwecke auch verschieden hoch gespendet wird.

[64] Siehe: https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/wwf-finanzen-100.html ; letzter Zugriff 14.07.2024.

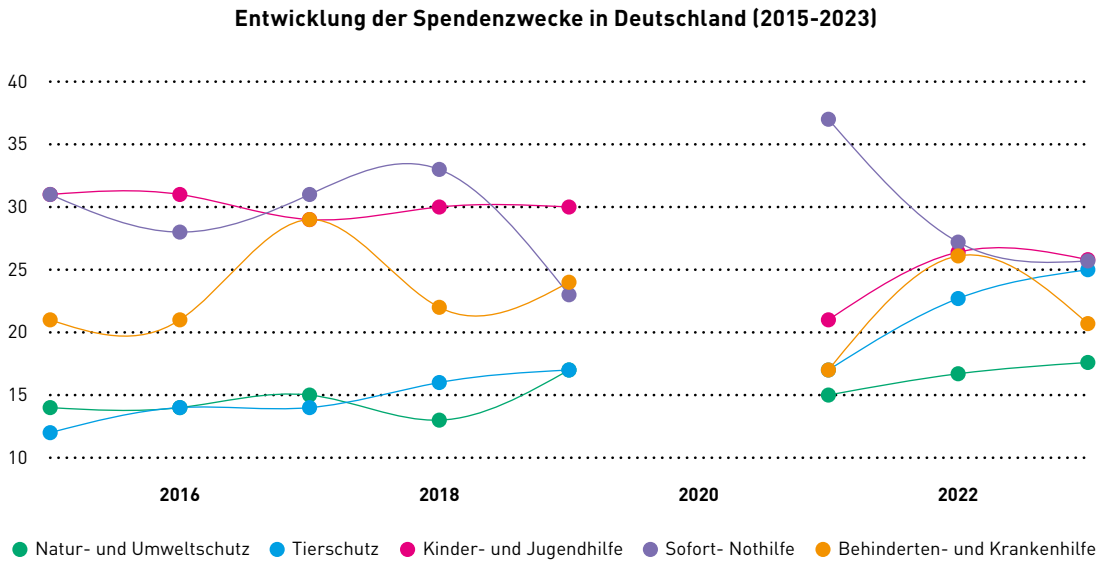

Abbildung 12: Entwicklung der Spendenzwecke auf Grundlage der Erhebungen des Deutschen Spendenmonitors des Deutschen Fundraisingverbandes[65]

So zeigen die Daten aus den Jahresberichten, dass für einige Organisationen Spenden nach wie vor ein wichtiger und auch ein wachsender Anteil ihrer Einnahmen sind. Insbesondere Greenpeace, der WWF und der NABU konnten ihre Ergebnisse hier stark steigern, was beim NABU und WWF auch teilweise mit der Zuordnung zum Spendenzweck Tierschutz zu erklären sein dürfte.

Die Ausbalancierung der Einnahmen bleibt weiter Aufgabe aller Organisationen: Denn ähnlich wie bei stark drittmittelgeförderten Organisationen kann es bei spendenfinanzierten Organisationen oder Organisationen mit großen Anteilen an Unternehmenskooperationen so sein, dass zwar die Einnahmen stark steigen, die Flexibilität im Budget aber abnimmt oder auch die Ausgaben deutlich schneller wachsen. ID2 beschreibt es so:

„Wenn immer nur die zweckgebundenen Einnahmen wachsen, dann wird man auch immer festgenagelter in diesen Zwecken, für die man Geld kriegt. Das ist zwar nichts Schlechtes, aber man muss dann gucken, dass die zweckungebundenen Einnahmen, die der Organisation Freiheit geben, Kampagnenfähigkeit geben, Reaktionsfähigkeit geben, auch Risikoresilienz bieten, dass diese Einnahmen eben auch mitwachsen und dass der Mix an freien und zweckgebundenen Einnahmen der richtige bleibt."

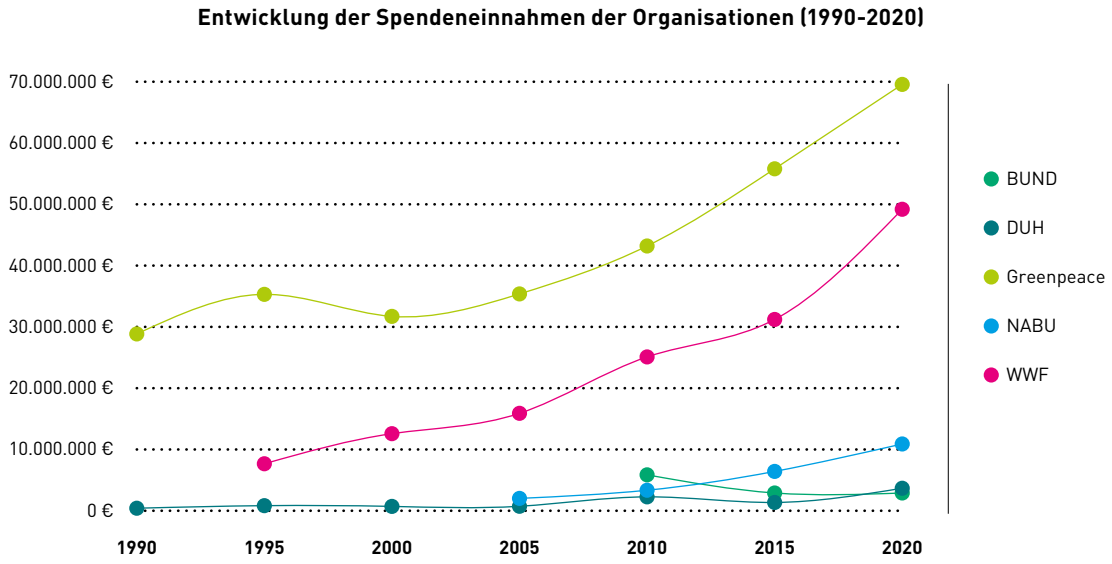

Abbildung 13: Entwicklung der Spendeneinnahmen der Umweltorganisationen

[65] Zahlen der Jahre 2015 bis 2017: https://www.dfrv.de/wp-content/uploads/2017/12/Deutscher-Spendenmonitor-2017-KANTAR-Pressecharts.pdf; 2018 bis 2019: https://www.dfrv.de/wp-content/uploads/2019/12/Deutscher-Spendenmonitor-2019-KANTAR-Pressecharts-002-Schreibgesch%C3%BCtzt.pdf; Zahlen von 2020 nicht auffindbar, 2021: https://www.dfrv.de/wp-content/uploads/2022/01/Deutscher-Spendenmonitor-2021.pdf ; 2022: https://www.dfrv.de/wp-content/uploads/2022/12/Spendencharts.pdf ; 2023: https://www.dfrv.de/wp-content/uploads/2023/11/Pressecharts-DSM23-gen.pdf , alle zuletzt aufgerufen 03.06.2024.

Eine wesentliche Änderung im Vergleich zur Erhebung 2014 ist die Tatsache, dass nunmehr auch in nennenswertem Umfang private ausländische Finanzierungsquellen in deutschen Umweltorganisationen, meistens im Klimabereich, zum Einsatz kommen. Nähere Untersuchungen hierzu konnten in dieser Studie nicht durchgeführt werden, aber Organisationen wie die European Climate Foundation (ECF) oder auch der in Kalifornien beheimatete Climate Emergency Fund, über den die Letzte Generation einen Großteil ihrer finanziellen Mittel bezieht, sind hier zu nennen. In geringerem Maß stellt auch Client Earth Mittel für Klagen von anerkannten Umweltverbänden zur Verfügung.

2.4 EXKURS: OSTDEUTSCHE UMWELTORGANISATIONEN

Ostdeutsche Umweltverbände und -organisationen hatten seit 1990 spezifisch schwierigere Ausgangsbedingungen im Vergleich zu den westdeutschen Umweltverbänden (SRU 1996). Daher soll an dieser Stelle gesondert auf die Entwicklung der ostdeutschen Umweltorganisationen in den letzten 20 Jahren eingegangen werden. Ausgangspunkt war eine gesonderte Recherche zu Strukturdaten (Mitgliederzahlen und Umsatz im Zeitraum 2000 bis heute). Die Daten wurden in einer Desktoprecherche in erster Linie bei den Landesverbänden des BUND, des NABU und der Grünen Liga erhoben. Darüber hinaus wurden gesondert Interviews mit Verbandsvertreter*innen in Ostdeutschland geführt, die Aufschluss über den Stand der Entwicklung ostdeutscher Umweltverbände geben.

Die meisten Umweltorganisationen der DDR schlossen sich nach der Wiedervereinigung den westdeutschen Umweltverbänden an (Mez, 2021). Die Gruppen und Organisationen der ehemaligen staatlichen „Gesellschaft für Natur und Umwelt" (GNU) der DDR schlossen sich dem BUND oder NABU an und gründeten dort eigene Landesverbände dieser Organisationen. Die GNU wurde 1980 von der SED innerhalb des staatlichen Kulturbundes als Reaktion auf die schlechte Umweltqualität in der DDR gegründet. Sie hatte jedoch keine politische Relevanz.[66] Teilweise wirkt es bis heute nach, welcher Organisation die Kreissektionen der GNU beitraten. Kriterien für die Entscheidung waren in einigen Fällen ganz banale Unterstützungsangebote mit Material oder Ausstattung, wie z. B. mit Schreibmaschinen. Die einzige originär ostdeutsche Neugründung nach 1990 war die Grüne Liga, die sich als Organisation für spezifisch ostdeutsche Probleme verstand und sich auf ihre Wurzeln in der DDR-Umweltbewegung berief (Zschiesche 2003; Langsdorf & Hofmann 2014). Die Grüne Liga gründete sich als Netzwerk aus kirchlichen Umwelt- und Friedensgruppen, lokalen Umweltschutzinitiativen und Stadtökologiegruppen. Sie blieb eigenständig und schloss sich dem Dachverband DNR an (Mez 2021). Allerdings erfolgte keine Mobilisierung der Umweltbewegung in neue ostdeutsche Verbandsstrukturen (Zschiesche 2003). Stattdessen haben vor allem BUND und NABU ihre Strukturen ausgeweitet. Die Mitgliederzahlen in den ostdeutschen Umweltverbänden blieben in den Jahren nach der Wiedervereinigung zunächst niedrig. Außerdem gab es weniger Umweltorganisationen als in Westdeutschland (Zschiesche 2003; Langsdorf & Hofmann 2014).

A) ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND VEREINSWESEN IN OSTDEUTSCHLAND

Im Jahr 2019 war das freiwillige Engagement im Westen Deutschlands immer noch etwas größer als im Osten. Dennoch haben sich die Engagementquoten in Ost- und Westdeutschland seit 2000 weiter angeglichen: In Ostdeutschland lag die Quote bei 37 % und in Westdeutschland bei 40,4 % (Kausmann et al. 2019; Simonson et al. 2019). Die Engagementquote basiert auf dem repräsentativen Freiwilligensurvey und umfasst den Anteil der Bevölkerung, der sich freiwillig engagiert (Simonson et al., 2019). In früheren Surveys gab es ein noch größeres Ost-West-Gefälle. So betrug die Engagementquote im Jahr 2014 in Westdeutschland 44,8 % und in Ostdeutschland 38,5 % (Grande 2021). Im Jahr 1999 lag die Differenz noch bei 7,9 Prozentpunkten (Simonson et al., 2019). Am häufigsten wird freiwilliges Engagement in den Bereichen Sport, Bewegung, Kultur, Musik oder im sozialen Bereich ausgeübt. Für Umwelt-, Natur- und Tierschutz engagieren sich 4,1 % der Menschen ab 14 Jahren in Deutschland (Simonson et al. 2019) insgesamt.

Ein Blick auf die Bundesländer zeigt, dass die Engagementquoten aus dem Jahr 2019 insgesamt betrachtet dicht beieinanderliegen. In sieben Ländern, darunter auch Thüringen mit einer Quote von 40,9 %, liegen die Engagementquoten über dem Bundesdurchschnitt von 39,7 %. Unter dem Bundesdurchschnitt finden sich neun Bundesländer, darunter Mecklenburg-Vorpommern (37,8 %), Sachsen-Anhalt (37,6 %), Berlin (37 %), Brandenburg (36 %) und Sachsen (34,9 %).

[66] Siehe: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/umweltverschmutzung-und-umweltbewegung-der-ddr/historischer-hintergrund; letzter Zugriff 18.07.2024.

Auch die westdeutschen Flächenländer Niedersachsen (39,4 %) und Nordrhein-Westfalen (36,3 %) liegen unter dem Bundesschnitt (Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland 2023).

Im Jahr 2019 war der Organisationsgrad in Vereinen oder Verbänden in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland unterdurchschnittlich. Laut dem Freiwilligensurvey waren im Bundesdurchschnitt 41,1 % der Befragten vereins- oder verbandsförmig organisiert, während dieser Anteil in allen ostdeutschen Ländern niedriger lag. In Thüringen betrug er 38,2 %, in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern jeweils 33,7 %, in Sachsen-Anhalt 33 %, in Sachsen 32 % und in Berlin 31,1 % (Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland 2023).

Trotz des niedrigeren Organisationsgrads in Ostdeutschland gibt es kein klares Ost-West-Gefälle in der Vereinsdichte. Diese variiert innerhalb der Bundesländer erheblich. Beispielsweise haben Thüringen und Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich hohe Vereinsdichten, gemessen an der Anzahl von Vereinen pro 1.000 Einwohner*innen (Schubert et al. 2022; Schubert et al. 2023). Im Jahr 2012 war das Vereinswesen in Ostdeutschland jedoch noch immer geringer ausgeprägt als im Westen (Krimmer und Primer 2013).

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Menschen in Ostdeutschland seltener in kirchlichen oder religiösen Vereinigungen aktiv sind, die oft Engagement anstoßen (Kausmann et al. 2019). Darüber hinaus schrumpft in Ostdeutschland die Bevölkerung. Demgemäß nimmt auch die Anzahl der Vereine ab, während in westdeutschen Bundesländern sowohl die Bevölkerung als auch die Anzahl der Vereine zunehmen. Ein besonderer Fall ist Brandenburg, wo die Bevölkerung steigt, aber die Vereinszahlen im Zeitraum von 2012 bis 2022 rückläufig sind (Schubert et al. 2022). Ein weiteres ostdeutsches Phänomen ist der in Teilen höhere Männeranteil in der Bevölkerung. Da gerade junge mobile Frauen in Ostdeutschland tendenziell fehlen, wirkt sich das auch auf Vereinsarbeit und ehrenamtliches Engagement aus.

Neben Vereinen organisieren sich in Ostdeutschland Freiwillige auch in anderen Organisationsformen. So gibt es auch in Ostdeutschland zunehmend mehr Stiftungen. Aber die Stiftungsdichte in Ostdeutschland ist mit 7,2 % aller Stiftungen im Vergleich zu Westdeutschland mit 92,8% noch deutlich niedriger (Guntenhöner 2023). Sowohl hinsichtlich Stiftungen im Allgemeinen als auch Umwelt-, Naturschutz- und Klimastiftungen, von denen es inzwischen einige gibt. Insofern war es ein logischer Schritt, die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt in Neustrelitz in Ostdeutschland anzusiedeln.

Nach den Daten der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS)[67] sind in Ostdeutschland weniger Menschen Mitglied in einer Naturschutzorganisation. In Ostdeutschland waren zwischen 2010 und 2018 bis zu 4 % Mitglied in Naturschutzorganisationen: 4 % in 2010, 3 % in 2014 und 3 % in 2018. In Westdeutschland waren dagegen jeweils bis zu 7 % der Bevölkerung Mitglied in einer Naturschutzorganisation: 7 % in 2010, 7 % in 2014 und 6 % in 2018. Allerdings ist der Anteil der Bevölkerung, der in Naturschutzorganisationen aktiv ist, in Ost- und Westdeutschland auf ähnlich niedrigem Niveau. Aktive Mitglieder oder aktive Ehrenamtliche lagen sowohl in Ost und West bei 2 % und 3 % der Bevölkerung: in Westdeutschland 2 % in 2010, 3 % in 2014, 3 % in 2018, sowie in Ostdeutschland 2 % in 2010, 3 % in 2014 und 2 % in 2018 (Weßels 2021).

B) STRUKTURDATEN OSTDEUTSCHER UMWELTORGANISATIONEN

Betrachtet man die Mitgliederentwicklung der ostdeutschen Umweltverbände seit der Wiedervereinigung Deutschlands bis heute, so zeigt sich ein rapider Anstieg der Mitgliederzahlen bei den Landesverbänden von BUND und NABU (siehe Abbildung 14). Der NABU Sachsen begann im Jahr 1995 mit ca. 1.000 Mitgliedern und begrüßte im Jahr 2023 bereits das 30.000 Mitglied (NABU Report 2023). Insbesondere in den letzten zehn Jahren konnten die Landesverbände des NABU und des BUND noch einmal ein deutliches Mitgliederwachstum verzeichnen, was u. a. auf professionelle Mitgliederwerbung zurückzuführen ist. So verzeichnete z. B. auch der BUND Sachsen im Jahr 2015 noch ca. 4.000 Mitglieder und schaffte es, innerhalb von acht Jahren seine Mitgliederzahl mit ca. 11.000 Mitgliedern im Jahr 2023 mehr als zu verdoppeln. Heute verfügen insbesondere die Landesverbände des NABU Sachsen (ca. 30.000 Mitglieder im Jahr 2023), des NABU Brandenburg (aktuell ca. 23.000 Mitglieder) und des NABU Thüringen (aktuell ca. 19.000 Mitglieder) über eine große Mitgliederbasis. Die NABU-Landesverbände verfügen damit auch über deutlich mehr Mitglieder als die BUND-Verbände in den jeweiligen Bundesländern.

Auffällig ist, dass bei den beiden mitgliederstärksten BUND-Verbänden, BUND Sachsen und BUND Thüringen, die Mitgliederzahlen im Zeitraum 2020 bis heute stagnieren, während die NABU-Verbände im gleichen Zeitraum einen weiteren Anstieg der Mitgliederzahlen verzeichnen konnten. Beim BUND Thüringen haben sich die Mitglieder bei aktuell knapp 7.000 und beim BUND Sachsen bei ca. 10.000 Mitgliedern eingependelt. Hierzu merkte ein Verband an, dass die Mitgliederwerbung teurer und aufwendiger werde, da die Bereitschaft, Mitglied zu werden, sinke. Gründe hierfür könnten die Inflation und die allgemeine politische Lage sein (ID10). Weitere ostdeutsche Landesverbände der Umweltorganisationen wie Grüne Liga, SDW und NaturFreunde konnten aufgrund der fehlender Datenbasis nicht in die Abbildung mit aufgenommen werden. Allerdings merken die Umweltverbände an, dass die Zahl der aktiven Mitglieder tendenziell nicht ansteigt und vor allem passive Mitglieder dazukommen: „Auf dem Papier werden wir mehr, in der realen Interaktion werden wir weniger” (ID5, ID10). Die Zahl der passiven Mitglieder wird aber an keiner Stelle erfasst (ID10).

[67] Siehe: https://www.gesis.org/allbus; letzter Zugriff 18.07.2024.

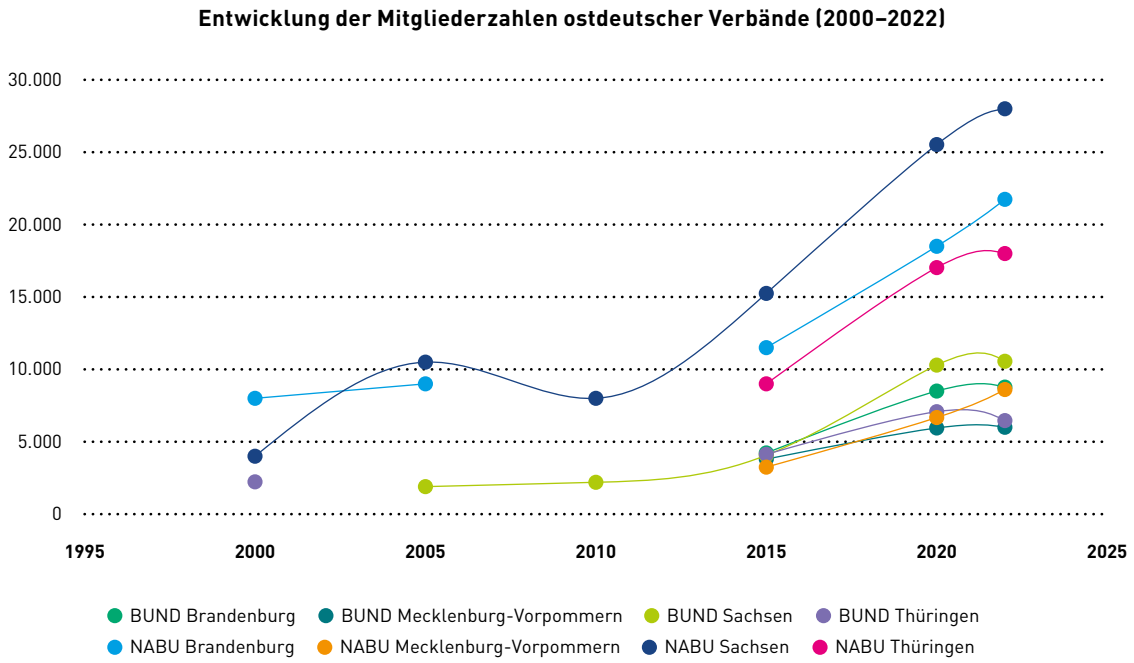

Abbildung 14: Entwicklung der Mitgliederzahlen ostdeutscher Verbände (2000–2022)
Quelle: Eigene Daten basierend auf Jahresberichten der Umweltverbände.

Ordnet man die Mitgliederzahlen der Umweltverbände in Ostdeutschland ein, so fällt auf, dass sie noch immer im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern des BUND und des NABU niedriger sind.

Eine weitere Einordnung der Mitgliederstärke der Umweltverbände bietet der Vergleich mit den Mitgliederzahlen der im Bundestag vertretenen Parteien. Hier wird deutlich, dass inzwischen in Ostdeutschland mehr Menschen Mitglied in Umweltverbänden und -organisationen als in politischen Parteien sind (vgl. Abbildung 15). Allein die Landesverbände von NABU und BUND gemeinsam verzeichnen in den jeweiligen Ländern mehr Mitglieder als die Summe der Mitglieder aller im Bundestag vertretenen Parteien im jeweiligen Bundesland. Dies konnte für das Jahr 2021 für die Bundesländer Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nachgewiesen werden. Nicht verfügbar waren die Mitgliederzahlen der Umweltverbände in Sachsen-Anhalt.

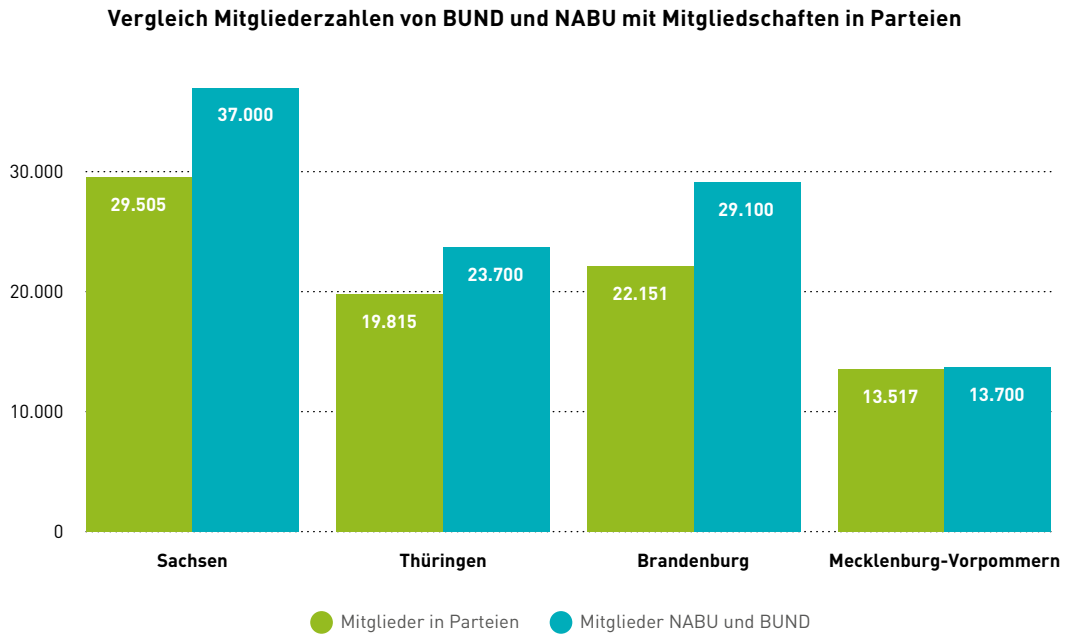

Abbildung 15: Vergleich Mitgliederzahlen von BUND und NABU mit Mitgliedschaften in Parteien in ostdeutschen Bundesländern

Auch beim Umsatz der ostdeutschen Umweltverbände lässt sich eine enorme Steigerung bereits im Vergleich der Jahre 2015 und 2020 feststellen (siehe Abbildung 16). Hier haben sich die Umsätze zum Teil verdoppelt, z. B. beim BUND Thüringen von 604.000 EUR im Jahr 2015 auf 1.309.000 EUR im Jahr 2020. Dies ist u. a. auf den Mitgliederzuwachs und die damit verbundenen höheren Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, aber auch aus einer deutlichen Zunahme von zumeist öffentlich finanzierten Drittmittelprojekten zurückzuführen. Einnahmen gibt es neben Mitgliedschaften und Fördergeldern darüber hinaus auch durch Spenden, Zuschüsse, Tätigkeiten der praktischen Landschaftspflege, Bußgelder, private Drittmittel und Erbschaften.

Eine gegenteilige Entwicklung und somit Ausnahme bilden die Haushalte des Bundesverbandes der Grünen Liga, die sich von 2015 bis 2020 mehr als halbiert haben. Für die Jahre davor konnte der Umsatz aller aufgeführten Verbände aufgrund fehlender Datenbasis nicht ermittelt werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Umsatz allein aufgrund der geringeren Mitgliederzahl deutlich niedriger lag.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen betragen ca. 20 % des jeweiligen Gesamthaushaltes der einzelnen Landesverbände, so beim NABU Sachsen im Jahr 2020 mit ca. 21 %, teilweise aber auch weniger, so beim BUND Thüringen im Jahr 2020 mit ca. 14 %. Die prozentual größte Einnahmequelle sind Förder- und Drittmittel und Zuschüsse, die ca. 50 bis 70 % des jeweiligen Haushalts ausmachen.

Entwicklung des Umsatzes ostdeutscher Landesverbände (2015-2020)

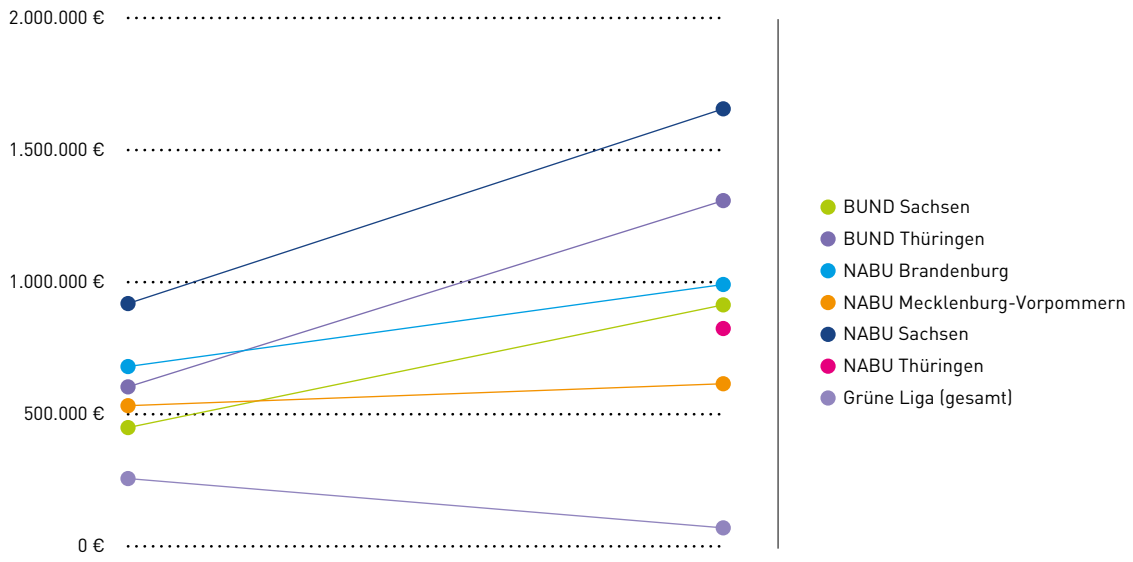

Abbildung 16: Entwicklung des Umsatzes ostdeutscher Landesverbände

C) *GRÜNE LIGA ALS ORIGINÄR OSTDEUTSCHER UMWELTVERBAND*

Die Grüne Liga wurde im Februar 1990 ursprünglich als Netzwerk gegründet. Die Idee war die Vernetzung von verschiedenen Gruppen, um „alle Akteure nicht in einzelnen Verbänden mit einzelnen Themen zu verlieren, sondern zu vernetzen und die Themen als Zusammenhalt zu denken und darüber zu kommunizieren" (ID3). Dabei wollte man die „ökonomische[n] Fragen [und] soziale[n] Fragen [..] zusammenhängend" (ID3) denken und Vernetzungsstrukturen auf Augenhöhe herstellen und „nicht Dachorganisation [sein], nicht von oben" (ID3) agieren. Es sollte eine „Individualität, das Basisdemokratische oder eben die Eigenständigkeit von Gruppen" gefördert werden (ID3).

Die Mitglieder der Grünen Liga unterteilen sich daher in natürliche und juristische Personen. Juristische Personen, die Mitglied sind, sind z. B. die Regionalverbände wie die Grüne Liga Berlin e. V. Die Regionalverbände selbst untergliedern sich dann wieder in lokale Mitgliedsgruppen. Diese Art von Struktur und Vernetzung konnte aber bereits Anfang der 1990er Jahre nicht entsprechend umgesetzt werden, „weil eben immer Menschen feste Strukturen suchen und in diese festen Strukturen aus dem Westen wurden dann auch Leute abgeworben" (ID3). Insgesamt entfernt sich die Grüne Liga daher immer mehr davon, sich selbst als Netzwerk zu verstehen, da sie im Vergleich zu den großen Umweltverbänden diese Rolle nicht mehr übernehmen kann. Inzwischen fokussiert sich der Verein auf die Aufnahme von Einzelmitgliedern im Bundesverband und den Regionalverbänden.

Anders als NABU und BUND setzt die Grüne Liga nicht auf professionelle Mitgliederwerbung. Die hauptamtlichen Mitarbeitenden haben zudem keine zeitlichen Kapazitäten für Spendenkampagnen oder Mitgliederwerbung (ID8) bzw. nehmen sich diese in ihrer sehr limitierten Zeit nicht. Im Jahr 2023 zählte der Bundesverband drei Regionalverbände (z. B. die Grüne Liga Berlin), acht ordentliche Mitglieder (z. B. Grüne Liga Dresden/Oberes Elbtale. V.), 28 Einzelmitglieder und 23 Fördermitglieder. Der Regionalverband Grüne Liga Berlin zählt wiederum ca. 125 Mitglieder, wobei die Mitgliederzahl in den letzten Jahren in etwa konstant geblieben ist. Auch bei den anderen Regionalverbänden sind die Mitgliederzahlen in den letzten Jahren auf ähnlichem Niveau geblieben. Zum Vergleich: Der BUND Berlin hat nach eigenen Angaben mehr als 10.000 Mitglieder und Fördernde.

Inzwischen gibt es bereits Lücken in der Abdeckung von Verbänden der Grünen Liga in Ostdeutschland. So haben sich die Grüne Liga Mecklenburg-Vorpommern, die Grüne Liga Sachsen-Anhalt und andere Regionalgruppen aufgrund fehlender Mitglieder aufgelöst. Allerdings entstehen auch neue Gruppen aus Bürgerinitiativen und bürgerschaftlichem Engagement heraus, die sich der Grünen Liga anschließen (ID3). Die Grüne Liga Sachsen ist inzwischen komplett ehrenamtlich organisiert. Der letzte hauptamtliche Geschäftsführer der Grünen Liga Sachsen ist nun als Fraktionsvorsitzender der AfD im sächsischen Landtag tätig. Der derzeitige ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende der Grünen Liga Sachsen ist zugleich auch Vorsitzender des Naturschutzverbandes Sachsen (NaSa). Aktivitäten der Grünen Liga Sachsen sind diejenigen, die auch der NaSa durchführt und auf seiner Webseite aufzählt.

Insgesamt gab es schon immer wenig – aber derzeit tendenziell noch weniger – hauptamtliches Personal in der Grünen Liga z. B. in den Landesverbänden, da an sich die Idee war, dass die Hauptamtlichen nur zur Vernetzung der Gruppen beitragen und die Mitgliedsgruppen eigenständig agieren. Die Arbeit wird somit hauptsächlich von Ehrenamtlichen getragen, welche sich zum Teil auch heute noch mit sehr großem Zeiteinsatz engagieren.

D) HERAUSFORDERUNGEN UND WEITERE STRATEGISCHE AUSRICHTUNG OSTDEUTSCHER UMWELTVERBÄNDE

Die Bestimmung des Topos Ostdeutschland hinsichtlich des Natur-, Klima- und Umweltschutzes ist eine offene Frage. Obwohl in den Interviews kaum noch spezifisch ostdeutsche Mentalitäten in der täglichen Arbeit anklangen, ist die allgemeine gesellschaftliche Debatte in Deutschland gerade seit Dirk Oschmanns Buch „Der Osten – eine westdeutsche Erfindung" im Jahr 2023 und der starken Resonanz, die das Buch in Deutschland ausgelöst hat (wochenlang auf Platz 1 der Spiegel-Bestsellerliste), eher wieder geprägt davon, welche spezifisch ostdeutschen Themen in den letzten Jahrzehnten unter die Räder kamen bzw. zu wenig beachtet wurden. Ähnliche Publikationen wie von Steffen Mau („Ungleich vereint", 2024) oder Christina Morina („Tausend Aufbrüche", 2024) untersuchen jeweils spezifisch eigene Befindlichkeiten und ostdeutsche Sichten auf die Gegenwart.

Auch in Ostdeutschland sind die Umweltverbände mit Erscheinungen infolge von Polykrisen und den Veränderungen im politischen Klima der letzten Jahre konfrontiert. Zunächst ist durch die Covid-19-Pandemie der Aktionsraum Straße weggefallen: „Es hat uns eigentlich die Straße weggenommen als Aktionsform. Wir sind da auch bis jetzt nicht wieder richtig hin zurückgekehrt" (ID1). Gleichzeitig hat die Coronakrise dazu geführt, dass sich die Verbände digital organisiert haben und auch jetzt noch vermehrt digitale und hybride Veranstaltungen anbieten. Das hat zu vereinfachten Prozessen innerhalb der Verbände geführt und hat den Vorteil, dass noch mehr Menschen und inaktive Mitglieder erreicht werden können, da Online-Veranstaltungen erstmal unverbindlicher sind und ein „Schnuppern […] zulassen" (ID1).

Eine weitere, insbesondere in Ostdeutschland verschärfte Herausforderung, für die noch Strategien entwickelt werden müssen, ist das Erstarken des Rechtspopulismus, des Rechtsextremismus und seiner politischen Kräfte und Parteien wie der AfD oder der Partei „Der III. Weg" (vornehmlich in Brandenburg und Sachsen). Die Befürchtung ist, dass es nach den Landtagswahlen 2024 in drei Landesparlamenten in Ostdeutschland zu einer politischen Stagnation in der Umwelt- und vor allem Klimapolitik kommt.

Die AfD und rechtsextreme Organisationen versuchen darüber hinaus, das Naturschutzthema immer stärker und sukzessive zu besetzen, da der Schutz der Natur grundsätzlich positiv konnotiert ist und damit Sympathien gewonnen werden können. Rechtspopulistische Gruppen haben zum Ziel, die Gesellschaft zu spalten, und versuchen, die vorhandenen Zielkonflikte zwischen Natur- und Klimaschutz zu vertiefen. So wird der Artenschutz instrumentalisiert und gegen den Klimaschutz in Stellung gebracht, um insbesondere gegen Windkraftanlagen, aber auch gegen Biogasanlagen zu mobilisieren. Weitere Diskurse, in denen Rechtsextreme versuchen Einfluss zu gewinnen, sind „Neobiota und invasive Arten", „Bioregionalismus" und „Überbevölkerung".[68] Darüber hinaus wird versucht, emotional aufgeladene Begriffe wie Heimat und deutscher Wald zu besetzen. (ID11, Schroeder et al. 2022). In dem Zusammenhang ist die in Dresden produzierte Zeitschrift „Die Kehre" wohl auch der Versuch, mit einer extrem rechtskonservativen, aber sehr anspruchsvollen und durchaus kapitalismuskritischen Publikation zum einen enttäuschte ostdeutsche Umwelt- und Naturschützer zu gewinnen und zum anderen gleichzeitig ostdeutsche Vordenker wie beispielsweise Rudolf Bahro oder Gerhard Gundermann zu vereinnahmen.

Die Landschaft der Umweltbewegung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren durch die Entstehung neuer Bewegungsakteure wie Fridays for Future und radikaleren Ansätzen wie Extinction Rebellion und der Letzten Generation stark verändert und die Aufmerksamkeit auf zivilgesellschaftlichen Umweltaktivismus neu verteilt. Anhand der neuen Bewegungsakteure lässt sich ein geringeres Mobilisierungspotenzial für Klima- und Umweltschutz in Ost-

[68] Siehe vertiefend hierzu: NABU und Populismus, unter: https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/240404-hintergrund-nabu-populismus.pdf 09.10.2024); Sachsen Rechts Unten 2023, unter https://www.weiterdenken.de/sites/default/files/2024-01/sru_broschuere_2023.pdf (09.10.2024).

deutschland feststellen. Dies wurde im Zusammenhang mit den Fridays-for-Future-Protesten sichtbar, bei denen sich ein Ost-West-Gefälle zeigte (ID4). Großstreiks gab es in Ostdeutschland deutlich vereinzelter, die Ortsgruppen waren kleiner und Demo-Teilnehmende tendenziell weniger. Darüber hinaus gab es von den Aktiven auf Bundesebene kaum Aktivist*innen aus Ostdeutschland. Dies wurde erst spät erkannt und dann ein Plenum für strukturbenachteiligte Ortsgruppen- eingeführt, das unter anderem darauf achtet, dass von den Pressesprechenden bei Großstreiks auch Aktivist*innen aus Ostdeutschland vertreten sind (ID4). Deutlich wurde das geringere Mobilisierungspotenzial in Ostdeutschland auch durch die Proteste gegen den Kohleabbau in Lausitz, die deutlich weniger gut besucht waren als die Proteste um den Tagebau Garzweiler. Die Herausforderung besteht darin, die Themen und die Sprache so zu wählen, dass sie die Menschen in Ostdeutschland, insbesondere in den ländlichen Regionen, ansprechen. „Wenn du […] große Sprüche über System Change machst, das kommt einfach in einer Kleinstadt im Osten anders an und das haben Leute nicht gesehen" (ID4).

Als weitere Herausforderung wurde das geringere Engagement im ländlichen Raum genannt, was insbesondere in den dünn besiedelten ostdeutschen Flächenländern der Fall ist. Das Engagement in den Umweltverbänden konzentriere sich auf die städtischen Gebiete in Ostdeutschland und die aktiven Mitglieder im ländlichen Raum würden immer weniger (ID7, ID10, ID11). So wüchsen die Umweltverbände in Sachsen vor allem in den drei Zentren Leipzig, Dresden und Chemnitz, währenddessen die aktiven Mitglieder im Erzgebirge immer weniger würden (ID10, ID11). Gleiches passiere in Brandenburg. Dann „wächst du halt irgendwie in Potsdam, aber halt nicht […] im Märkisch-Oderland" (ID11). Da Ostdeutschland insgesamt überwiegend eher ländlich geprägt und dünn besiedelt sei, führe dies zu einem Rückgang im Engagement in der Fläche, während die städtische Mitgliederbasis im Verband überwiege (ID10, ID11).

Der demografische Wandel zeigt sich in Ostdeutschland ausgeprägter. Es gibt somit viele ältere Einwohner*innen und vergleichsweise wenig junge, die den erwarteten altersbedingten Rückgang des Engagements auffangen könnten (ID5, ID10, ID11). So engagieren sich immer weniger Menschen für das klassische ehrenamtliche Engagement im Naturschutz, z. B. die Bergwiesenpflege in Thüringen. Darüber hinaus sei die Anbindung von Fridays for Future an die Verbände in Ostdeutschland noch weniger gelungen (ID5). Insgesamt sei die Bindung von jungen Menschen an die klassische Verbandsstruktur im Osten weiterhin schwierig. Hier hatte z. B. der BUND versucht, Studierende in Leipzig und Dresden zu gewinnen, was viel Energie gekostet hat, aber am Ende wenig Wirkung gezeigt hat, da die meisten Studierenden wegen der Arbeitsmarktlage nicht in Sachsen blieben (ID10).

2.5 EXKURS: NEUE AKTEURE DER UMWELTBEWEGUNG

Dieser Abschnitt wirft einen Blick auf die Akteure, die in den vergangenen zehn Jahren neben den traditionellen Umweltorganisationen in Erscheinung getreten sind, betrachtet ihr Mobilisierungspotenzial und ihre Beziehungen zueinander und zu den etablierten Umweltverbänden.

2.5.1 FRIDAYS FOR FUTURE DEUTSCHLAND

Fridays for Future bezeichnet sich selbst als Klimastreik-Bewegung, die „international, überparteilich, unabhängig und dezentral organisiert"[69] ist. Den Anstoß für die Bewegung gab die damals 15-jährige Schwedin Greta Thunberg, die im August 2018 zunächst allein einen dreiwöchigen Schulstreik für das Klima organisierte (Sommer et al. 2019). Im Dezember 2018 traf die deutsche Klimaaktivistin Luisa Neubauer auf der UN-Klimakonferenz in Katowice Greta Thunberg und wollte deren Idee in Deutschland umsetzen (Sommer et al. 2019). Die ersten freitäglichen Schulstreiks wurden bereits im Dezember 2018 in verschiedenen deutschen Städten organisiert. So haben z. B. beim ersten Streik am 14. Dezember 2018 ca. 3.000 Schüler*innen in sieben Städten teilgenommen (ID4). Ab Anfang 2019 nahm die Zahl der beteiligten Städte und streikenden Schüler*innen weiter zu (Rucht & Rink 2020; ID4). Im März 2019 wurde zum globalen Klimastreik aufgerufen und in Deutschland demonstrierten bereits 300.000 Teilnehmende in 223 Städten (ID4). Der Mobilisierungshöhepunkt wurde bereits beim zweiten globalen Klimastreik am 20. September 2019 mit 1,4 Mio. Protestierenden in Deutschland erreicht (Haunss et al. 2020). Zählungen von Fridays for Future gehen sogar von 1,5 Mio. Teilnehmenden aus (ID4). Insgesamt fanden nach Angaben von Fridays for Future Deutschland am 20. September 2019 weltweit an mehreren tausend Orten und in Deutschland an über 550 Orten Veranstaltungen statt.[70] Danach nahm allerdings die Zahl der wöchentlich stattfindenden Demonstrationen rapide ab (Rucht & Rink 2020). Auch ein weiterer Globaler Streiktag am 29. November 2019 war mit 630.000 Teilnehmenden weniger gut besucht (Haunss et al. 2020). Die Aus-

[69] Siehe: https://fridaysforfuture.de/; letzter Zugriff 18.07.2024.
[70] Siehe: https://fridaysforfuture.berlin/rueckblick-20-09/; letzter Zugriff 18.07.2024.

gangsbeschränkungen ab März 2020 durch die Covid-19-Pandemie haben die Demonstrationen in den digitalen Raum verlagert, z. B. wurden Livestreams organisiert. Darüber hinaus fanden coronakonforme Aktionen in verschiedenen Ortsgruppen statt[71]. Auch nach dem Ende der Covid-19-Pandemie sind die Teilnehmendenzahlen der globalen Klimastreiks nicht wieder auf den Mobilisierungshöhepunkt gestiegen, sondern bei durchschnittlich ca. 240.000 Teilnehmenden pro „Demonstration" geblieben.

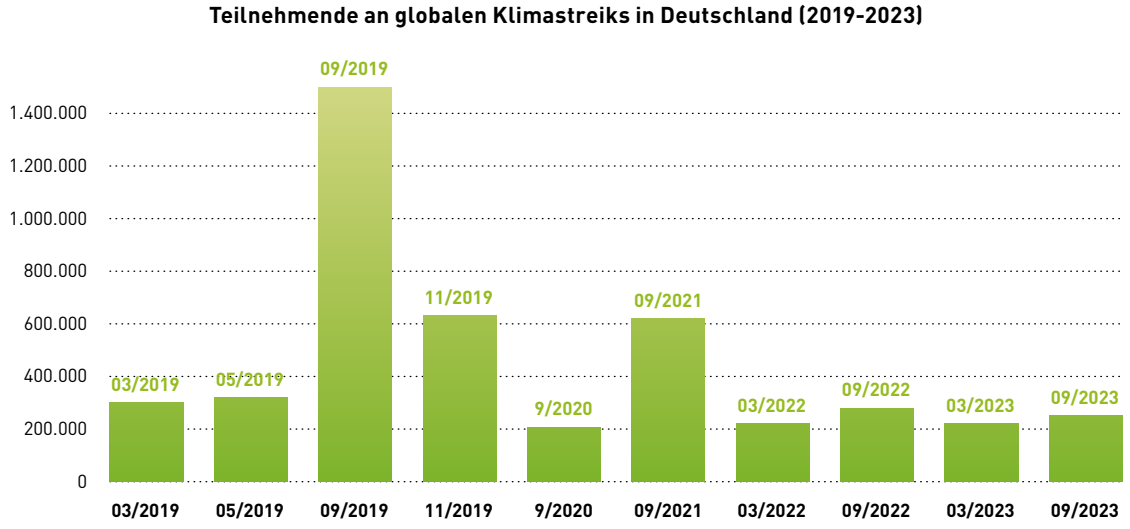

Abbildung 17: Teilnehmende an globalen Klimastreiks in Deutschland. Eigene Darstellung, basierend auf Daten von Fridays for Future Deutschland.[72]

Das Ziel und Kernforderung von Fridays for Future ist die Einhaltung der Pariser Klimaziele (Sommer et al. 2019). Die Forderungen können als ambitioniert betrachtet werden, auch weil Fridays for Future von sich selbst und der Gesellschaft einen ökologisch verträglichen Lebensstil fordert (Sommer et al. 2019).

Fridays for Future entspricht einer sozialen Bewegung (Mucha et al. 2023). Die Jugendbewegung hat sich bisher nicht in einer formellen oder rechtsförmigen Struktur organisiert. Die Aktivist*innen hatten dies in der Vergangenheit als nicht notwendig und der basisdemokratischen Ausrichtung widersprechend bezeichnet (Rucht & Rink 2020). Die Bewegung ist dennoch erstaunlich resilient, da sie ohne rechtsförmige Struktur mehrere Jahre nach der Gründung entscheidungs- und mobilisierungsfähig geblieben ist (Mucha et al. 2023). Vieles innerhalb der Strukturen ist unfertig und improvisiert, was Fridays for Future für junge Menschen attraktiv macht (Sommer et al. 2019). Die Bewegung ist in Ortsgruppen organisiert, von denen es 600 im Jahr 2019 gab (Sommer et al. 2019) Die Zahl der Ortsgruppen verringerte sich nach dem Mobilisierungshöhepunkt im September 2019, da sich insbesondere kleinere Ortsgruppen aufgelöst haben (ID4). Fridays for Future Deutschland vernetzt sich auf Bundesebene dadurch, dass meist zwei Delegierte pro Ortsgruppe an wöchentlichen Telefonkonferenzen teilnehmen (Sommer et al. 2019). Entscheidungen werden in der Regel durch Mehrheitsbeschluss oder teilweise durch das Konsensprinzip getroffen (Rucht & Rink 2020).

Auf der Bundesebene stehen die basisdemokratischen Prinzipien allerdings in Konflikt mit effizienten Prozessen, denn „eine wirkliche Bewegungsstrategie erarbeitest du nicht in Telefonkonferenzen mit 100 Leuten oder mehr und auch nicht mit basisdemokratischer Abstimmung" (ID4). In der Folge bildete sich auf Bundesebene eine informelle „Bundesorga", die viele Entscheidungen trifft (Mucha et al. 2023). Auf Ortsgruppenebene wird daher häufiger basisdemokratischer entschieden als auf Bundesebene (Mucha et al. 2023). Das Zustandekommen von informellen Hierarchien lässt sich vor allem durch ein Informationsungleichgewicht in der Bewegung erklären (Mucha et al. 2023). Erfahrene, kompetente und gut vernetzte Aktivist*innen gewinnen mehr Einfluss auf Entscheidungen (Mucha et al. 2023). Aktivist*innen müssen sich auf Bundesebene selbst ihre Aufgaben suchen und verstehen erst nach einiger Zeit „wie der Hase läuft, und dann irgendwann fällt es halt auf, wenn jemand viel macht, und dann kommt man in die Kreise" (ID4).

Wenn Aktivist*innen mehr Einfluss gewinnen möchten, ist es für sie daher entscheidend, sich innerhalb Fridays for Future zu vernetzen statt mit anderen Organisationen (Mucha et al. 2023). Die informellen Hierarchien werden von Mitgliedern sowohl positiv als auch negativ bewertet (Mucha et al. 2023). So wird z. B. die zentrale Rolle Luisa Neubauers zum Teil als vorteilhaft für die Organisation bezeichnet (ID4) und zum anderen auch als Personenkult abgelehnt (Sommer et al. 2019). Luisa Neubauer bestimme durch ihre mediale Präsenz, wie Fridays for Future wahrgenommen wird. Darüber hinaus habe ihr Twitter- bzw. X-Kanal mehr Follower als der Kanal von Fridays for Future Deutschland, sodass die Organisation ihren Aussagen folgen müsse, damit keine Konflikte entstehen (Mucha et al. 2023).

Die Teilnehmenden an den Fridays-for-Future-Demonstrationen sind eher progressiv, liberal und tendenziell linksorientiert (Freier

[71] Siehe: https://fridaysforfuture.de/allefuer1komma5/; letzter Zugriff 18.07.2024.
[72] Der Streik im März 2021 fand unter Corona-Auflagen statt. Es sind keine Daten verfügbar.

& Schneider 2022). Zu Beginn wurden die freitäglichen Schulstreiks ausschließlich von Schüler*innen organisiert, später haben sich auch andere Bevölkerungsgruppen an den Klimastreiks beteiligt, wodurch der Altersdurchschnitt gestiegen ist (Haunss et al. 2023). Es gibt einen großen Frauenanteil und überraschend viele junge Frauen tragen die Bewegung (Freier & Schneider 2022; Sommer et al. 2019). Viele der Demonstrierenden haben einen hohen Bildungsstand (Sommer et al. 2019). Personen mit direkter Migrationserfahrung sind innerhalb der Protestierenden unterrepräsentiert, jedoch ist der Anteil der zweiten Generation recht groß (Sommer et al. 2020). Bei den Klimastreiks sind viele Erstdemonstrierende dabei und viele davon sind politisch interessiert (Sommer et al. 2019). Die Teilnehmenden an den Protesten sind demokratiebejahend und optimistisch etwas bewegen zu können, sind aber nicht zufrieden mit der Demokratie in Deutschland (Sommer et al. 2020; Sommer et al. 2019). Darüber hinaus haben die Demonstrierenden ein großes Vertrauen in die Wissenschaft (Hurrelmann & Albrecht 2020).

Der freitägliche Schulstreik hat inzwischen als Aktionsform an deutlicher Relevanz verloren, da die wöchentlichen Streiks nicht dauerhaft aufrechterhalten werden konnten (ID4). Seitdem ist die Bewegung auf einer Suche nach erfolgreichen Aktionsformen (ID4). Ein Erfolg war die medienwirksame Kampagne gegen die Lieferung einer Siemens-Zugsignalanlage für eine Kohlemine in Australien im Januar 2020, die von nur 10 bis 15 Aktivist*innen durchgeführt wurde[73] (ID4). Diese Art der effektiven Kampagnenarbeit hat sich allerdings nicht als langfristig erfolgreich herausgestellt: „es war das erste Mal […], wo wir nicht wirklich über Masse gegangen sind und wo wir dachten, okay, jetzt können wir so weitermachen und seitdem hat es nicht mehr so gut funktioniert. Nicht einmal mehr" (ID4).

Nach der Covid-19-Pandemie wurde eher flexibel auf das politische Geschehen reagiert: Es wurden Demonstrationen und Aktionen organisiert sowie Klimacamps und die ca. zweimal jährlich stattfindenden globalen Klimastreiks mit hohen Teilnehmendenzahlen durchgeführt (ID4).

Fridays for Future nutzt keine Form des zivilen Ungehorsams als Aktionsform. Die Bewegung tritt insgesamt eher integrativ, offen und somit gemäßigt auf (Sommer et al. 2019). So solidarisierte sich Fridays for Future mit Ende Gelände beim zentralen internationalen Streik in Aachen im Juni 2019, aber rief selbst nicht zu zivilem Ungehorsam auf (Sommer et al. 2019). Jedoch diskutierten die Aktvist*innen während des Fridays-for-Future-Sommerkongresses im August 2019, ob ziviler Widerstand angewendet werden sollte (Teune 2020). So entstanden auch Spannungen zwischen gemäßigten und eher offensiveren Aktivisten*innen, die den internationalen Klimastreik am 20. September 2019 als Generalstreik organisieren wollten (Sommer et al. 2019).

Es können Auswirkungen der Fridays-for-Future-Proteste auf Bevölkerung und Politik beobachtet werden. Die Aufmerksamkeit für den Klimawandel hat sich deutlich erhöht. Insbesondere die Medienberichterstattung zum Klimawandel ist angestiegen (Haunss et al. 2020; Waldinger et al. 2023). Fridays for Future hat außerdem speziell die ältere Generation adressiert, was andere soziale Bewegungen bisher nicht getan hatten (Waldinger et al. 2023). Der Aktivismus hatte zur Folge, dass Erwachsene mit Kindern im Alter der Fridays-for-Future-Aktivist*innen vermehrt die Partei Bündnis 90/Die Grünen gewählt haben und die grüne Partei insgesamt an Wähler*innenstimmen gewonnen hat (Waldinger et al. 2023). Darüber hinaus gründeten sich zahlreiche von Erwachsenen gestützte Organisationen zur Unterstützung und Solidarisierung mit der Schüler*innenbewegung, wie z. B. Parents for Future, Scientists for Future, Psychologists for Future, Architects for Future oder Lawyers for Future.

Es gibt einige Herausforderungen, denen sich die Bewegung stellen muss, um in Zukunft relevant zu bleiben (Rucht 2019; ID4). Da Jugendliche nach dem jahrelangen Engagement neben Schule, Studium und Beruf ausbrennen, könnte eine formelle Struktur mit bezahlter Mitarbeit Ausgleich schaffen (Rucht 2019). Dies wäre durch Spendensammlungen möglich, damit z. B. Ortsgruppen professionell betreut werden, was für die Bewegung hilfreich wäre (ID4). Fridays for Future hat im Juni 2021 den Verein „Alle fürs Klima" gegründet, sodass finanzielle Transaktionen nun in Eigenregie durchgeführt werden können[74] (ID4). Der Verein sammelt jedoch nur Spenden für Materialkosten und übernimmt keine weiteren Funktionen (ID4). Darüber hinaus müssen inhaltliche Fragen mehr ausgearbeitet werden, was zu Spannungen innerhalb Fridays for Future führen könnte (Rucht 2019). Außerdem haben Greta Thunbergs Aussagen zum Israel-Palästina-Konflikt die Bewegung geschwächt (ID4). In Hinblick auf Aktionsformen muss Fridays for Future diskutieren, welche Protestformen neben Klimastreiks angewendet werden können (Rucht 2019).

2.5.2 DIE LETZTE GENERATION VOR DEN KIPPPUNKTEN

Der Aufstand der Letzten Generation vor den Kipppunkten[75], kurz Letzte Generation, ist ein neues klimapolitisches Netzwerk im deutschsprachigen Raum, das sich im Dezember 2021 gegründet hat und zivilen Ungehorsam einsetzt, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der politischen Entscheidungsträger*innen zu erregen und diese dazu zu bewegen, sich zum Klimaschutz zu positionieren (Kaufer & Albrecht 2022: 1f.). Nach Auffassung der Aktivist*innen sind alle legalen Wege der politischen Einflussnahme ausgeschöpft. Um das Gemeinwohl und die Lebensgrundlage der nachfolgenden Generationen zu sichern, bleibe ihnen nichts anderes übrig, als zivilen Ungehorsam zu leisten (Rucht 2023: 14). Die Aktivist*innen, die in kleinen und agilen Gruppen von drei bis zehn Personen agieren und Störaktionen auf dem gesamten Bundesge-

[73] Siehe: https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-01/fridays-for-future-siemens-kohlebergwerk-australien-luisa-neubauer; letzter Zugriff 18.07.2024.

[74] Siehe: https://fridaysforfuture.de/spenden/#:~:text=Wer%20ist%20Alle%20f%C3 %BCrs%20Klima,Fridays%20for%20Future%20in%20Deutschland; letzter Zugriff 10.07.2024.

[75] Die Organisation nennt sich an sich Letzte Generation vor den Kipppunkten (vgl. https://letztegeneration.org/ 22.7.2024). In der Regel wird sie aber umgangssprachlich nur als Letzte Generation bezeichnet. Weil diese Verkürzung einen wesentlichen Teil der Motivation zur Gründung ausblendet, soll er hier genannt werden. Im weiteren Text wird der Einfachheit halber nur on Letzter Generation gesprochen. Dabei ist der Zusatz vor den Kipppunkten mit umfasst.

biet realisieren, stellen einen Gegenentwurf zu denen von Fridays for Future dar, die vor allem auf niederschwellige Massenproteste und integrative Überzeugungsarbeit setzen (Bitschnau 2023: 3; Rucht 2023: 14). Das thematisch breit aufgestellte Netzwerk bedient sich verschiedener Aktionsformen, um seine Forderungen möglichst aufmerksamkeitswirksam in den Medien zu platzieren. Dazu zählen nach Kaufer & Albrecht „Hungerstreiks, das Containern von Lebensmitteln, die Blockade von Straßen, die Blockade an Flughäfen, das Abdrehen von Pipelines, die Störung von Großereignissen, das Festkleben oder der Bewurf von Gemälden mit Lebensmitteln sowie Freifahrten" (Kaufer & Albrecht 2022: 8). In der medialen Berichterstattung sind die Aktivist*innen insbesondere unter dem Begriff „Klimakleber" bekannt, was auf die prominente Nutzung von Sekundenkleber im Rahmen ihrer Aktionen zurückzuführen ist (Bitschnau 2023: 3). Durch die Einbindung neuer Aktionsformen und -orte als Teil ihrer strategischen Ausrichtung tragen die Aktivist*innen der Letzten Generation zu einer Ergänzung der gegenwärtigen Klimaschutzbewegung und deren Protestformen bei (Kaufer & Albrecht 2022: 3).

Das Netzwerk unterliegt keiner formalen, rechtsfähigen Struktur (Rucht 2023: 11). Anders als Extinction Rebellion, die auf organisationsstruktureller Ebene auf basisdemokratische Prinzipien zurückgreift, setzt die Letzte Generation auf eine funktionale Hierarchie, an deren Spitze sich die sechsköpfige Führungsriege befindet (Kaufer & Albrecht 2022: 2; Rucht 2023: 11). Diese unterteilt sich in ein dreiköpfiges Führungsteam und das Strategie-Erweiterungs-Team.[76] Es setzte sich bis November 2023 aus Personen zusammen, die direkt oder indirekt an dem Hungerstreik im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 beteiligt waren (Rucht 2023: 10). Derzeit kommt es zu „Umstrukturierungsprozesse[n]" (ID6) innerhalb des Netzwerks, da sich drei der sechs Personen, namentlich Kim Schulz, Lars Werner und Henning Jeschke, aus der Führungsriege zurückziehen.[77] Die Umstrukturierung erfolgt „mit einer Legitimierung durch die Widerstandsgruppen" (ID6). So wird deren Meinungsbild durch Koordinationspersonen eingesammelt und weitergegeben. Auch werden Wahlen stattfinden, um die freigewordenen Stellen neu zu besetzen (ID6). Die Aufgabe des Führungsteams besteht unter anderem darin, die Kommunikations- und Aktionslinien festzulegen sowie die Arbeits- und Ortsgruppen zu koordinieren (Rucht 2023: 11). Wenngleich bestimmte Entscheidungen zentral getroffen werden, haben die Angehörigen der Letzten Generation immer die Wahl, sich für oder gegen die Strategie bzw. den Strategievorschlag zu entscheiden. Über Gruppen und Feedbackprozesse können Impulse und alternative Ideen eingebracht werden und Kritik am bestehenden Vorgehen geübt werden (ID6). Es handelt sich um eine Art „Mitmachprogramm" (ID6). Inwieweit auch nach der Umstrukturierung am Konsensverfahren festgehalten wird, ist noch unklar (ID6). Trotz der organisationsstrukturellen Unterschiede sind „[a]uf der menschlichen Ebene [...] alle gleichwertig. [...] Niemand entscheidet über den anderen, sondern jeder entscheidet für sich selbst" (ID6).

Das Netzwerk verzeichnet, Stand Oktober 2023, insgesamt 14 Arbeitsgruppen sowie 77 Ortsgruppen, davon 14 in Ostdeutschland. Auffällig ist, dass die meisten davon in Universitätsstädten verortet sind (Rucht 2023: 11).[78] Es gibt keine festen Büros. Während der Aktionsphasen werden vor Ort Wohnungen und andere Unterkünfte angemietet, die dann auf Zeit genutzt werden. Auch wird eine Küche für alle eingerichtet (ID6). Ein Ort, „an dem man sich treffen kann, wo man eine Umarmung kriegt, einen warmen Tee oder was Gutes zu essen. Vegan natürlich" (ID6).

Angesichts des fehlenden Mitgliederverzeichnisses ist es schwierig, eindeutige Aussagen über die Angehörigen- und Unterstützer*innenzahlen sowie das sozio-demografische Profil des Netzwerks zu treffen. Die Führungsriege der Letzten Generation ist sehr homogen zusammengesetzt. Alle sechs Personen sind in ihren Zwanzigern und weisen einen akademischen Hintergrund auf. Die Letzte Generation zählt, Stand September 2022, ca. 500 Aktivist*innen und über 2.200 Unterstützer*innen. Letzteres wurde bekannt, nachdem Anfang Februar 2023 mehrere Excel-Tabelle kurzfristig online einsehbar waren, die umfassende persönliche Daten enthielten. Trotz des stetigen Zulaufs und der damit einhergehenden Diversifizierung ist das Netzwerk durch eine starke Überrepräsentation jüngerer und sozioökonomisch bessergestellter Personen geprägt, was auf Seiten der Gegner*innen auch als Delegitimationsargument genutzt wird (Rucht 2023: 10; Kaufer 2023: 7f.; TAZ 2023).

Die Finanzierung erfolgt größtenteils über Spenden. Gemäß dem 2022 veröffentlichten Transparenzbericht nahmen die Aktivist*innen bis Anfang des Jahres 901.832,61 EUR ein. Die Ausgaben beliefen sich auf 534.519,73 EUR. Miet- und Materialkosten stellten mit jeweils 254.170,43 EUR beziehungsweise 98.167,28 EUR die größten Kostenpunkte dar. Des Weiteren erhält die Letzte Generation ca. 50.000 EUR über die Initiative „Gemeinnützige Bildungsarbeit zur Förderung von Letzte Generation", die über die US-amerikanische Stiftung Climate Emergency Fund (CEF) finanziert wird. Diese Gelder werden nach Angaben des Netzwerks für Bildungsarbeit genutzt, die im Einklang mit dem gemeinnützigen Zweck der Change Alliance stehen. Auch werden die Angehörigen der Letzten Generation nicht für die Durchführung von Protestaktionen bezahlt, da dies dem gemeinnützigen Zweck des Bündnisses widersprechen würde.[79] Die Gesellschaft „Klima- und Umweltaufklärung für den Erhalt der lebenssichernden Ökosysteme GmbH", die im Juli 2022 in Hamburg gegründet wurde und das Spendenmanagement der Letzten Generation übernimmt, sicherte sich im November 2023 zudem die zehnjährigen Wort- und Bildmarkenrechte an der Organisation.[80, 81]

In Vorbereitung auf den lokalen Widerstand werden die Aktivist*innen im Rahmen von bundesweiten Aktionstrainings geschult, die sowohl in Präsenz als auch online stattfinden (Kaufer & Albrecht 2022: 6).[82] Sie werden mit dem Konzept des zivilen Ungehorsams, den Aktions- und Protestformen sowie der Bewegungsphilosophie der Letzten Generation, die sich aus acht Säulen zusammensetzt, ver-

[76] Siehe: https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/klima-aktivisten-netzwerk-letzte-generation-100.html; letzter Zugriff 10.07.2024.

[77] Siehe: https://www.welt.de/politik/deutschland/article248200174/Letzten-Generation-Strategischer-Kopf-rueckt-in-den-Hintergrund.html; letzter Zugriff 10.07.2024.

[78] Siehe: https://letztegeneration.org/arbeitsgruppen/ ; letzter Zugriff: 17.07.2024.

[79] Siehe: https://letztegeneration.org/en/transparenzbericht/ ; letzter Zugriff 17.07.2024.

[80] Siehe: https://www.welt.de/politik/deutschland/plus249367348/Klimaaktivisten-Letzte-Generation-ist-jetzt-eine-Marke.html ; letzter Zugriff 10.07.2024.

[81] Siehe: https://register.dpma.de/DPMAregister/marke/registerHABM?AKZ=018874135&CURSOR=0 ; letzter Zugriff 10.07.2024.

[82] Siehe: https://letztegeneration.org/en/trainings/ ; letzter Zugriff 17.07.2024.

traut gemacht. Die Aktionsformen selbst finden dabei immer im öffentlichen Raum statt. Die Angehörigen der Letzten Generation, die sich stets mit Gesicht und Namen vor der Polizei zu erkennen geben und diese als „einzige[n] Schutz" (ID6) nutzen, halten sich dabei an das Kriterium der Gewaltlosigkeit (Kaufer & Albrecht 2022: 7). „Nicht zurückzuschreien", wenn man verbale Gewalt erfährt, ist mit „das Schwierigste" (ID6). Trotz der konstanten mentalen und emotionalen Belastung verbleiben viele Personen im Netzwerk, was u. a. der Dringlichkeit der Situation und der individuellen Entschlossenheit geschuldet ist (ID6). „[V]or dem Gewinn kommt das Durchhalten" (ID6). Gewaltvolle Äußerungen gegen das Netzwerk finden sich auch als Hassrede im Internet wieder, u. a. in Form von Kommentaren unter Online-Zeitungsartikeln und in sozialen Netzwerken (ID6).

Kommt es bei den Aktionen zu direkten Gewaltandrohungen und -anwendungen durch Bürger*innen, erstatten die Angehörigen der Letzten Generation keine Anzeige, da sie diese als nicht zielführend erachten. Die Meldung derartiger Übergriffe erfolgt meist durch Dritte oder Ermittlungen werden von Amtes wegen eingeleitet. Körperverletzung, Nötigung und Beleidigung zählen zu den häufigsten gemeldeten Delikten. Bis September 2023 wurden mehr als 150 Fälle bei den Strafverfolgungsbehörden registriert. Da Übergriffe auf Aktivist*innen der Umwelt- und Klimaschutzbewegung nicht gesondert statistisch erfasst werden, ist die Belastbarkeit der Zahlen jedoch gering (Leitner 2023). Auch wenn es um die Zahl von Strafverfahren gegen die Aktivist*innen geht, können keine klaren Angaben gemacht werden. Aus einer Umfrage des Richterbundes geht hervor, dass bis Ende September 2023 ca. 2.500 Verfahren allein in Berlin gegen Angehörige der Letzten Generation eingeleitet wurden. In anderen deutschen Städten fallen die Zahlen geringer aus. So waren es in München 84, in Frankfurt 72, in Köln 29 und in Leipzig 22 Verfahren.[83] Die Strafen, die gegen die Angehörigen der Letzten Generation verhängt werden, fallen in der Regel relativ moderat aus. Die Geldstrafen bewegen sich meist in einer Größenordnung von 50 bis 100 Tagessätzen. Eine besonders umstrittene Maßnahme ist der durch die bayerische Polizei vereinzelt angewandte präventivpolizeiliche Gewahrsam, der bis zu 30 Tage andauern kann und Ende 2022 mehrfach angewandt wurde. Auch wurden im Frühjahr 2023 erstmals Angehörige der Letzten Generation durch das Amtsgericht Heilbronn zu zwei- bzw. dreimonatigen Freiheitsstrafen ohne Bewährung verurteilt (Rucht 2023: 20; Kaufer 2023: 2). Um ihre mediale Wirksamkeit weiter zu maximieren, werden auch die juristischen Folgen des Protestes zur Skandalisierung, Positionierung und Inszenierung der Bewegung genutzt (Kaufer & Albrecht 2022: 7, 16).

Im November 2023 und Januar 2024 wurde bekannt, dass die Letzte Generation nach fast zwei Jahren des Protestes Strategieänderungen vorsieht. Eine erste Bekanntmachung beinhaltete unter anderem eine Abwendung von weiteren Radikalisierungen und Sabotageaktionen sowie eine Hinwendung zum Konfrontationsprotest. So sollen zukünftig Veranstaltungen politischer Akteure gezielt gestört und deren Bühne für den eigenen Protest genutzt werden. Die Letzte Generation orientiert sich dabei an der US-amerikanischen Klimaschutzbewegung Climate Defiance, mit der sie während des Erarbeitungsprozesses in Kontakt stand. Diese neue, öffentlichkeitswirksame Form des Protestes ist aus der Sicht der Letzten Generation aus mehreren Gründen erforderlich geworden. Trotz zahlreicher Aktionen ist es ihnen bislang nicht gelungen, einen sozialen Kipppunkt als auch gesellschaftlichen Solidarisierungseffekt zu erreichen, was wiederum zu Enttäuschungs- und Erschöpfungserscheinungen führte.[84] Die Angehörigen der Letzten Generation sind sich bewusst, dass „möglichst viele Menschen [...] mitgenommen werden [müssen]", „denn ohne all diese Menschen ist [...] die Letzte Generation [...] nicht wirkungsvoll" (ID6). Auch habe nach einer Selbsteinschätzung der Organisation eine Normalisierung des Protestes stattgefunden, wodurch es für die neuen Bewegungsakteure immer mühsamer werde, Öffentlichkeit herzustellen. Zuletzt binde auch die steigende Zahl an Gerichtsverfahren die zeitlichen wie emotionalen Ressourcen, was zu einer Schwächung der Handlungsfähigkeit des Netzwerks führe.[85]

Während die Letzte Generation Ende 2023 also noch an der Fortführung der Blockadeaktionen festgehalten hatte, trennte man sich Anfang 2024 bewusst von dieser Aktionsform. Als Grund wurde auch die hohe Anzahl an Unterstützer*innen genannt, die es ihnen ermögliche, anderweitige Formen des Protestes auszuschöpfen. Der zuvor erwähnte Konfrontationsprotest, auch unter dem Begriff der „ungehorsamen Versammlungen" bekannt gemacht, soll zukünftig an „Orte[n] der fossilen Zerstörung" stattfinden, z. B. Ölpipelines, Flughäfen und Betriebsgeländen von Energiekonzernen.[86] Auch hat die Letzte Generation beschlossen, sich aktiv den bundesweiten Demonstrationen gegen Rechtsextremismus anzuschließen und sich bei den Europawahlen 2024 zur Wahl zu stellen, um den „Widerstand von der Straße auch ins Parlament [zu] bringen".[87] Hierbei erzielte die Gruppe in Deutschland 104.340 Stimmen, was einem Anteil von 0,3 % entsprach. Damit konnte die Letzte Generation keinen Sitz im Europäischen Parlament erringen.[88]

Die Meinung über die Letzte Generation in der politischen Öffentlichkeit ist geteilt. Während konservative Parteien und Presseorgane sowie rechte Parteien und Gruppierungen die Aktionsformen des Netzwerks in ihrer Gesamtheit ablehnen und den Vorwurf einer Radikalisierung erheben, üben Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vor allem Kritik an den Protest- und Aktionsformen der Gruppe, nicht jedoch an den Zielen des Netzwerks. Diese Position wird jedoch nicht von allen Mitgliedern der Parteien geteilt, da einige sich selbst an Aktionen des zivilen Ungehorsams beteiligten (Rucht 2023: 15, 18; Kaufer 2023: 9). Äußerungen wie von Alexander Dobrindt (CSU), der vor der Entstehung einer „Klima-RAF" warnt, und Florian Hahn (CDU), der Angehörige der Letzten Generation mit der Taliban vergleicht, tragen sukzessive zu einer Verschärfung des gesellschaftlichen Diskurses bei.[89] Auf Kommunal- und Landesebene kommt es vereinzelt zu Anfragen von Parteien wie der FDP, die „nicht nur über die Letzte Generation [...], sondern jetzt auch mal mit ihr [reden wollen]" (ID6).

[83] Siehe: https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/10/klimaproteste-strafverfahren-berlin-staatsanwaltschaft.html ; letzter Zugriff 10.07.2024.

[84] Siehe: https://www.tagesschau.de/investigativ/mdr/letztegeneration-strategie-100.html; letzter Zugriff 10.07.2024.

[85] Siehe: https://www.tagesschau.de/investigativ/mdr/letztegeneration-strategie-100.html; letzter Zugriff 10.07.2024.

[86] Siehe: https://taz.de/Strategiewechsel-bei-Letzter-Generation/!5985786/ ; letzter Zugriff 10.07.2024.

[87] Siehe: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-02/letzte-generation-europawahl ; letzter Zugriff: 17.07.2024.

[88] Siehe: https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/ergebnisse/bund-99.html (28.07.24).

[89] Siehe: https://www.greenlegal.eu/wp/wp-content/uploads/2023/12/GLI_Green_Legal_Spaces_Report_2023_20231201.pdf; letzter Zugriff 10.07.2024.

Seit dem Frühjahr 2023 kommt es vereinzelt immer wieder zu Gesprächen zwischen Angehörigen der Letzten Generation und Lokalpolitiker*innen, an deren Ende klimapolitische Unterstützungsbekundungen auf Kommunalebene und der Verzicht auf Protestaktionen vor Ort stehen (Rucht 2023: 7). Neben dem Oberbürgermeister Belit Onay (Bündnis 90/Die Grünen) in Hannover nahmen auch Marburgs Oberbürgermeister Thomas Spies (SPD), Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (zu diesem Zeitpunkt noch Bündnis 90/Die Grünen) und Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe (CDU) an derartigen Gesprächsrunden teil.[90, 91] Diese Vereinbarungen über den Verzicht auf Protestaktionen in den jeweiligen Städten, die von den Beteiligten nicht als solche bezeichnet werden möchten, führten teils zu scharfer Kritik, da dieses Vorgehen als Erpressung gewertet wurde. Beteiligte wie Belit Onay (Bündnis 90/Die Grünen) sehen darin eine Möglichkeit „den Protest von der Straße zu holen und die inhaltliche Diskussion auf den Klimaschutz zu lenken" (Rucht 2023: 7).

Die evangelische und die katholische Kirche stellt eine wichtige Säule für die Letzte Generation dar, da die Angehörigen des Netzwerkes dort, u. a. durch Input auf dem Evangelischen Kirchentag, „viel Podium" erhalten und weitere Personengruppen erreichen können (ID6). Die bewegungsinterne, bundesweite AG „Vernetzung mit den Kirchen", die sich aus 28 evangelischen und katholischen Mitgliedern zusammensetzt, nimmt verschiedene Reaktionen aus der Kirche war. Während manche Pfarrer*innen Sorge davor haben, durch die Unterstützung der Letzten Generation Kirchenmitglieder zu verprellen, halten es andere für notwendig Stellung zu beziehen und „über die Komfortzone hinauszugehen".[92] Kirchen seien „Save Spaces", die zur gesamtgesellschaftlichen Meinungsbildung beigetragen, und Orte, wo Radikalisierungen verhindert werden können.[93]

Anerkennung und Zuspruch erhalten die Angehörigen der Letzten Generation auch von Seiten „linker Medien", Personen aus der Kultur- und Medienszene und politisierten Klimawissenschaftler*innen (Rucht 2023: 15).

Durch die Letzte Generation sind auch die Umweltschutzverbände seit 2021 zunehmend unter Druck geraten. War am Anfang die Zustimmung zum Protest noch groß, hat sich das in der letzten Zeit, insbesondere 2023, deutlich verändert. Gerade durch die recht unspezifischen und auch nicht ausreichenden Forderungen im Sinne eines wirksamen Klimaschutzes nach einem Tempolimit und einem Gesellschaftsrat wurde zunehmend in Frage gestellt, ob die Letzte Generation dem Anliegen des Klimaschutzes überhaupt zuträglich ist (ID1). In einem Interview wurde deutlich gemacht, dass durch das allzu lange Beharren auf Straßenblockaden durch Mitstreiter*innen der Letzten Generation dem Klimaanliegen eher geschadet wurde. Dass Klimaschutz zeitweise schon zum Schimpfwort erklärt wurde, lag auch an der Art und Weise, wie die Letzte Generation unfähig war, rechtzeitig Schlüsse aus der immer drastischeren Ablehnung in der Öffentlichkeit zu ziehen. Und insbesondere durch den eher irritierenden Auftritt von Vertreter*innen der Letzten Generation nach dem Termin im Mai 2023 mit dem Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) entstand der Eindruck, die Gruppe sei nicht in der Lage, mit der Verantwortung in der Medienöffentlichkeit professionell umzugehen und die Möglichkeiten der öffentlichen Aufmerksamkeit sinnvoll zu nutzen. Ganz generell fiel es der Letzten Generation nach dem Abbruch der Straßenblockaden im Januar 2024 schwer, weiterhin öffentliche Aufmerksamkeit und ein entsprechendes Medienecho hervorzurufen. Bemerkenswert ist in dem Zusammenhang, dass mit dem Wegfall der Straßenblockaden durch die Letzte Generation und dem Verschwinden täglicher negativer Schlagzeilen in den Medien seit Ende 2023 das Thema Klimaschutz wieder deutlich an Zustimmung und Akzeptanz in der Bevölkerung gewann.[94]

Auch ist der Vorschlag der Letzten Generation zur Einrichtung eines Gesellschaftsrates als zentrale Zielstellung weder eine hinreichende noch eine wirklich originelle Idee zur Umsetzung von Maßnahmen auf dem Weg zu Klimaneutralität. Zudem gab es zum Thema Klimaschutz in Deutschland 2021 bereits einen Bürger*innenrat mit 160 zufällig ausgesuchten Bürger*innen.[95] Das Gutachten des Bürgerrates enthält viele und im Vergleich zum Klimaschutzgesetz ambitioniertere Vorschläge und schärft noch einmal die Hausaufgaben, die die Politik, also in erster Linie die gewählten Vertreter*innen des Deutschen Bundestages, umzusetzen haben.[96] Dabei gilt allerdings auch zu beachten, dass ein solcher Rat, unabhängig davon, wie häufig er tagt und wie er genau genannt wird, immer vor die Herausforderung gestellt ist, dass der Umbau einer fast zweihundertjährigen Industriegesellschaft wie Deutschland eine komplexe, tiefgreifende und langwierige Transformation darstellt, bei der Ergebnisse solcher Gremien bestenfalls eine ergänzende Funktion haben können, also in keinem Fall hinreichend sind.

2.5.3 DIE NEUEN ULTRAKONSERVATIVEN UMWELTORGANISATIONEN

Neben den neuen aktivistischen Klimaschutzorganisationen wie Fridays for Future und Letzte Generation sind insbesondere in den letzten zehn Jahren im Umweltspektrum neue Organisationen bundesweit in Erscheinung getreten, die den großen etablierten Umweltschutzverbänden BUND und NABU Konkurrenz machen wollen.

Es handelt sich in erster Linie um die Organisationen Naturschutzinitiative (NI) aus Quirnbach in Rheinland-Pfalz sowie den Verein für Artenschutz und Landschaftspflege Bayern , seit 2021 umbenannt in

[90] Siehe: https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/letzte-generation-125.html ; letzter Zugriff 10.07.2024.

[91] Siehe: https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/klimaaktivisten-oberbuergermeister-muenster-100.html; letzter Zugriff 10.07.2024.

[92] Siehe: https://www.evangelische-zeitung.de/warum-die-letzte-generation-kirchen-als-partner-sucht; letzter Zugriff 10.07.2024.

[93] Siehe: https://www.rnd.de/politik/letzte-generation-und-die-kirche-ein-kompliziertes-verhaeltnis-YTEY7KLLBZAVJD4N2JLVESUYHI.html ; letzter Zugriff: 10.07.2024.

[94] Vgl. Abbildung 8 mit Umfragedaten aus 2024.

[95] Siehe https://buergerrat-klima.de/ergebnisse-gutachten (23.07.24).

[96] Vgl. hier die Ebene der Vorschläge des Bürgergutachtens, die allesamt profunde Vorschläge sind, aber wo beispielsweise keine Prüfung stattfand, ob sie ausreichen, nur die Ziele des Klimaschutzgesetzes wirksamer zu machen.

Verein für Artenschutz, Landschaftsschutz & Biodiversität (VLAB), aus Erbendorf in Bayern und ähnliche Organisationen in Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg, daneben die Organisation Vernunftkraft , aus Berlin, die in erster Linie Bürgerinitiativen und Gegner des Ausbaus erneuerbarer Energien vernetzt.

Sowohl die NI als auch der VLAB sind zwar im Vergleich zum BUND und NABU noch recht kleine Organisationen, allerdings mit einem bereits beachtlichen Unterstützer*innenkreis. Der VLAB in Bayern hat derzeit etwa 8.000 Mitglieder. Hinzu kommen Landesverbände in Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg. Die Naturschutzinitiative hat nach eigenen Angaben derzeit sogar etwa 14.000 Mitglieder. Beide bundesweit gemäß § 3 Umweltrechtsbehelfsgesetz anerkannten und damit auch klageberechtigten Vereine veröffentlichen keine Jahresberichte, sodass zu den Organisationsstrukturen, den jährlichen Budgets, der Zahl der Mitarbeiter*innen usw. keine genauen Angaben bzw. nur lückenhafte journalistische Recherchen vorliegen (u.a. Banse, Buermeyer, 2023).

Nach eigenen Angaben arbeiten beide Organisationen „politisch und konfessionell neutral" und werden nicht durch „Lobbyverbände beeinflusst oder gefördert". Die Finanzierung erfolgt „ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden von Privatpersonen und seriösen Stiftungen". Im Lobbyregister des Bundestages sind beide Organisationen nicht eingetragen.

Zentrales Betätigungsfeld der beiden Organisationen NI und VLAB ist der Konflikt zwischen Natur- und Klimaschutz. Speziell den Ausbau der Windkraftanlagen sehen die beiden Organisationen als nicht sinnvoll für einen wirkungsvollen Naturschutz an. Ausdruck dessen sind zahlreiche gerichtliche Klagen der beiden Organisationen gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Während beispielsweise NABU und BUND, die sich ebenfalls schwertun, den Konflikt zwischen Naturschutz und Klimaschutz und den seit 2022 bestehenden Vorrang des Ausbaus erneuerbarer Energien zulasten des Artenschutzes innerverbandlich produktiv zu lösen, aber auch in anderen Bereichen des Naturschutzes gerichtlichen Handlungsbedarf sehen, klagen der VLAB und NI im Wesentlichen nur gegen Windkraftanlagen.

So hat der VLAB allein 2020 mindestens 15 Klageverfahren gegen Windkraftanlagen in Bayern geführt. Die NI strengte im Zeitraum 2021 bis 2023 knapp 10 Verfahren an. Auch andere Naturschutzverbände klagen gegen Windkraftanlagen. Allerdings sind VLAB und NI die beiden Vereine, die nicht nur nahezu ausschließlich gegen den Ausbau der Windkraftanlagen gerichtlich zu Felde ziehen, sondern auch durch ihre engen Beziehungen zu den Gegner*innen der erneuerbaren Energien wie beispielsweise Vernunftkraft auffallen und mit ihren öffentlichen Äußerungen den Eindruck erwecken, die Klimakrise sei als Problem überschätzt. So der Ehrenpräsident der VLAB:

> „Warme Zeiten sind gute Zeiten für Mensch und Natur. Das war eine der Kernbotschaften des Jubiläumsvortrages von Professor Josef H. Reichholf, den er am Samstag, den 12. Oktober 2019 zum zehnjährigen Bestehen des Vereins für Landschafspflege und Artenschutz in der Schlossschänke Friedenfels in der Oberpfalz hielt."

Besonders die Klage der NI gegen eine Versuchsanlage in Baden-Württemberg zur Erprobung von naturverträglichen Lösungen zum Ausbau der Windenergie ließ aufhorchen. Denn ohne Kompromisse zwischen Naturschutz und Klimaschutz wird eine Energiewende kaum gelingen.

Mit ihrer klaren und deutlichen Ablehnung des Ausbaus erneuerbarer Energien , mit den als völlig einseitig wahrnehmbaren Aktivitäten vor allem gegen Windkraftanlagen stellen sich die beiden Vereine selbst in eine konzeptionelle und aktivistische Sackgasse. Der Beifall von ganz rechts außen ist ihnen zwar gewiss, die Zusammenarbeit innerhalb der Umweltbewegung ist aber mit einer derartig kompromisslosen Positionierung deutlich erschwert. Zwar gibt es speziell zwischen NI und NABU lokal temporäre Zusammenarbeit in einzelnen naturschutzfachlichen Themen, aber auf der Ebene der Verbandsspitzen gibt es diese nicht. So sind NI und VLAB beispielsweise keine Mitgliedsorganisationen im DNR. Eine Aufnahme in den Dachverband der Umwelt- und Naturschutzorganisationen würde allerdings auch weder dem Selbstverständnis der beiden Organisationen VLAB und NI entsprechen noch dem der Mitgliedsorganisationen des DNR. Und obgleich beide Umweltverbände bei vielen Themen ohne Frage naturschutzfachliche Expertise besitzen, ist die Außendarstellung sowohl des VLAB als auch der NI immer auch davon geprägt, sich von den großen Umweltverbänden abzugrenzen und als besonders fachlich ausgewiesen zu erscheinen.

Die Abgrenzung des VLAB gegen den NABU und BUND wird z. B. deutlich durch die Pressemeldung zum 10-jährigen Jubiläum des

[97] Vgl. Pressemeldung 10 Jahre VLAB unter: https://www.landschaft-artenschutz.de/wp-content/uploads/Zehn-Jahre-VLAB.pdf (22.07.24).

[98] Neben Bayern gibt es den VLAB mit eigenen Landesverbänden zurzeit auch in Mecklenburg-Vorpommern und in Baden-Württemberg. Die Mitgliederzahlen dieser Organisationen sind in den rund 8.000 Mitgliedern des VLAB Bayern nicht enthalten.

[99] Siehe Bayerischer Rundfunk, 2022 unter http://web.archive.org/web/20220812070826/https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/vlab-kleiner-verein-mit-grosser-wirkung-gegen-windkraft,TECn9N3; 2018 wird noch von eigenen Vertretern von 9.000 Mitgliedern gesprochen. Das würde dafürsprechen, dass die Zahl seitdem leicht gesunken ist. Siehe: https://www.landschaft-artenschutz.de/wp-content/uploads/Presseinformation_Pfettrach_31.10.18.pdf (22.7.2024)

[100] Vgl. https://naturschutz-initiative.de/?option=com_content&view=article&id=1350&catid=22 (23.07.24).

[101] https://www.landschaft-artenschutz.de/wp-content/uploads/Zehn-Jahre-VLAB.pdf (22.07.24).

[102] Siehe Bayerischer Rundfunk, 2022 unter http://web.archive.org/web/20220812070826/https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/vlab-kleiner-verein-mit-grosser-wirkung-gegen-windkraft,TECn9N3 (22.7.24).

[103] Daten des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen für den Forschungsbericht Verbandsklagen im Zeitraum 2021 bis 2023 für das Umweltbundesamt.

[104] https://www.landschaft-artenschutz.de/josef-h-reichholf-plaediert-fuer-einen-rationalen-umgang-mit-der-erderwaermung/ (10.10.2024).

[105] Siehe Spiegel: https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/artenschutz-wie-der-windkraftausbau-fledermaeuse-und-greifvoegel-bedroht-a-451e556e-ddc3-4ea8-b237-df03e032c375 (22.7.24).

[106] Siehe auch Spiegelartikel aus 2021 unter: https://www.spiegel.de/wirtschaft/windenergie-so-verhindert-die-anti-windkraft-bewegung-neue-anlagen-a-46d88419-3b1d-427d-b6c0-cf696fec283c (22.07.24).

[107] Siehe auch Spiegel Artikel 2019: https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/windkraft-die-neuen-regularien-sind-ein-sargnagel-fuer-deutschland-a-1296494.html (22.07.24).

[108] Der VLAB ist eine Abspaltung vom BN Bayern, die in erster Linie aus der Nichtübereinstimmung des BUND-Mitgründers Enoch zu Guttenberg mit den BUND-Zielen zum Ausbau der Windenergie und dem damit verbundenen Trotz resultierte. Guttenberg, eine große Persönlichkeit, trat 2012 aus dem BUND aus und engagierte sich danach stark im VLAB, den er fortan als Gegenentwurf zum BUND, dem er eine zu große Nähe zur Windkraft attestierte, ansah.

[109] https://www.landschaft-artenschutz.de/wp-content/uploads/Zehn-Jahre-VLAB.pdf (22.07.24).

[110] Siehe https://www.greenpeace.de/publikationen/gegner_der_windkraft.pdf (22.7.24).

[111] Zu Vernunftkraft, einem Dachverband von nach eigenen Angaben bundesweit etwa 900 Bürgerinitiativen gegen den Ausbau von Windkraftanlagen, lassen sich im Internet sehr viele Belege für Verstrickungen zu fossilen Industrieverbänden finden, so u.a. bei https://www.lobbycontrol.de/suche/Vernunftkraft/ und ihrer Studie zu Gaskonzernen und Klimaschutz (23.07.24).

VLAB 2019: „Der VLAB macht mittlerweile den etablierten Verbänden die Deutungshoheit in Sachen Natur- und Landschaftsschutz zu Zeiten der Energiewende streitig." Die Aussage verrät, was man gern sein möchte und worauf man abzielt. Und deshalb sind auch gewisse Unplausibilitäten in der Finanzierung so vieler Verbandsklagen des VLAB, wie von Greenpeace aufgedeckt , oder auch die latent generelle Intransparenz und vor allem die deutliche Abgrenzung zu den großen Umweltverbänden sowie die Zusammenarbeit mit Vernunftkraft, einem erklärten Gegner des Ausbaus erneuerbaren Energien, so heikel.

2.6 BEZIEHUNGEN DER BEWEGUNGSAKTEURE ZU DEN UMWELTVERBÄNDEN UND ZUEINANDER

2.6.1 BEZIEHUNGEN ZWISCHEN FRIDAYS FOR FUTURE UND ANDEREN AKTEUREN

Das Aufkommen der Fridays-for-Future-Bewegung hat die Umweltbewegung grundlegend verändert. Die damit verbundenen neuen, bisher ungekannten Mobilisierungserfolge waren wesentlich getrieben durch eine unabhängig agierende Jugendbewegung, mit Unterstützung der großen Organisationen. Das lässt auch Fragen nach Interessenskonflikten, der Attraktivität der Umweltorganisationen für Engagement und sich herausbildenden längerfristigen Kooperationen stellen.

Dabei kann kein einheitliches Bild der Beziehung von Verbänden und Fridays for Future gezeichnet werden, aber Fridays for Future wird nicht als Konkurrentin wahrgenommen (Gentes et al. 2020). Manche Verbände haben eine deutlich engere Beziehung zu Fridays for Future als andere und die Positionierungen reichen „von kritischer Distanz bis zu beinahe paternalistischer Nähe" (Gentes et al. 2020: 178). Überwiegend wird Fridays for Future positiv wahrgenommen und die etablierten Umweltverbände (Greenpeace, BUND, NaturFreunde etc.) haben schon zu Beginn die Aktionen von Fridays for Future mit Infrastruktur und finanziellen Hilfen unterstützt (Rucht & Rink 2020). Darüber hinaus sind die Umweltverbände bei den Klimastreiks präsent, wobei es innerhalb der Umweltverbände ein klares Verständnis gibt, dass sie lediglich eine unterstützende Rolle im Hintergrund einnehmen, um das Image von Fridays for Future als unabhängige Bewegung nicht zu beschädigen (Gentes et al. 2020; Sommer et al. 2019). Auf inhaltlicher Ebene hat Fridays for Future außerdem dazu geführt, dass einige Umweltverbände ihre eigene inhaltliche Ausrichtung hinterfragen oder die Forderungen von Fridays for Future mit den eigenen Zielen vergleichen (Gentes et al. 2020). Darüber hinaus haben sich durch die Jugendbewegung die politischen Rahmenbedingungen so verändert, dass z. B. Greenpeace die eigene Kampagnenarbeit anpassen musste (Gentes et al. 2020).

Die Aktivitäten von Fridays for Future führten außerdem dazu, dass zum Teil das Engagement in den Ortsgruppen der Umweltverbände und die Mitgliederzahlen der Umweltorganisationen gestiegen sind, so z. B. bei der BUNDjugend und Greenpeace (Gentes et al. 2020). Im Gegensatz dazu findet aber auch ein Wechsel in die entgegengesetzte Richtung statt, sodass z. B. Aktivist*innen von der Greenpeace Jugend zu Fridays for Future wechselten (Gentes et al. 2020). Fridays for Future vermied es, sich einem Umweltverband oder anderen externen Organisation anzuschließen, es besteht jedoch keine Konkurrenz oder Gegnerschaft zwischen den Umweltverbänden und Fridays for Future (Haunss et al. 2023; Sommer et al. 2019). Vonseiten Fridays for Future gibt es eine starke Bereitschaft, sich mit den etablierten Umweltverbänden zu zeitlich begrenzten Aktionsbündnissen zusammenzuschließen (Freier & Schneider 2022). Sie entscheiden sich fallweise aber auch für exklusive Bündnisse, wie z. B. mit Verdi im Rahmen der „Wir fahren zusammen"-Kampagne, ohne dass die Mitwirkung und Sichtbarkeit der Organisationen, die auch zum Themenfeld Verkehr arbeiten, erwünscht ist (Rucht el al. 2019). Viele der Teilnehmenden an Fridays-for-Future-Demonstrationen, 30 % der Erwachsenen und 10 % der Schüler*innen, sind aktive oder passive Mitglieder in anderen Umweltorganisationen (Rucht el al. 2019).

Fridays for Future vermeidet eine harte Abgrenzung zu den radikaleren Gruppen wie Letze Generation, Extinction Rebellion und Ende Gelände (Sommer et al. 2019). Darüber hinaus hat sich die Jugendbewegung beim zentralen internationalen Streik in Aachen im Juni 2019 mit Ende Gelände solidarisiert, aber selbst nicht zu zivilem Ungehorsam aufgerufen (Sommer et al. 2019). Die Zustimmung für die Aktionsform des zivilen Ungehorsams scheint innerhalb der Fridays-for-Future-Demonstrierenden recht hoch zu sein. 23 % von ihnen würden sich auch an den Verkehrsblockaden der Letzten Generation beteiligen. 62 % der Befragten befürworten Verkehrsblockaden, würden jedoch selbst nicht daran teilnehmen (Sommer et al. 2019).

2.6.2 VERHÄLTNIS DER LETZTEN GENERATION ZU ANDEREN AKTEUREN

Obwohl es öffentlich keine Anzeichen dafür gibt, dass die Letzte Generation eine Bündnisbildung mit anderen umwelt- und klimapolitischen Organisationen anstrebt (Rucht 2023: 11), so schließt sie Kooperationen nicht gänzlich aus (ID6). Mit Ausnahme des An-

schlusses an das internationale A22-Netzwerk im Jahr 2022 handelt die Letzte Generation bislang als Einzelakteur (Rucht 2023: 11). Der Beitritt der Gruppe zu dem Netzwerk wird durchaus kritisch gesehen, was u. a. auf die Person von Roger Hallam zurückzuführen ist. Der Mitbegründer von Extinction Rebellion in Großbritannien, der in den letzten Jahren wiederholt durch unzulässige Holocaust- und Klimakrisen-Vergleiche auffiel, nimmt nach eigenen Aussagen eine einflussreiche Position im Netzwerk ein. Wie zuvor auch der deutsche Ableger von Extinction Rebellion distanzierte sich auch die Letzte Generation „in aller Deutlichkeit" von seinen Aussagen (Grunert et al. 2023: 10). Die Kontaktaufnahme zwischen Umweltverbänden und der Letzten Generation wird unter anderem durch das Besuchen gemeinsamer Veranstaltungen möglich: „In der Klimabewegung gibt es eine weitreichende Vernetzung und über diese kommen wir dann langsam auch bei den etablierten Verbänden an, durch gemeinsame Projekte beispielsweise" (ID6). Derzeit besteht bereits vereinzelt Kontakt zu Umweltverbänden, die teils auch gewisse Beratungs- und Unterstützungsangebote wie Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Diese Unterstützungsleistungen lösen auf Seiten der Umweltverbände teils große Bedenken aus, da die Sorge besteht, dass diese in Konflikt mit der eigenen Satzung stehen könnten (ID6).

In den Interviews mit den Vertreter*innen der Umweltverbände wurden viele Aspekte des Verhältnisses zwischen Umweltverbänden und der Letzten Generation thematisiert. Daher sind diese umfangreicher als die Einschätzungen von Vertreter*innen der Letzten Generation zur Umwelt- und Klimabewegung: Die Aktions- und Protestformen der Letzten Generation, insbesondere die Straßenblockaden, werden von den Umweltverbänden mehrheitlich als taktisch und strategisch falsch eingeschätzt (ID9, ID8, ID11). Die Aktionsformen, die oftmals nicht thematisch mit der Klima- und Umweltkrise in Verbindung gebracht werden können (ID2), sind, nach Einschätzung der Umweltverbände unwirksam (ID4, ID9) und bleiben in ihrer Geltung hinter klassischen Aktionsformen wie Demonstrationen, Petitionen und offenen Briefen zurück (ID9). Die Einzelmaßnahmen, die als „naiv und marginal" (ID3) bewertet werden, beförderten die Spaltung der Gesellschaft (ID2, ID7), ohne für diese verantwortlich zu sein (ID7). Bedingt durch die Radikalität des Vorgehens der Letzten Generation stünden sie nun im Zentrum des derzeit ausgetragenen Kulturkampfes (ID2). Die Klima- und Umweltbewegung verliere durch besagtes Vorgehen insbesondere in der Mitte der Gesellschaft an „Geschwindigkeit und Größe", was einen immensen Schaden darstelle (ID4). Auch wird kritisiert, dass die Letzte Generation das Thema des Klimaschutzes thematisch vereinnahme, was nicht im Interesse der neuen Bewegungsakteure und jener Umweltverbände sei, denen „an seriösen und wirklich machbaren Lösungen gelegen ist" (ID2). Deutlich wird dies durch die öffentlich zunehmend undifferenzierte Betrachtung der verschiedenen Akteure: „[W]enn einer aus der Familie sich danebenbenimmt, dann wirkt das auf alle. Wir werden dann schon auch manchmal begrüßt, ob wir uns ankleben möchten oder ob wir irgendwas kaputt machen wollen. Man wird dann auch schnell in einen Topf geworfen" (ID1). Auch hängt die Frage der Glaubwürdigkeit an der Positionierung zur Letzten Generation, wie von dem Klimaforscher Mojib Latif deutlich gemacht: „Ich würde dann viel Glaubwürdigkeit verlieren. Deshalb tue ich es nicht. Ich lebe von meiner Glaubwürdigkeit. Ich habe das Gefühl, dass viele Menschen dem folgen, was ich sage. Das ist ein ganz wichtiges Gut. Das möchte ich nicht aufs Spiel setzen" (Ockers 2023: 00:05:33-00:05:50).

Das strategische Vorgehen der Letzten Generation sehen andere Organisationen als eher trennend für eine Zusammenarbeit an. So zeichnete es sich durch eine Diskrepanz in Bezug auf Forderungen und Aktions- und Protestformen aus. Die radikalen Aktionsformen stimmten nicht mit ihren inhaltlichen Anliegen überein (ID3, ID9). Die Symbolik ist nach Einschätzung der Umweltverbände stark negativ aufgeladen. Anstatt positive Erzählungen zu generieren, würden Bilder der Zerstörung und Beschmutzung gezeichnet (ID2). Auch würde die Beschädigung von Kulturwerten und Eigentum sowie die damit verbundene Möglichkeit der Kriminalisierung, auch der medialen, als hinderlich angesehen (ID1). Während es neuen Bewegungsakteuren wie Fridays for Future gelungen sei, auch Personen aus dem konservativen politischen Spektrum anzusprechen (ID4), trügen die gewählten Einzelmaßnahmen der Letzten Generation nicht dazu bei, neue Personengruppen zu mobilisieren (ID1).

Nach Einschätzung der Umweltverbände zeichnet sich die Letzte Generation durch eine hohe Beratungsresistenz aus, insbesondere was ihre Aktions- und Protestformen anbelangt (ID7, ID9). Die Angehörigen des Netzwerks seien „stark ideologisiert und dogmatisch" (ID3), was einen Austausch über die Verhältnismäßigkeit eben jener Aktions- und Protestformen erschwere (ID3, ID7). Während sie die Umweltverbände einerseits für ihre Strategie gewinnen wollten, möchten sie sich andererseits keinesfalls in die eigene Strategie hineinreden lassen. Die Letzte Generation sei „total festgefahren" in ihrem „Willen zu provozieren und zu eskalieren" (ID7). Selbst wenn sie wollte, könne sie dieser Dynamik nicht mehr entgehen, so die Einschätzung (ID7). Des Weiteren bestünde, wenn überhaupt, nur sehr unregelmäßiger Kontakt zwischen der Letzten Generation und den Umweltverbänden (ID9).

Was den Umgang mit der Letzten Generation anbetrifft, zeigt unsere Befragung kein einheitliches Vorgehen der Klima- und Umweltbewegung. Während einige Umweltverbände sich aus Sorge vor einer Spaltung der Umweltbewegung nicht äußern mochten, hielten andere öffentliche Kritik an den Aktionen der Letzten Generation für taktisch und inhaltlich notwendig, um den gemäßigten von dem radikalen Flügel der Bewegung abzugrenzen (ID9). Obwohl Uneinigkeit über das Vorgehen innerhalb der Umweltbewegung herrscht, braucht es nach Meinung einer befragten Person den radikalen Flügel, weswegen dieser gezielt politisch eingebunden werden sollte (ID11). Deshalb sollte die Kommunikation zwischen den beiden Akteursgruppen immer aufrechterhalten werden. So auch der Protestforscher Dieter Rucht:

> „Ich glaube, dass die Anti-AKW-Bewegung in Deutschland da einiges vorzuzeigen hat. Man kann einige Dinge übertragen, insbesondere das Zusammenspiel eines eher moderaten Zweigs der Bewegungen, eines eher offensiven oder militanten Zweigs. Das ist eine wichtige Vorbedingung, dass die nicht auseinanderfallen. Sondern sich zumindest grob verständigen oder absprechen, dass beides nebeneinander und miteinander passiert" (Ockers 2023: 00:28:23-00:28:50).

Eine Kooperation zwischen der Letzten Generation und den Umweltverbänden würde sich positiv auf die öffentliche Reputation des neuen Bewegungsakteurs auswirken. Der sich damit erhöhende Zeit- und Arbeitsaufwand hingegen nachteilig, so die Einschätzung einiger Vertreter*innen der Umweltverbände.

3 —

HERAUS-FORDERUNGEN DER UMWELT-BEWEGUNG

In den quantitativen Analysen zu dieser Studie ist es noch nicht abzulesen, in den Gesprächen mit den Spitzen der Umweltorganisationen, in den Interviews und im Workshop war es jedoch allgegenwärtig: die politischen und fachlichen Herausforderungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sind extrem. Kaum jemand in den Chefetagen der Umweltverbände geht davon aus, dass die durch Polykrisen stark beanspruchten demokratischen Gesellschaften auf mittlere Sicht wieder in ruhige Fahrwasser kommen werden. Da ist von prominenter Stelle (Welzer, 2023) gar von „Krisengeflecht" und hinsichtlich der gegenwärtigen Phase von „Vorbeben" die Rede, sogar „vom Ende eines historischen Modells, das sein Verfallsdatum schon eine Weile überschritten" habe (Welzer, 2023).

Die Lösungskompetenz der Demokratie schlechthin und im Rahmen eines rechtstaatlichen Rahmens scheint nicht mehr für alle Zeiten gegeben zu sein. Kein geringerer als Jürgen Habermas hat sich im hohen Alter von fast 94 Jahren 2022 mit einem Essay in die öffentliche Diskussion über die Akzeptanz der demokratischen Verfassung in einer Gesellschaft eingebracht (Habermas, 2022). Darin setzt er sich mit den Veränderungen der neuen Medienlandschaft und der Frage, was das mit einer deliberativen Gesellschaft macht, auseinander und stellt darüber hinaus die grundsätzliche Frage, ob die Veränderungen, denen wir uns aufgrund des digitalen Wandels unterworfen sehen, noch im Rahmen des demokratischen Rahmens aushaltbar sind oder ob die Fliehkräfte inzwischen so groß geworden sind, dass wir praktisch nur noch zuschauen können, wie normative Rahmen ständig und zu schnell gesprengt werden und am Ende ein demokratischer Staat im Ganzen implodiert (Habermas, 2022). Auch Maja Göpel, die sich mit Positivvisionen gegen die Krisen dieser Welt stemmt (Göpel, 2022) stellt fest, „die Welt, wie wir sie kennen, ist über Nacht ins Rutschen gekommen" (Göpel 2022: 2).

In dieser neuen Lage bewegen sich auch die Umweltverbände. Noch 2014 haben die Autor*innen an dieser Stelle geschrieben, „eine zentrale Rolle wird den Umweltverbänden bei der Ausgestaltung und damit der Legitimation des auszuhandelnden Gesellschaftsvertrages zugedacht" (Sperfeld, Zschiesche, 2014). In einer global vernetzten und agierenden Welt ist ein nationaler Gesellschaftsvertrag, der einen radikalen Wandel hin zu einer postfossilen Wirtschaftsweise versucht zu beschreiten, wohl eher Wunschtraum statt realistische Option. Umweltverbände, die mit ihren systemischen Ansätzen und Gesellschaftspapieren seit Mitte der 1990er Jahre mutig neue Wege gefordert und vorgeschlagen haben, kommen mit der Rolle des gesellschaftlichen Vordenkers derzeit an ihre Grenzen. Und auch mit ihren ureigenen Themen dringen sie immer schwerer oder nicht nachhaltig in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch.

Aus der Zusammenschau der Entwicklungsphasen der Umweltorganisationen (nach Brand 2008 und Sperfeld et al. 2017) zeigt sich, dass die Bewegung immer schon sehr abhängig von den äußeren Rahmenbedingungen war und dass es auch Phasen gab, in denen Argumente der Umweltorganisationen in der Defensive waren. Themenkonjunkturen und Zyklen, in denen Umweltthemen besonders nachgefragt waren, sind normal. Für die Zeit von 2007 bis 2017 kann in Summe ein langsamer (Neu-)Aufbau von Mobilisierungskraft festgestellt werden, der gemeinsam mit der Fridays-for-Future-Bewegung eine große Wirkmacht entfaltet hat. Durch das Zusammentreffen von verschiedenen Krisenerscheinungen befindet sich die Umweltbewegung jetzt in Erwartung eines umweltpolitischen Rollbacks und gleichzeitig in Erwartung einer größeren gesellschaftlichen Umwälzung mit neuen Chancen für grüne Themen und ihre gesellschaftliche Berücksichtigung und entsprechende Umsetzung.

1969 - 1974	1975 - 1982	1983 - 1990	1991 - 1995	1996 - 2006	2007 - 2017	2018 - 2020	2021 - 202X
Etablierung	***Polarisierung zwischen Ökonomie und Ökologie***	***Institutionalisierung***	***Standortdebatte***	***Neurahmung „Nachhaltige Entwicklung"***	***Professionelle Kampagnen & Mobilisierung***	***Neuer Bewegungsmoment durch Fridays for Future***	***Umweltpolitischer Rollback in der Polykrise***
v. a. Initiativen von Bürger*innen setzen sich für Verbesserung der Lebensbedingungen im Wohnumfeld ein	Schere zwischen den wahrgenommenen Umweltproblemen und der Wachstumspolitik (Ölkrise versus Modell Deutschland)	Hohe Priorität im öffentlichen Bewusstsein durch z. B. Waldsterben und Reaktorkatastrophe in Tschernobyl Gründung Umweltministerium	Wachstumsargumente nach der Wende sehr erfolgreich, Verbände in der Defensive	Aufwertung auf internationaler Ebene, Übersetzung durch Lokale-Agenda-21-Prozesse Publikation „Zukunftsfähiges Deutschland"	Bündnisse und Großdemonstrationen gegen Atomkraft, industrielle Landwirtschaft und Freihandelsabkommen	Themendominanz Klima, Beeinflussung von Wahlen	Beschleunigung Transformationserfordernisse, inszenierte Spaltung der Gesellschaft über Klima- und Umweltschutz

Abbildung 18: Historische Entwicklung der modernen Umweltbewegung; nach Brand 2008: 219ff.
Ergänzung der Phasen ab 2007 nach Sperfeld et al. 2017

Umweltverbände als Teil der Zivilgesellschaft und als Teil der Umweltbewegung versuchen heute mehrheitlich,[112] die sozial-ökologische Transformation voranzubringen, stoßen aber sowohl innerhalb als auch außerhalb der Organisationen auf mannigfache Transformationsblockaden (WBGU, 2011), die die Arbeit in der Praxis erschweren und die nachfolgend ansatzweise beschrieben werden sollen.

3.1 MULTIPLE KRISEN – RADIKALERE UND KOMPLEXERE ANTWORTEN UND NEUE STRATEGISCHE AUSRICHTUNGEN?

Trotz immer offensichtlicherer Überschreitungen von planetaren Grenzen (Rockström u. a. 2023) drohen Umwelt-, Naturschutz- und Klimathemen weltweit wie auch in Deutschland zunehmend in den Hintergrund bzw. in die Defensive gedrängt zu werden.

Die multiplen Krisen seit Corona haben insgesamt – so scheint es – zu einem starken Rückgang der Veränderungsbereitschaft für Klima-, Umwelt- und Naturschutz in der deutschen Gesellschaft geführt. Exemplarisch können das zwei Befunde zur Wahrnehmung der Klimakrise illustrieren. Zum einen nimmt die Sorge um den Klimawandel ab (insgesamt um 8 % im Vergleich zu 2021 laut der Studie von More in Common)[113]. Zum anderen ist im Hinblick auf Klimaschutz Hilflosigkeit nach wie vor das vorherrschende Gefühl in der Gesellschaft. Gefühle von Zweifel und Überdruss nehmen im Vergleich zu 2021 um elf und zehn Prozentpunkte zu.[114] Nun sind Umfragen kein verlässliches Instrument zur Messung von Veränderungsbereitschaft. Die Beobachtung, dass die deutsche Politik eher versucht, den Anschein zu erwecken, ohne Anstrengung zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu gelangen, ist zumindest keine gute Basis, um eine Dynamik des Aufbruchs und des Anpackens zu entfachen. Aber ohne gesellschaftliche Dynamik und eine breite Bewegung, getragen von der Überzeugung des Gelingens der klimaneutralen Gesellschaft, wird der Klimawandel nicht zu stoppen sein (CLICCS, 2023).

Es ist anzunehmen, dass die Priorisierung von Themen wie Krieg und Frieden, Asyl und Migration sowie eine neu aufziehende Arbeitslosigkeit und somit die Beschäftigung mit sozialen Themen es in den kommenden Jahren nicht einfacher machen werden, mit Umwelt-, Naturschutz- und Klimathemen gesellschaftlich durchzudringen. Das liegt an Gewöhnungseffekten, aber auch an dem mangelnden Glauben an (Selbst-)Wirksamkeit angesichts der Größe der Aufgabe und dem zeitlichen Auseinanderfallen zwischen Ursache und Wirkung im Klimabereich sowie des geringen Impacts der Handlungsmöglichkeiten Einzelner oder auch des deutschen Staates innerhalb der Weltgemeinschaft. Im Extremfall kann das zu einem Stopp der Unterstützung oder des Engagements führen – im Sinne von „ich kann eh nichts mehr ausrichten". Diese Positionen könnten stärker werden und in Zukunft häufiger anzutreffen sein. Die Kluft zwischen Zielambition und realer Umsetzung wird so eher noch größer als kleiner.

Die großen Umweltorganisationen als gesellschaftliches Umwelt-, Klima- und Naturschutzgewissen sehen diese Unaufrichtigkeit in den öffentlichen Debatten. Gleichzeitig ist der Punkt durch die um sich greifende pessimistische Haltung anscheinend ausgereizt, wo man wie früher durch Mobilisierung stärkeren Druck auf die politisch Verantwortlichen ausübte und so versuchte, sie in die entsprechende Richtung zu lenken.

Die Mobilisierungsfähigkeit der Umweltorganisationen ist durch Pessimismus, Überforderung und den abnehmenden Glauben, durch Proteste tatsächlich etwas erreichen zu können, merklich tangiert. Umweltorganisationen berichten, dass sie z. B. schwerer zu Protesten mobilisieren können (ID1, ID4, ID7, ID9). Das wiederum wirkt auf die NGOs, ihre Rollen und Spielräume ein, die unter geänderten Rahmenbedingungen neu definiert werden müssen. In der Studie „Umweltverbände als relevante Akteure nachhaltiger Transformationsprozesse" von 2014 haben die Autor*innen den Rückenwind beschrieben, den „Crisitunity", also die Wortverbindung von Crisis (Krise) und Opportunity (Chance), für die Mobilisierung für den Atomausstieg angesichts der Fukushima-Katastrophe gegeben hat. Crisitunity hat anscheinend trotz der immer

[112] Den Autor*innen ist bewusst, dass die Umweltverbände bzw. die Umweltbewegung kein konsistentes Bild der sozial-ökologischen Transformation haben. Überwiegend beziehen sie sich vor allem auf die Aspekte Schaffung einer nahezu fossilfreien Wirtschaft, auf eine klimaneutrale oder sogar klimapositive Gesellschaft und auf die Beendigung des weltweiten Artensterbens. Es gibt auch Umweltorganisationen, die die sozial-ökologische Transformation nicht zum Ziel haben, sondern sich auf Teilaspekte (Kampf gegen das Artenstreben) konzentrieren.

[113] Siehe: https://www.moreincommon.de/media/qzqdgu5l/more_in_common_studie_deutschland_die-stimmung-vor-der-europawahl.pdf S. 19, letzter Zugriff 26.05.2024.

[114] Ebd. S. 20.

[115] So auch Brigitte Knopf auf der Innocracy 2023: 17.11.2023 auf der Opening Session: „Demokratiepolitik trifft Klimakrise"

stärker spürbar werdenden Auswirkungen wie z. B. der Klimakrise aufgrund der Überstimulierung mit Krisenthemen ausgedient. Man muss konstatieren, dass die Erwartung, dass das Bewusstsein und die Handlungsbereitschaft in der Gesellschaft sprunghaft steigen, wenn die Auswirkungen der Klimakrise sichtbar und spürbar sind, nicht mehr automatisch eintritt.[115]

Die Auseinandersetzung mit den tieferliegenden Ursachen und Treibern der verschiedenen Krisen scheint ein Schlüssel zur Ausrichtung der künftigen Arbeit der Umweltverbände zu sein. Ulrich Brand sieht die Ursachen all der Krisenerscheinungen in der „fossilistisch-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise", deren Absicherung in den letzten drei Jahrzehnten auch durch staatliche Krisenintervention noch gestärkt würde.[116] In den vergangenen 15 Jahren haben sich einige Autor*innen mit Degrowth- und Postgrowth-Theorien beschäftigt, deren Bestandsaufnahmen der von Brand ähneln (vgl. Schmelzer, Vetter & Vansintjan 2022). Sperfeld et al. konstatieren in einem Buchbeitrag zum Verhältnis der Umweltbewegung zur Degrowth-Bewegung, dass diese Krisendeutung nicht in der ganzen Umweltbewegung geteilt wird, dass mithin in der heterogenen Landschaft der Umweltorganisationen sehr unterschiedliche wirtschaftspolitische Positionen anzutreffen sind (Sperfeld et al. 2017: 385).

Das Netzwerk Smart CSOs warf nicht nur der Umweltbewegung, sondern generell zivilgesellschaftlichen Organisationen vor, zu sehr auf Symptome statt auf Ursachen konzentriert zu sein, Einzelthemen isoliert zu betrachten, in ihrer Arbeitsweise systemische Ursachen der Umwelt- und Klimakrise zu reproduzieren und durch Abhängigkeit von Geldgeber*innen mehr auf kurzfristige (Projekt-) Ziele als auf langfristigen Wandel ausgerichtet zu sein (Smart CSO Lab 2015).

Ob die Kritik auf die gesamte Tätigkeit der großen Umwelt-NGOs zutreffend ist, kann hier nicht weiter analysiert werden. Ganz falsch ist die Kritik ebenso wenig wie die Argumentation neu ist. Bereits Rucht hat die Fixierung auf Projekte als die maßgebliche Form der Aktivitäten als einen zu kurz gegriffenen Kardinalfehler der Umweltverbände bezeichnet (Rucht 1999) Aber, wie bereits geschildert, haben die Umweltverbände in der Vergangenheit mit entsprechenden Publikationen und Studien durchaus systemische Entwürfe für tiefer liegende Veränderungen der deutschen Gesellschaft vorgelegt (Sperfeld, Zschiesche 2014: 86 ff.) Und nicht nur das. Die Umweltorganisationen haben in den letzten Jahren auch bereits einige Schritte unternommen, um in Bündnissen mit Gewerkschaften und Sozialverbänden Transformationsblockaden und Treiber zu analysieren und eigene Antworten darauf zu entwickeln, wie die sozial-ökologische Transformation besser gelingen kann. Auch gibt es kleine, praktisch erlebbare Nischenprojekte der sozial-ökologischen Transformation, in die auch die Umwelt- und Klimabewegung eingebunden ist (siehe u.a. Futur Zwei[117]). Dezidierte Wachstumskritik seitens der Umweltverbände ist jedoch nach wie vor nur vereinzelt, und wenn, dann in der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit der großen Organisationen wahrnehmbar. Daher besteht bei aller Fokussierung seitens der Umweltverbände auf das Gelingen in der Um- und Durchsetzung von projektförmigem Klima,- Umwelt- und Naturschutz auch die Aufgabe, die neuen Lagen aus den multiplen Krisen in ihren jeweiligen Zusammenhängen kritisch aufzuarbeiten.

So dürften die Veränderungen in der Akteurslandschaft selbst schon eine Antwort auf die Krisenlagen sein –radikalere Bewegungsakteure wie Ende Gelände, Extinction Rebellion und die Letzte Generation konnten im letzten Jahrzehnt Zulauf generieren, auch weil die Herangehensweisen an die zu bewältigenden Aufgaben vor allem der großen Umweltorganisationen in Teilen der überzeugten Kreise nicht mehr als ausreichend wahrgenommen wurden. Spezialisiertere Think-Tanks wie PowerShift, Finanz-Wende und Konzeptwerk Neue Ökonomie setzen entweder an den Wurzeln der wahrgenommenen Treiber der Umweltkrisen an oder spezialisieren sich auf klar vermittelbare Themen, Lösungsansätze und die jeweilige Krisenbearbeitung. Dies gilt auch für Organisationen wie Plant for the Planet und KLUG e. V.

Die großen Umweltorganisationen haben es ohne diese klar erkennbaren Fokusse schwerer, ihre Erfolge zu vermitteln und den Erwartungen ihrer Unterstützer*innen nachzukommen, z. B. die Balance zwischen den einzelnen Krisenthemen zu halten. Insgesamt kann man beobachten, dass die Arbeit an Klimathemen sehr stark zugenommen hat. Es gibt eigene Dachverbands- und Bündnisstrukturen wie die Klimaallianz. Es gibt Bewegungsakteure mit ganz eigenen Claims, Aktive mit eigenem Habitus, die teilweise im Wettbewerb mit den Umweltorganisationen stehen, die versuchen, den Spagat zwischen Umwelt-, Klima- und Naturschutzthemen zu halten und/oder eine eigene Profilierung betreiben.

Aber welche Strategien sind für die Umweltorganisationen vielversprechend? Dem Ruf nach radikaleren, tiefgreifenderen Ansätzen folgen (z.B. Klein, 2016)? Die Interviewpartner*innen aus den Umweltorganisationen äußerten sich zu möglichen radikaleren, tiefgreifenderen Ansätzen eher vorsichtig bis ablehnend. Der Ansatz, den die Letzte Generation verfolgt, scheint nicht auf die nötige Resonanz zu stoßen, die man braucht, um langfristig in der Gesellschaft eine Mehrheit zu überzeugen. Große Umweltorganisationen verlieren durch eine Radikalisierung eher an Zuspruch, so der Tenor aus den Interviews. Und in Teilen stimmt die These der fehlenden Radikalität der großen Umweltverbände auch nicht. Denn wer sich wie die DUH oder Greenpeace mit BMW, Volkswagen, Wintershall Dea oder Mercedes-Benz, also mit Großkonzernen und Teilen der deutschen Industrieelite juristisch anlegt, ist nicht nur mutig, sondern geht Risiken für die eigene Organisation ein.[118] Und hinsichtlich der Forderung zur Radikalisierung in den Aktivitäten ähnlich wie bei der Letzten Generation formuliert es ID 7 so: „Das wird uns nicht näher an die Ziele bringen. Das wird uns auch politisch eher an den Rand drängen."

[116] Siehe: https://www.boell.de/sites/default/files/multiple_krisen_u_brand_1.pdf ; letzter Zugriff 07.07.2024.

[117] Zukunftsarchiv, Geschichten des Gelingens: https://futurzwei.org/ (24.07.2024).

[118] Siehe u.a. https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-und-greenpeace-verklagen-deutsche-konzerne-auf-klimaschutz/ siehe auch: https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-geht-mit-klimaklage-gegen-mercedes-benz-in-die-naechste-instanz/ sowie (26.07.24).

Mögliche strategische Ansätze, die künftigen Herausforderungen zu meistern, die in einzelnen Organisationen auch schon teilweise angewandt werden, sind:

- *Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, die darauf spezialisiert sind, einzelne systemische Ursachen der nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise zu bearbeiten. Die Umweltverbände bauen sich mittelbar über diesen Weg Kompetenzen in Feldern wie z. B. der Finanzwirtschaft und dem nachhaltigen Wirtschaften auf, die entscheidend für die sozial-ökologische Transformation sind.*

- *Gemeinsame strategische Klagen gegen umwelt-, klima- und naturschutzpolitische Missstände wie beispielsweise bei der Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz 2021.*

- *Die verstärkte Kooperation mit Organisationen, die sich für soziale Belange einsetzen, um mit ihnen gemeinsam Kampagnenarbeit z. B. zu legislativen Projekten (Beispiel Lieferkettengesetz) zu machen.*

- *Kritische und ehrliche Überprüfungen der eigenen Arbeitsweise und der Wachstumsparadigmen der eigenen Organisation und von strategischen Partner*innen wie etwa Unternehmen; Bestandsaufnahme, welche der Projekte in Summe tatsächlich zum gesellschaftlichen Wandel beitragen.*

- *Aufbau von Kapazitäten, die die Entwicklung von neuen oder auch alten Technologien (z. B. KI oder Kernkraft) kritisch bilanzieren und ausgewogen dazu kommunizieren können.*

Die Krisenmüdigkeit macht auch vor den Umwelt-NGOs selbst nicht Halt. Dabei hat die Covid-19-Pandemie seit 2020 zunächst zur Mobilisierung von Zusatzkräften für z. B. die Umstellung auf Onlineformate und digitale Arbeitsweisen geführt. Zudem wurden Konzepte wie Green Recovery für Deutschland mitentwickelt. Diese Zusatzkräfte stehen aber nicht unbegrenzt und dauerhaft zur Verfügung. Oder sie verpuffen angesichts der kommunikativen Herausforderungen und medialen Aufladung, wie das Beispiel der Krisenlage zur Gasversorgung, die Turbo-Genehmigungen von LNG-Terminals oder die Debatten um das Gebäudeenergiegesetz gezeigt haben. ID1 beschreibt diese neue Lage als „niemals gekannte Regression in der Anwendung vom Umweltrecht". Umweltorganisationen berichten in diesem Zusammenhang von einer starken Arbeits- und psychischen Belastung der Hauptamtlichen, die sich besonders in der Überforderung kleiner Organisationen und Untergliederungen äußert. Das fehlende Bild einer positiven Zukunft und wirksamer Bewältigungsstrategien fordert mehr Aufmerksamkeit für eine intakte psychische Resilienz in den Organisationen, denen die Führungskräfte nachkommen müssen.

In Zeiten multipler Krisen wächst der Bedarf an inhaltlichen, instrumentellen und organisatorischen Innovationen und neuen konzeptionellen Ansätzen. Vielen Umweltorganisationen ist es in den letzten Jahren gelungen, sich stark zu professionalisieren. Die Stärke der Umweltverbände wird künftig aber auch davon bestimmt sein, wie es gelingt, die eigene Basis und Mitarbeitendenschaft weiterhin zu motivieren, und das im Zweifel auch ohne das Wachstum an Mitarbeitenden und Budgets der letzten Jahre. Es ist zu erwarten, dass den Verbänden in Zukunft eher weniger Ressourcen als früher zur Verfügung stehen werden, was zu internen Debatten über die eigene Wirksamkeit und zur Priorisierung von Themen Anlass gibt.[119]

Aber Konzentrationsprozesse können auch zu mehr Wirksamkeit führen, wenn sie mit klarem strategischem Fokus geführt werden. Angesichts dieser Entwicklung scheint es außerdem ratsam, bei der Ausrichtung und den innerverbandlichen Debatten der jungen Generation besonderes Gehör zu schenken, damit die Themensetzung durch die Alteingesessenen nicht zementiert wird und den Jungen die Lust daran vergeht, die Organisationen mitzugestalten. Das heißt zuallererst, ein offenes Ohr für die Jugendorganisationen zu haben und ihnen Frei- und Experimentierräume zur Verfügung zu stellen.

Vorbereiten müssen sich die Umweltorganisationen darauf, vermehrt durch den Staat oder durch private Akteure selbst unter Druck zu geraten. Beispiele wie der Entzug der Gemeinnützigkeit bei zu stark empfundener politischer Betätigung, der vereinzelte Einsatz von SLAPP[120] oder die teilweise harten strafrechtlichen Maßnahmen gegen Mitglieder der Letzten Generation sind nicht zu vergleichen mit deutlich drastischeren Maßnahmen gegen Umwelt-NGOs

[119] Es ist noch zu früh, die Stagnationen oder sogar Rückgänge bei bestimmten strukturellen Kennzahlen beim WWF, beim BUND oder auch beim NABU als Ausdruck der Überschreitung der jeweiligen Wachstumszenite zu sehen. Dies wird man sicher erst in der Rückschau in fünf Jahren bewerten können.

[120] SLAPP = engl. strategic lawsuit against public participation = Strategische Klage gegen öffentliche Beteiligung. Das in Deutschland bekannteste SLAPP-Verfahren betrifft den Autor und Filmemacher Alexander Schiebel und Karl Bär vom Umweltinstitut München, die von fast 1.400 Südtiroler Bauern wegen übler Nachrede verklagt wurden.

[121] Siehe Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder im Frühjahr 2024 u. a. unter: https://www.nn.de/politik/burgerentscheide-und-verbandsklage-markus-soder-will-die-burger-ausbremsen-das-ist-falsch-1.14305280 (24.6.2024).

[122] 2006 wurde das Umweltrechtsbehelfsgesetz erstmals in Deutschland erlassen, das anerkannten Umweltverbänden die Verbandsklage auf Bundesebene erweitert ermöglichen sollte. Doch statt die Klagerechte aufgrund EU- und völkerrechtlicher Vorgaben entsprechend zu erweitern, schränkte die Bundesregierung sie auf die nach § 42 VwGO bestehende subjektive Betroffenheit ein und machte sie damit praktisch wirkungslos. Dies wurde durch den EuGH 2011 aufgehoben. Seitdem besteht in Deutschland eine umfassende Verbandsklage im Umwelt- und Naturschutz.

auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten (u. a. Polen und Ungarn). Aber sie sind „Begleiterscheinungen" von heftigeren Kämpfen und gesellschaftlichen Widersprüchen. Die Gefahr vor politischen Rückschritten, Durststrecken in der Umweltpolitik und schrumpfenden Wirkungsräumen von Umweltorganisationen ist real. Seit 2011 wurden beispielsweise die rechtlichen Spielräume für strategische Verbandsklagen von anerkannten Umweltorganisationen enorm breiter und in der Sache tiefer. Es besteht auf dem juristischen Spielfeld damit praktisch Augenhöhe zwischen den Treibern der sozial-ökologischen Transformation und ihren Gegnern. Juristische Instrumente werden in der Öffentlichkeit immer auch als politische Instrumente wahrgenommen, weil eine unabhängige Justiz in einem Rechtsstaat wie Deutschland gewissermaßen als „Schiedsrichter" angesehen wird. Nun sollen mit Greenpeace und dem WWF durch Änderung des Umweltrechtsbehelfsgesetzes 2024 weitere große deutsche Umweltorganisationen das Recht der Anerkennung bekommen und somit auch Klagerechte geltend machen können. Das wird die Gegner der großen Umweltverbände eher anstacheln, die Klageinstrumente für die anerkannten Umweltverbände politisch tendenziell wieder einzuschränken, wie das 2006 bereits durch einen entsprechenden rechtlichen Trick der damaligen Großen Koalition gelungen ist.[121, 122]

3.2 SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Das Paradigma der Nachhaltigkeit wurde zunächst durch den Begriff einer Großen Transformation geprägt (vgl. WBGU 2011) und später als sozial-ökologische Transformation weiterentwickelt. Im Gutachten des WBGU wurden grob Wege skizziert, wie der Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaftsweise – wissensbasiert und strategisch gesteuert – ablaufen könnte. Zentrales Element war ein neuer Gesellschaftsvertrag, der das Ziel der Dekarbonisierung des Lebens und Wirtschaftens durch staatliche Steuerung mit erweiterten Beteiligungsformaten für die Bürger*innen vorsieht. Die „sozial-ökologische Transformation" hat sich seitdem im Sprachgebrauch von progressiven Kräften – aber nicht nur bei diesen – verankert.[123] Der Terminus wird als Prozessbeschreibung und auch als Weiterentwicklung des eher schwammigen und inflationär gebrauchten Begriffs „Nachhaltigkeit" genutzt.

Das Konzept bleibt aber bis heute ein überwiegend akademisch rezipiertes und vor allem wenig durchkomponiertes Konstrukt, das zudem selten mit praktischen Erfolgsgeschichten des gesellschaftlichen Wandels assoziiert wird. Nach wie vor fehlt ein konsistentes, gesellschaftlich akzeptiertes Leitbild der sozial-ökologischen Transformation. Gerade in Zeiten multipler Krisen werden die sozial-ökologische Transformation und ihre Potenziale als neue Chancen nicht genutzt, sondern eher als zusätzliche und überflüssige Zumutung wahrgenommen. Die sozial-ökologische Transformationsnotwendigkeit, über die wahrscheinlich noch ein einigermaßen Konsens in der Gesellschaft herzustellen ist, mündet (noch) nicht in ein Bild oder mehrere Bilder, die als Motivation und Antrieb für einen neuen Gesellschaftsvertrag fungieren können. Ja, es ist wohl eher zu konstatieren: Eine tiefe und belastbare Veränderungsbereitschaft für die sozial-ökologische Transformation seitens der Bevölkerung in Deutschland ist gegenwärtig nicht vorhanden.[124]

Auch Umweltorganisationen haben sich mit der sozial-ökologischen Transformation beschäftigt. Der Umbau von verschiedenen Transformationsfeldern, wie Ernährungswende, Energie- und Wärmewende, Mobilitätswende, bilden zentrale Arbeitsfelder. Ein gut sichtbares, übergreifendes Leitbild oder auch ein visionäres Narrativ wurde dabei aber nicht entwickelt. An eine Übersetzung im Sinne eines „Zukunftsfähigen Deutschlands" konnte bislang nicht angeknüpft werden. Vielleicht ist der gesellschaftliche Umbauprozess inzwischen zu komplex geworden, um ihn mit einem passenden, positiv konnotierten Visionsbild zu benennen? Auch Institutionen wie das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln haben auf die drängenden Fragen bislang nur analytische Antworten und kaum konsistente neue Narrative des Gelingens erforschen und entwickeln können.[125]

Die Auffassungen in den Umweltverbänden darüber, ob noch mehr Energie in die Fundierung des akademischen Konstrukts gesteckt werden sollte, um ein konsistentes und positives Leitbild zu ent-

[123] Siehe Große Anfrage der AfD-Fraktion „Voraussetzungen und Folgen der sogenannten sozial-ökologischen Transformation", BT-Drucksache 20/9192.

[124] So auch Prof. Dr. Messner, Präsident des Umweltbundesamtes, auf der Podiumsdiskussion anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Umweltbundesamtes am 1. Oktober 2024 in Berlin.

[125] https://www.mpifg.de/forschung/contested-ecologies-de (12.07.2024).

[126] Zeit Interview mit Andreas Reckwitz: „Es findet eine Verlusteskalation statt": https://www.zeit.de/kultur/2024-01/andreas-reckwitz-soziologie-verlustparadox-liberale-demokratie ; letzter Zugriff 07.07.2024.

wickeln, oder ob vielmehr die vorhandene Kraft in die Übersetzung und in konkrete politische Forderungen gepackt werden sollten, gehen auseinander. Leitbilder in lokalen Zusammenhängen und konkrete nächste Schritte des Tuns und Veränderns seien aber dennoch notwendig. Und auch wenn es noch kein schlüssiges Konzept im Sinne einer gesellschaftlichen Vision gebe, brauche es gelingende Projekte und Ergebnisse, die sozial ausgewogen und ökologisch nachhaltig seien, so waren sich die Workshopteilnehmenden im Projekt im Januar 2024 nahezu einig.

Die BUNDjugend arbeitet mit Slogans wie „das gute Leben für alle" und setzt einige lokale Impulse durch z. B. die Unterstützung von Umsonstläden. Der BUND hat zusammen mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband zur Bundestagswahl 2021 eine „Zukunftsagenda der Vielen" entworfen, die gemeinsam getragene politische Forderungen in den verschiedenen Handlungsfeldern und damit eine Übersetzung in konkretes politisches Handeln darstellt (ID7). Außerdem experimentieren Landesverbände des BUND mit Angeboten wie Nähcafés. In ihnen wird auch die Chance zu Aktivitäten gesehen, die gegen zunehmende Individualisierung und Vereinsamung wirken und auf lokaler Ebene das Umfeld solidarischer gestalten sollen.

Themenspezifische übergreifende Kooperationen etwa des NABU und VCD zu Mobilität wurden bereits beschrieben. Diese Kooperationen zeigen, dass die soziale Absicherung des Wandels in den Organisationen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt.

Umweltorganisationen tun außerdem gut daran, ein positives Framing zu entwickeln (ID2) und den Ängsten vor Wohlstandsverlusten, einer gar beobachteten „Verlusteskalation"[126] entgegenzuwirken. Aus den Interviews geht hervor, dass empfohlen wird, selbst emotionaler zu kommunizieren, bei den Wohlhabendsten zu beginnen, die Definition von Wohlstand zu hinterfragen, Zumutungen ehrlich und transparent zu machen, die gleichmäßige Verteilung der Belastungen und soziale Abfederungen in politischen Forderungen immer mitzudenken. Auch die Zusatznutzen transparent zu machen, sei ein erfolgversprechender Weg, weil das menschliche Gehirn auf den unmittelbaren Nutzen fixiert ist. Im Gegensatz wird von erhobenem Zeigefinger und Pessimismus abgeraten (ID2).

Wichtig ist in diesem Kontext das in Deutschland und mutmaßlich in allen westlichen Demokratien vorhandene Dilemma der Medien, die als „vierte Gewalt" fungieren, die aber nach eigenen Gesetzmäßigkeiten funktionieren, zu thematisieren.[127] Häufig gilt, nur eine schlechte Nachricht ist eine gute Nachricht, denn nur diese „verkauft" sich in der Öffentlichkeit. Der Hang zu Vereinfachung und Pauschalisierung sowie zu einem Übermaß schlechter Nachrichten gerade in Zeiten multipler Krisen, die den Eindruck erwecken, es gäbe kaum noch Lösungsmöglichkeiten, trägt zum einen zur Spaltung in der Gesellschaft bei, statt Brücken zu bauen, und zum anderen verstärkt es pessimistische Grundhaltungen. Dieser hier vereinfacht dargestellte Mechanismus wird selten durchbrochen, auch wenn es Ansätze gibt, wie beispielsweise die Rubrik im „Spiegel", wo regelmäßig positive Geschichten und Meldungen zum Klimawandel, also Geschichten des Gelingens publiziert werden.[128]

Am entscheidendsten jedoch ist wohl auch der Umstand, dass die jahrzehntelange gesellschaftliche Nische, in der sich die Umweltverbände, aber auch die Partei von Bündnis90/Die Grünen mit ihren Themen und Forderungen befanden, nunmehr aufgelöst ist. Grüne Politik ist der eigentliche Mainstream, das Gebot der Stunde, nahezu die einzige Zukunftsvision und wird daher von allen – national und international – ernst genommen und deshalb auch stark bekämpft. Nunmehr geht es daher für alle, die Dekarbonisierung und Klimaneutralität in der Gesellschaft durchsetzen wollen, darum, in der Praxis zu liefern, ob das das Heizungsgesetz, das Klimagesetz oder das Klimageld ist. Durchdachte Konzepte und machbare Strategien, gut auf- und umgesetzte Gesetze, gepaart mit dem notwendigen Durchhaltevermögen, trotz Gegenwind und Versuchen der Diskreditierung: Das ist nicht einfach, aber notwendig. Die Anforderungen, denen man sich stellen muss, wenn man aus der Nische in die Mitte der Gesellschaft tritt, sind noch einmal vielfältiger und umfassender als vor etwa 20 Jahren geworden. Auch die Umweltverbände stehen vor dieser Herausforderung.

[127] Siehe hierzu u.a. https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/232061/medienkritik/ (12.10.2024).

[128] Alles Gute vom Spiegel, der Newsletter mit guten Nachrichten seit 2023.

3.3 DIE ROLLEN DER UMWELTVERBÄNDE IN ZEITEN MULTIPLER KRISEN

In Zeiten fortgesetzter multipler Krisen verändern sich auch die Arbeitsbedingungen zivilgesellschaftlicher Akteure, weil sich in Krisen Ansprüche und Prioritäten der Bevölkerung verändern und sich selbst vormals schweigende Minderheiten zu lauten Gegner*innen von ökologischen Projekten wandeln können.

Die Umweltorganisationen haben in den vergangenen Jahrzehnten ihre Rollenmodi stark ausdifferenziert. Neben den klassischen Aufgaben, die einem Rollenverständnis von Watchdogs, Kontrollinstanz und dem Agenda-Setting entsprechen, sind auch Interessenbündelungs- und Moderationsrollen hinzugekommen. Stark ausgebaute Unternehmenskooperationen zielen auf Beeinflussung von Konsument*innen und Verbraucher*innen. Alle diese Rollen fußen auf einer hohen Glaubwürdigkeit und einem hohen Ansehen der Umweltorganisationen. Dahinter steckt die Gewissheit in der Bevölkerung, dass die Umweltverbände wissen, was sie fordern, weil sie im Zweifel immer einen Schritt voraus sind. In der Übersicht hatten die Autor*innen 2014 folgende Rollenmodi und aufgefächerte Rollen, in denen Umweltverbände interagieren, zusammengetragen:

Abbildung 19: Rollen und Aufgaben von Umweltorganisationen in der Großen Transformation[129]

Die damals aufgestellte Hypothese, dass sich die vielfältigen Modi in Zeiten der Großen Transformation, nunmehr der sozial-ökologischen Transformation, noch einmal deutlich erweitern würden, scheint so nicht einzutreten. Insbesondere den Wunsch nach „der Ausgestaltung und damit der Legitimation des auszuhandelnden Gesellschaftsvertrages"[130] können die Umweltverbände nicht erfüllen.

In Zeiten, in denen die Umweltverbände nicht mehr nur als gesellschaftsgestaltende Akteure, sondern auch als Störer wahrgenommen werden, schränken sich demgemäß ihre verschiedenen Rollenmodi – je nach Perspektive – ein. Das wiederum schränkt auch die Spielräume des zivilgesellschaftlichen Sektors insgesamt ein, in der bislang jede Organisation bequem ihre Nische und ihr Alleinstellungsmerkmal gefunden hatte und von Jahr zu Jahr größer wurde.

Auffallend ist in dem Kontext, wie viele Umweltorganisationen inzwischen die Anerkennung gemäß Umweltrechtsbehelfsgesetz bzw. nach den Landesnaturschutzgesetzen angestrengt haben, um im Zweifel vor Gericht klagen zu können und wie viele diese Rechte in der Praxis tatsächlich wahrnehmen. Mittlerweile sind über 400 Umweltorganisationen bundes- und landesweit anerkannt.[131] Aber nicht mal 40 davon haben im Zeitraum 2021 bis 2023 von ihren Klagerechten Gebrauch gemacht, obwohl strategische Klagen inzwischen ein Hauptinstrument der Tätigkeit der Umweltverbände insgesamt darstellen und auch eine entsprechende Wucht im politischen Raum entfalten.[132]

[129] Rollen und Aufgaben von Umweltorganisationen in der Großen Transformation in: Sperfeld/Zschiesche, 2014 S. 82.

[130] Vortrag von Inge Paulini auf dem Workshop: „Treiber der Transformation? Einfluss und Gestaltungskraft von Umwelt-NGOs" am 08.01.2013 in Berlin, eigene Mitschrift.

[131] Siehe https://www.umweltbundesamt.de/dokument/vom-bund-anerkannte-umwelt-naturschutzvereinigungen-0 (22.7.2024).

[132] Vortrag Dr. Michael Zschiesche auf der Tagung zu Verbandsklagerechten am 16. Und 17. Mai 2024 in Berlin, Ergebnisse unter www.ufu.de.

3.4 KOMMUNIKATION UND ÖFFENTLICHER DISKURS

Ob in einer Kampagne, in Ansprache von Unterstützer*innen und in Lobbygesprächen – der Großteil der Arbeit der Umweltorganisationen ist kommunikativ ausgerichtet. Entsprechend spielte Kommunikation eine wichtige Rolle im Rahmen der Interviews und im Workshop. Konstatiert wurde zunächst, dass sich auch die Rahmenbedingungen der Kommunikation verändert hätten: Umweltorganisationen beobachteten eine immer größere Aufmerksamkeitsökonomie, in der es schwerer wird durchzudringen und eigene Geschichten zu erzählen. Die Öffentlichkeit wird als in Echokammern fragmentiert wahrgenommen, in der unvermittelte bzw. direkte Kommunikation gegenüber der durch Journalist*innen vermittelten Kommunikation wichtiger geworden ist. Es wird als Aufgabe der Umweltorganisationen angesehen, mit Faktenchecks zu arbeiten (ID9), sich an ihre Unterstützer*innen zu wenden, um diese weiter an gesellschaftliche Konsense wie Klimaschutz zu binden, und auch Social Media professionell zu bespielen, um es nicht den Rechtspopulist*innen zu überlassen. Dafür sei es von Vorteil, auch eigene Gesichter aufzubauen oder mit Influencer*innen zusammen zu arbeiten, die bereits eine große Reichweite haben, die aber nicht nur Nischenthemen bearbeiten. Allerdings wird die Aufgabe, z. B. auch TikTok zu bespielen, vor allem für die großen Organisationen gesehen. Ob sich der Aufwand für die kleinen Organisationen lohnt und sie eine Reichweite aufbauen können, wird kritisch hinterfragt.

Auch aus den Bauernprotesten 2024 könnten die Umweltorganisationen viel lernen, z. B. dass es nach wie vor wichtig ist, starke Bilder zu produzieren, punktuell zu mobilisieren und einen medialen Hype zu erzeugen. Auch Arbeitsteilung in der Bewegung mit einem radikaleren Flügel und einem gemäßigteren wäre eigentlich eine vorteilhafte Vorgehensweise, wobei derzeit für die Umweltbewegung Vorsicht mit negativ besetzten Protestformen angesagt sei. Die öffentliche Einschätzung dazu, was gesellschaftlich als legitime Durchsetzung von Interessen angesehen wird, habe zwischen Bauern und etwa der Letzten Generation stark variiert – wobei beide z. B. Straßenblockaden genutzt haben. Weitere Ratschläge, die während des Workshops ausgetauscht wurden, waren:

- *Kampagnen, die lebensweltlich greifbar sind und unmittelbar vorteilhaft für das angesprochene Individuum sind, kommen etwa auf Social Media gut an.*
- *Komplexität ist nicht immer schlecht und Vereinfachung nicht immer gut; dennoch braucht es eine Reduktion der Komplexität.*
- *Öfter die eigene Bubble zu verlassen und sich mit anderen Gruppen konfrontieren, z. B. mit einem Stand auf der Grünen Woche, auf Dorffesten und Festivals, kann helfen, die Kommunikation mit verschiedenen Zielgruppen zu kalibrieren und herauszufinden, welche Argumente ankommen und bei welchen sich die Gesprächstemperatur verändert.*
- *Weiter auf ehrliche Kommunikation zu setzen, die einräumt, dass Veränderungen Einschränkungen bedeuten. Es muss erklärt werden, dass gerade unruhige Zeiten anstehen.*

Zur Themenauswahl war unumstritten, dass ein Themenfokus auf die Konflikt- und Krisenbeschleuniger, wie z. B. fossile Energien, wichtig ist. Auch die Priorisierung der öffentlich sichtbar bespielten Themen wurde mehrfach hervorgehoben. Eine stärkere Arbeitsteilung und Absprache zwischen den Organisationen wurde aber als vorteilhaft angemahnt, um neben dem Fokus auf die Kernaufgaben auch in Nebenthemen wie Boden- und Gewässerschutz fundiertes Expert*innenwissen vorhalten zu können. Kontrovers diskutiert wurde, wie viel Energie in die Stellungnahmen zu anderen progressiven Themen, etwa Migration und LGBTQIA+-Rechte gehen sollte. Während ein Teil der Diskutierenden es wichtig fand, die Breite der Bewegung dadurch zu stärken und die Reichweite zu nutzen, hoben andere hervor, dass der Fokus der Organisationen dadurch weniger sichtbar wäre und laute Gegenstimmen dazu führten, dass sich die Fragmentierung in der Öffentlichkeit weiter verstärke und gar eine Polarisierung einträte.

Die Kooperation zwischen den Umweltorganisationen ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich ausgebaut worden. Beispielhaft sei der wöchentlich stattfindende Jour fixe der Spitzen der Umweltorganisationen zum Austausch über die aktuelle Lage genannt, der sich maßgeblich aus der engen Abstimmung in der Kohlekommission entwickelt hat. Die Organisationen haben untereinander ein Vertrauensverhältnis aufgebaut und spielen ihre verschiedenen Stärken aus. Dazu hat auch maßgeblich der Aufbau von Kapazitäten im Dachverband DNR beigetragen. Wie schon erwähnt, sind Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen wie Gewerkschaften und Sozialverbänden keine Seltenheit mehr.

Das Erstarken des Rechtspopulismus und rechtsextreme Tendenzen sind eine weitere virulente Gefahr, die im Gespräch mit Verbandsfunktionär*innen als Herausforderung bezeichnet wird und mit der sich immer mehr Umweltorganisationen direkt beschäftigen. Umweltorganisationen berichten von Übernahmeversuchen durch gezielte „Massen"-Eintritte in eine Untergliederung, Versuche der Kooperation, Besetzung von Themen und Diskursen mit rechtsextremen oder populistischen Narrativen, aber auch einen stark veränderten Diskursraum, in dem Umweltorganisationen selbst zur Zielscheibe von Hass und Hetze werden. Die Gefahr einer weiteren Veränderung des Diskursraumes verbunden mit der Negierung wissenschaftlicher Fakten, etwa zum Klimawandel, könne zu einem Rollback in der Umwelt- und Naturschutzpolitik führen und auch die Arbeitsgrundlagen, wie z. B. staatliche Förderung, tangieren (ID2). Diskurse, in denen Rechtsextreme versuchen Einfluss zu gewinnen, sind:

- *Artenschutz gegen Klimaschutz verteidigen, z. B. in Anti-Windkraft-Protesten*
- *Begriffe und emotional aufgeladene Bedeutungen wie Kulturlandschaft, Heimat und deutscher Wald zu besetzen*
- *Neobiota und invasive Arten*
- *Bioregionalismus*
- *Überbevölkerung*[133]

Umweltorganisationen haben eine große Aufgabe, Ehrenamtliche für die Begegnung von rechtspopulistischen und rechtsextremen Strömungen zu sensibilisieren und zu schulen, weiter auf faktenbasierten Positionen zu setzen, um Zweifeln zu begegnen, aber auch selbst nicht ohne Not das Vertrauen in demokratische Verfahren und Institutionen zu untergraben. Dazu zählt auch, dass sie selbst eine Sprache verwenden, die die wahrgenommene Spaltung nicht verschärft. Narrative wie Ökozid und Heimatzerstörung kann hier eher kontraproduktiv sein.

Organisationen können sich als Zivilgesellschaft für Räume einsetzen, in denen Bürger*innen die Gelegenheit haben, sich zu beteiligen, für monetäre Beteiligung[134] und die soziale Abfederung von Umweltschutz oder klimapolitischen Maßnahmen zu streiten und daran mitzuwirken, Stadt-Land-Konflikte zu entschärfen. Wichtig ist vor allem, dass sie sichtbar sind, z. B. mit der Fahrradwerkstatt, der Apfelsaftpresse und Naturerlebnissen auch im ländlichen Raum, und dabei als zivilgesellschaftliche Organisation gut erkennbar sind.

[133] Rechte Aktivitäten im Naturschutz. Eine Information des NABU; Siehe: https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/nabu/220718-nabu-broschuere-rechte-aktivitaten-im-naturschutz.pdf ; letzter Zugriff 12.07.2024.

[134] beispielsweise in Bürgerwindparks.

4 — LITERATUR-VERZEICHNIS

Banse, Philip, Buermeyer, Ulf (2023): Baustellen der Nation, Ullstein Buchverlage, Berlin.

Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland (2023): Zum Stand der Deutschen Einheit. Bericht der Bundesregierung 2023. Online abrufbar unter: https://www.publikationen-bundesregierung.de/re-source/blob/2277952/2226090/19e8d0dba83e65e132668383293 66e15/zum-stand-der-deutschen-einheit-2023-download-bk-amt-data.pdf?download=1 [10.06.2024].

Bitschnau, Marco (2023): Transformation oder Bahnrabatte? Zu den Forderungsdilemmata der Letzten Generation. In: Klein, Ansgar; Legrand, Hans-Josef; Rohwerder, Jan; Roose, Jochen (Hg.) Forschungsjournal Soziale Bewegungen – Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft (FJSB), 36(3), 1-13. Berlin. Online abrufbar unter: https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2023-3_bitschnau.pdf [10.07.2024].

Brand (2008): Umweltbewegung (inkl. Tierschutz), In: Roland Roth und Dieter Rucht (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: ein Handbuch, S. 219-244, Campus Verlag, Frankfurt.

Dresing, Thorsten; Pehl, Thorsten (2018): Interview, Transcription & Analysis-Guides and Rules for qualitative research. Marburg: Self-Publishing.

Freier, Anna Nora; Schneider, Josua (2022): Die Arktis brennt – Zur verlorenen Zukunft in Katastrophennarrativen von Klimaprotestbewegungen. In: Zilles, Julia; Drewing, Emily; Janik, Julia (Hg.) Umkämpfte Zukunft, 95-122. Bielefeld.

Gentes, Timo; Löning, Lina; Trapp, Alena (2020): Nähe und Distanz. Das Verhältnis zwischen Umwelt-NGOs und Fridays for Future. In: Haunss, Sebastian; Sommer, Moritz (Hg.) Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel, 7-14. Bielefeld.

Göpel, Maja, Jauer, Marcus (2022). Wir können auch anders. Aufbruch in die Welt von morgen. Ullstein.

Grande, Edgar (2021). Entwicklungen und Herausforderungen der Zivilgesellschaft in Deutschland. In Grande, Brigitte, Grande, Edgar, Hahn, Udo (Hrsg.), Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland (S. 165-182). Transcript.

Grüne Liga (2011): GRÜNE LIGA 2011. Wir tun was, Mensch. Jahresbericht 2011. Online abrufbar unter: https://www.grueneliga.de/images/Dokumente/grueneliga_jahresbericht_2011.pdf [18.07.2024].

Grunert, Johannes; Guglielmino, Sara; Kollenbroich, Philipp; Kubeth, Levin; Ramm, Wiebke; Rockenmaier, Sophia; Schaible, Jonas; Wiedmann-Schmidt, Wolf (2023): Gegen die Wand. Der Spiegel, 34, 8-15. Hamburg.

Guntenhöner, Lena (2023). Im Osten was Neues. Stiften in Ostdeutschland. Online verfügbar: https://www.stiftungswelt.de/dossier/im-osten-was-neues.html [29.07.2024].

Habermas, Jürgen (2022). Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Suhrkamp Verlag.

Haunss, Sebastian; Sommer, Moritz; Fritz, Lisa (2020): Fridays for Future. Konturen einer Protestbewegung. In: Haunss, Sebastian; Sommer, Moritz (Hg.) Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel, 7-14. Bielefeld.

Haunss, Sebastian; Daphi, Priska; Dollbaum, Jan Matti; Grimm, Jannis; Meier, Larissa (2023). Klimaproteste in Deutschland – wenig Abgrenzung zwischen den Protestgruppen. Ipb Mitteilung.

Hummel, Siri; Pfirter, Laura & Gerner, Flavia (2023): Da ist Diverses möglich - Wege der Umsetzung von Diversität und Inklusivität in zivilgesellschaftlichen Organisationen. In: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft (Hg.): Opusculum Nr. 174, Berlin. Online abrufbar unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/86767/ssoar-2023-hummel_et_al-Da_ist_Diverses_moglich_-.pdf?sequence=4&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2023-hummel_et_al-Da_ist_Diverses_moglich_-.pdf [17.07.2024].

Hummel, Siri., Pfirter, L.aura, & Strachwitz, Rupert Graf (2022). Zur Lage und den Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft in Deutschland: ein Bericht. (Opuscula, 159). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-76997-7 [06.12.2024]

Hurrelmann, Klaus; Albrecht, Erik (2020): Generation Greta: Was sie denkt, wie sie fühlt und warum das Klima erst der Anfang ist, Beltz Verla, Weinheim, Basel.

Kaufer, Ricardo (2023): Letzte Generation: Konflikte, Grenzen und Aussichten. In: Klein, Ansgar; Legrand, Hans-Josef; Rohwerder, Jan; Roose, Jochen (Hg.) Forschungsjournal Soziale Bewegungen – Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft (FJSB), 36(2), 1-21. Berlin. Online abrufbar unter: https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2023-2_kaufer.pdf [10.07.2024].

Kaufer, Ricardo; Albrecht, Anton (2022): Aufstand der letzten Generation. Aktionsformen und Legitimationsargumente. In: Klein, Ansgar; Legrand, Hans-Josef; Rohwerder, Jan; Roose, Jochen (Hg.) Forschungsjournal Soziale Bewegungen – Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft (FJSB), 35(4), 1-24. Berlin. Online abrufbar unter: https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2022-4_albrecht_kaufer.pdf [10.07.2024].

Kausmann, Corinna, Burkhardt, Luise, Rump, Boris, Kelle, Nadiya, Simonson, Julia, Tesch-Römer, Clemens (2019). Zivilgesellschaftliches Engagement. In Krimmer Holger (Hrsg.), Datenreport Zivilgesellschaft (S. 55-91). Springer VS.

Klein, Naomi (2016): Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main.

Krimmer, Holger, Priemer, Jana (2013). ZiviZ-Survey 2012. Zivilgesellschaft verstehen. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

Kuckartz, Udo (2018). Qualitative Inhaltsanalyse: Methoden, Praxis, Computerunterstützung (4. Auflage). Beltz Juventa.

Langsdorf, Susanne, Hofmann, Elena (2014). Die Umweltbewegung in der DDR und die Umweltpolitikberatung in den neuen Bundesländern. Online abrufbar unter: https://geschichte-umweltpolitikberatung.org/sites/default/files/OralHistory_DDR_final.pdf [18.07.2024].

Leitner, Christine (2023): Bespuckt, geschlagen, bedroht: Nimmt die Gewalt gegen Klimaaktivisten zu? Stern. Online abrufbar unter: https://www.stern.de/panorama/verbrechen/letzte-generation--zahlen-zur-gewaltbereitschaft-gegenueber-klimaaktivisten-33806952.html [10.07.2024].

Mez, Lutz (2021). Umweltschutzverbände. In Andersen, Uwe, Bogumil, Jörg, Marschall, Stefan, Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (8. Auflage). Springer VS. Online abrufbar unter: https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202197/umweltschutzverbaende/ [10.06.2024].

Mucha, Witold; Soßdorf, Anna; Ferschinger, Laura; Burgi, Viktor; Krach, Phillip (2023). Entscheidungsfindung und Einfluss bei Fridays for Future. Zur Rolle von Basisdemokratie, Hierarchien und Expertise. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33(3), 387-415.

NABU (2023): NABU Report. Naturschutz in Sachsen. Online abrufbar unter: https://sachsen.nabu.de/imperia/md/content/sachsen/240108-nabu-report-2023-web.pdf [18.07.2024].

Ockers, Tom (2023): Drama Klimaschutz – Warum Wissenschaft und Proteste scheitern. Das Erste. Online abrufbar unter: https://www.ardmediathek.de/video/ard-wissen/drama-klimaschutz-warum-wissenschaft-und-proteste-scheitern/das-erste/Y3JpZDovL21kci5kZS9zZW5kdW5nLzI4MTA2MC8yMDIzMTIwNDIyNTAvc29uZGVyc2VuZHVuZy1tZHItaWotZXJzdGVuLTEyNA [10.07.2024].

Radkau, Joachim (2011): Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. C.H. Beck Verlag, München.

Rockström, Johan; Will, Steffen; Noone, Kevin; Persson, Åsa; Chapin F. Stuart; Lambin, Eric F.; Lenton, Tim M. et al. (2009): A Safe Operating Space for Humanity. In: Nature 461(7263), 472–75. Nature Publishing Group, London. Online unter: https://www.nature.com/articles/461472a [17.07.2024].

Rockström, Johan; Gupta, Joyeeta; Qin, Dahe et al. Safe and just Earth system boundaries. Nature 619, 102–111 (2023). https://doi.org/10.1038/s41586-023-06083-8.

Rucht, Dieter (2019): Faszinosum Fridays for Future, Aus Politik und Zeitgeschichte, ISSN 2194-3621, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Vol. 69, Iss. 47/48, 4-9. Online abrufbar unter: http://www.bpb.de/apuz/300410/faszinosum-fridays-for-future [18.07.2024].

Rucht, Dieter (2023): Die Letzte Generation – Beschreibung und Kritik. ipb working papers, 2023(1) Berlin. Online abrufbar unter: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2023/04/WP_1.2023.pdf [10.07.2024].

Rucht, Dieter; Rink, Dieter (2020): Mobilisierungsprozesse von Fridays for Future. In: Haunss, Sebastian; Sommer, Moritz (Hg.) Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel, 7-14. Bielefeld.

Schmelzer, Matthias; Vetter, Andrea; Vansintjan, Aaron (2022): The future is degrowth: A guide to a world beyond capitalism. Verso Books.

Schönberger, Philipp; Schlichter, Emmanuel; Selinger, Joschka; Hummel, Siri; Dolinga, Sophie; Bohlmann, Marie; Blankenstein, Leonie; Roquette, Simon; Wolfrum, Samira; Brückner, Jennifer; Ketterer, Sarah (2023): Green Legal Spaces. Report 2023. Beschränkung politischer Teilhaberechte der Klimabewegung in Deutschland, 52 Seiten, Berlin.

Schroeder, W., Frohn, H., Bänfer, K., Laurisch, M., Schulte, R. (2022). Rechte Aktivitäten im Naturschutz. Eine Information des NABU. NABU-Bundesverband.

Schubert, Peter, Tahmaz, Birthe, Krimmer, Holger (2022). Vereine in Deutschland im Jahr 2022. Aktuelle Zahlen zum Strukturwandel der unterschiedlichen Geschwindigkeiten,Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.; Essen.

Schubert, Peter; Tahmaz, Birthe; Krimmer, Holger (2023): Erste Befunde des ZiviZ-Survey 2023 Zivilgesellschaft in Krisenzeiten: Politisch aktiv mit geschwächten Fundamenten. Berlin: ZiviZ im Stifterverband.

Simonson, Julia, Kelle, Nadiya, Kausmann, Corinna, Karnick, Nora, Arriagada, Céline, Hagen, Christine, Hameister, Nicole, Huxhold, Oliver, Tesch-Römer, Clemens (2019). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019).

Smart CSOs Lab (2015): REimagining activism. A practical guide for the Great Transition. Online abrufbar unter: https://chancengestalten.de/wp-content/uploads/2018/05/must_read!!_reimagining_activism_guide.pdf [01.07.2024].

Sommer, Moritz; Haunss, Sebastian; Gardner, Beth Gharrity; Neuber, Michael; Rucht, Dieter (2020): Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019. In: Haunss, Sebastian; Sommer, Moritz (Hg.) Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel, 7-14. Bielefeld.

Sommer, Moritz; Rucht, Dieter; Haunss, Sebastian; Zajak, Sabrina (2019): Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland. Ipb working paper servies, 2/2019. Berlin: ipb.

Sperfeld, Franziska; Niebert, Kai; Klostermeyer, Theresa; Ebert, Hauke (2017): Winning the Campaign – but losing the Planet – Stärken und Schwächen der Umweltbewegung auf dem Weg in eine erwachsene Gesellschaft. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.): Degrowth in Bewegung(en). Oekom Verlag, München.

Sperfeld, Franziska; Zschiesche Michael (2014): Umweltverbände als relevante Akteure nachhaltiger Transformationsprozesse, Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. Berlin. Online abrufbar unter: https://www.ufu.de/wp-content/uploads/2023/02/Transformation_Umweltverbaende_Studie.pdf [17.07.2024].

SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen) (1996): Umweltgutachten 1996 des Rates von Sachverständi-gen für Umweltfragen. Zur Umsetzung einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung. Drs. 13/4108 des Deutschen Bundestages, 13. Wahlperiode. Online abrufbar unter: https://www.umweltrat.de/Shared-Docs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/1994_2000/1996_Umweltgutachten_Bundestagsdrucksa-che.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [29.07.2024].

TAZ (2023): Datenleak bei Letzte Generation: Tausende Aktivist:innen betroffen. TAZ. Online abrufbar unter: https://taz.de/Datenleak-bei-Letzte-Generation/!5913527/ [10.07.2024].

Teune, Simon (2020): Schulstreik. Geschichte einer Aktionsform und die Debatte über zivilen Ungehorsam. In: Haunss, Sebastian; Sommer, Moritz (Hg.) Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel, 7-14. Transcript Verlag, Bielefeld.

Waldinger, Maria; Rainer, Helmut; Ludwig, Markus; Flückiger, Matthias; Wichert, Sebastian; Fabel, Marc (2023): The Power of Youth: The Impact of the" Fridays for Future" Climate Movement on Voters, Politicians, and the Media. Online abrufbar unter: https://www.researchgate.net/publication/372630956_The_Power_of_Youth_The_Impact_of_the_Fridays_for_Future_Climate_Movement_on_Voters_Politicians_and_the_Media [06.12..2024].

WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Zusammenfassung für Entscheidungsträger. Online abrufbar unter: https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011_ZfE.pdf [08.07.2024].

Weßels, Bernhard (2021). Politische Integration und politisches Engagement. In Datenreport 2021 – Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Kapitel 11: Politische und gesellschaftliche Partizipation (S. 378-407).

Zimmer, Annette; Priller, Eckhard (2023): Der Nonprofit Sektor in Deutschland. In: Betrifft Bürgergesellschaft Ausgabe 22/46 der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online abrufbar unter: https://library.fes.de/pdf-files/pbud/19815.pdf [17.07.2024].

Zschiesche, Michael (2003). Umweltschutz in Ostdeutschland – Versuch über ein schnell verschwundenes Thema. In Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 27/2003 (S. 33-38). Online verfügbar unter: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/27550/umweltschutz-in-ostdeutschland-versuch-ueber-ein-schnell-verschwundenes-thema/ (zuletzt abgerufen am: 10.06.2024).

Franziska Sperfeld *ist Umweltwissenschaftlerin und leitet das Fachgebiet Umweltrecht und Partizipation am UfU.*
Kontakt: franziska.sperfeld@ufu.de.

Dr. Michael Zschiesche *ist Ökonom und Jurist und Geschäftsführer des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU e. V.).*
Kontakt: michael.zschiesche@ufu.de.

Theresa Seidel *ist Nachhaltigkeitswissenschaftlerin und arbeitet am UfU im Fachgebiet Umweltrecht & Partizipation.*
Kontakt: theresa.seidel@ufu.de.

Katharina Reimann *ist Humangeographin und arbeitet am UfU im Fachgebiet Umweltrecht & Partizipation.*
Kontakt: katharina.reimann@ufu.de

Umweltorganisationen sind ein starker Teil der deutschen Zivilgesellschaft. Hohe Glaubwürdigkeitswerte und eine anerkannte Wirksamkeit machen sie trotz ökologischer Krisenerscheinungen zu relevanten gesellschaftlichen Akteuren.

Die inhaltlichen und strukturellen Herausforderungen, die die Organisationen in Zeiten der Polykrise und gesellschaftlicher Polarisierung bewältigen müssen, sind jedoch enorm. Trotz immer offensichtlicherer Überschreitung von planetaren Grenzen und Ambitionslücken zwischen Regierungszielen und tatsächlichen Maßnahmen drohen Umwelt-, Naturschutz und Klimathemen – zumindest weltpolitisch – zunehmend in den Hintergrund gedrängt zu werden. Populistische Framings und Themenermüdung werden es in den kommenden Jahren nicht einfacher machen mit den eigenen Themen durchzudringen und politische Ziele zu erreichen.

Diese Studie zeichnet den Weg etablierter Akteure wie WWF, Greenpeace, NABU, BUND und der Deutschen Umwelthilfe nach, die seit den 1990er Jahren kontinuierlich ihre Ressourcen und Strukturen ausgebaut haben. Die fünf großen Umweltorganisationen allein haben deutlich mehr Mitglieder als die Parteien des deutschen Bundestages. Ihnen machen Themen wie Nachwuchsbindung, Fachkräftemangel und steigende Kosten durch Inflation zu schaffen.

Die Umweltbewegung ist im letzten Jahrzehnt auch durch eine Zunahme von Bewegungsmomenten gekennzeichnet, z. B. die Demonstrationen zu den globalen Klimastreiks und die Proteste gegen ausgewählte fossile Infrastrukturen wie in Lützerath. Die Studie beschreibt daher auch die Dynamik neuer Bewegungsakteure wie Fridays for Future und Letzte Generation. Diese Gruppen bringen frischen Wind in den Umweltaktivismus, sind jedoch auch von einer hohen Fluktuation betroffen und polarisieren mit ihren Aktionsformen.

Die Studie bietet differenzierte Einblicke in die strukturellen Entwicklungen, Herausforderungen und Potenziale der deutschen Umweltbewegung. Basierend auf den Analysen werden Impulse für die strategische Ausrichtung der Umweltorganisationen gegeben.

www.ufu.de